

08/09.2011

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	13
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	16
Stadt & Region	18
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	19
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

VERBÄNDE



DNR intern	39
Aus den Verbänden	39
Ehrenamt	40

SERVICE

Rezensionen	41
Internet	43
Impressum	43
Termine	44

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	45
Schwerpunkt: Corporate Citizenship Imagepolitik oder zukunftsweisende Partnerschaften?	

SPEZIAL

Bodenschutz

Seite 29 bis 38

THEMEN DES MONATS

Fracking

Gasgräberstimmung

Auch in Deutschland soll unkonventionelles Erdgas mithilfe giftiger Chemikalien gefördert werden

Seite 2

Kohleimporte

Billige Energie, die andere bezahlen

Steinkohle für Deutschland wird auf Kosten von Menschen und Umwelt in Kolumbien produziert

Seite 4

EU-Fischereireform

Großer Wurf oder Chance verpasst?

Bei der Reform von Europas verfehlter Fischereipolitik muss die Umwelt an erster Stelle stehen

Seite 6

Interview: EU-Biodiversitätspolitik

„Naturschutz auf ganzer Fläche“

Um die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu bezahlen, sollten die EU-Regionalfonds angezapft werden

Seite 21

THEMENHEFT

Ressourceneffizienz

Beilage

Fracking

Gasgräberstimmung

Auch in Deutschland soll unkonventionelles Erdgas mithilfe giftiger Chemikalien gefördert werden

In Nordrhein-Westfalen wollen ExxonMobil und andere in großem Stil Erdgas aus sogenannten unkonventionellen Lagerstätten fördern. Doch die geplante Fördertechnik, Fracking genannt, birgt große Umweltrisiken. Zudem verhin- dert das antiquierte Bundesberggesetz eine frühzeitige Bürgerbeteiligung. Umweltschützer sehen dringenden Novel- lierungsbedarf und fordern bis auf Weiteres den Stopp aller Explorationstätigkeiten. ■ VON DIRK JANSEN, BUND

Hoch effiziente, flexi- ble und schnell regelbare Gaskraftwerke sind eine unverzichtbare Brücke zu einer vollständig auf erneuerbaren Quellen basierenden Energiewirtschaft. Gegenüber Kohlekraftwerken sind die spezifischen CO₂-Emissionen von Gaskraftwerken zudem deutlich niedriger und bei der Ver- brennung entsteht nur ein Bruchteil der dort freigesetzten Schadstoffe. Erdgas spielt deshalb eine wichtige Rolle bei der Ener- giewende weg von Kohle und Atom. Etwa 15 Prozent des in Deutschland eingesetzten Erdgases stammt aus heimischen Lager- stätten. Doch diese klassischen Erdgasvor- kommen sind bald erschöpft. Als Ende 2010 Berichte veröffentlicht wurden, wo- nach der Energiemulti ExxonMobil im Untergrund von Nordrhein-Westfalen bis zu 2.100 Milliarden Kubikmeter Erdgas vermutete, war deshalb die Aufregung groß. Heimlich, still und leise hatte die Be- zirksregierung Arnsberg zuvor 19 Berg- bauberechtigungen zur Aufsuchung von Erdgas in NRW erteilt. Eine Erkundungs- bohrung in Stemwede im Kreis Minden- Lübbecke wurde genehmigt, weitere sind in Nordwalde bei Münster sowie in Borken und Drensteinfurt geplant. Weder die Be- völkerung noch die betroffenen Kommu- nen wurden beteiligt.

Konventionelle und unkonventionelle Lagerstätten

In einer klassischen Lagerstätte ist das Erd- gasmuttergestein porös und durchlässig. Das Gas kann deshalb frei wandern. Wird die Lagerstätte angebohrt, entweicht das Gas wegen des herrschenden Überdrucks von selbst und lässt sich ohne größere tech-

nische Hilfe fördern. Dagegen ist in sogeannten unkonventionellen Lagerstätten das Gas in Kohle-, Ton- oder Schieferge- stein mit geringer Durchlässigkeit einge- schlossen. Für Deutschland und speziell Nordrhein-Westfalen sind vor allem die Methanvorkommen in Tonsteinen (Schie- fergas, shale gas) und in Kohleflözen (Flöz- gas, coal bed methane) von Bedeutung. Geologen schätzen, dass der Gasgehalt von Kohlen des Ruhrkarbons im Schnitt bei fünf bis zehn Kubikmetern je Tonne liegt. Das Ruhrgebiet würde damit mit der größten europäischen Erdgaslagerstätte bei Groningen in den Niederlanden gleichauf liegen.

Gesteinsformationen werden zerstört

Das Problem dabei ist, dass Gas aus un- konventionellen Lagerstätten nur mit aufwendiger Technik gefördert werden kann. Es reicht in der Regel nicht aus, die Lagerstätte einfach anzubohren, sondern die Gesteinsformationen müssen durch sogenanntes Hydraulic Fracturing – kurz Fracking – zerstört werden, um Wegsam- keiten zu schaffen, die ein Herausströmen des Gases ermöglichen.

Die unkonventionellen Gasvorkommen sollen mit Horizontalbohrtechnik in Tie- fen von mehr als 1.000 Metern erschlossen werden. In das Mantelrohr der Horizontal- bohrungen werden Löcher geschossen, durch die unter hohem Druck ein Gemisch von Wasser und Zusätzen in das Speicher- gestein gepresst wird. Für jeden solchen „Frac“ kann die Wassermenge bis zu 5.000 Kubikmeter betragen.

Durch die Fracs werden Drücke von über 1.000 Bar im Lagerstättengestein er-

zeugt. Durch die entstehenden Risse kann das Gas dann fließen. Damit sich die Klüf- te bei nachlassendem Druck nicht wieder schließen, wird das Wasser mit Stützmit- teln und Chemikalien vermischt. Gegen Ende des Fracs wird der Großteil des Was- sers zurückgepumpt und das Gas strömt dem Bohrloch zu.

Wassergefährdende Chemikalien

Auch wenn einzelne Vorhabenträger nach eigenem Bekunden an Frac-Flüssigkeiten arbeiten, die ohne toxikologisch bedenk- liche oder wassergefährdende Chemiezu- sätze auskommen sollen, geben die bisher bekannt gewordenen Gemische Anlass zu großer Besorgnis. Veröffentlichungen aus den USA, wo die Verfahren schon länger im großen Stil angewendet werden, lis- ten mehr als 200 Fracking-Chemikalien auf, deren häufigste sogenannte BTEX- Chemikalien (Benzole, Toluol, Ethyle, Xoluol) sowie Methanol, Propylalkohol, Aromaten, Benzene, Naphtalene, Säuren, Chloride und Biozide sind. Nach anderen Veröffentlichungen kamen in den USA zwischen 2005 und 2009 insgesamt 750 un- terschiedliche Chemikalien zum Einsatz. Die Stoffliste der von ExxonMobil durch- geführten Bohrung Goldenstedt Z23 in Niedersachsen beinhaltet 62 Einzelposten. Etwa 85 Prozent des Flüssigkeitsgemischs besteht aus Wasser, dazu kommen 7,7 Pro- zent keramische Stützmittel, 6,3 Prozent Kohlendioxid und 1,4 Prozent Additive. Zu Letzteren gehört zum Beispiel das auch für Menschen toxische 2-Butoxyethanol. Rund 39 Tonnen dieses Giftes wurden beim Fracking der Bohrung Goldenstedt Z23 eingesetzt. Insgesamt wurden dort mehr

als 58 Tonnen gefährlicher Chemikalien verwendet, etliche davon sind als wassergefährdend eingestuft.

Störfälle in den USA

In den USA sind bereits erhebliche Umweltbeeinträchtigungen durch Fracking-Chemikalien dokumentiert worden. So fand etwa die Umweltbehörde EPA 2-Butoxyethanol in mehreren Brunnen in Pavillon im US-Bundesstaat Wyoming. Das Phänomen der brennenden Wasserhähne durch aufsteigendes Methan schaffte es bis ins Fernsehen. Fracking wird in den USA deshalb zunehmend kritisch bewertet. Die Umweltbehörde der Stadt New York warnt sogar vor „potenziell katastrophalen Konsequenzen“.

Aber auch in Deutschland gibt es immer mehr Berichte über Risiken und Störfälle. So gelangten im niedersächsischen Erdgasfeld Söhlingen Benzol und Quecksilber ins Erdreich und ins Grundwasser. Offenbar waren ungeeignete Rohrleitungen verwendet worden. Bei Anwohnern von Bohrungen wurden alarmierende Benzolkonzentrationen im Blut gefunden. Auch bei zwei Frac-Bohrungen 1995 im münsterländischen Feld Sigillaria bei Drensteinfurt und Everswinkel kamen gefährliche Stoffe zum Einsatz. Noch immer lagern 1.177 Tonnen Bohrabfälle auf einer Halde in Ahlen. Vor allem die Entsorgung der Frac-Flüssigkeiten und Bohrspülwasser ist grundsätzlich problematisch. Neben den eingesetzten Chemikalien treten geogene Begleitstoffe – freigesetzte natürliche Stoffe wie Schwermetalle und Radionuklide – auf.

Schlechte Chancen gegen das Bergrecht

Zum Aufsuchen und Gewinnen von Bodenschätzen benötigen Bergbauunternehmer grundsätzlich zwei Arten von behördlichen Entscheidungen: Bergbauberechtigungen und Betriebsplanzulassungen. Ersterer räumen ihnen lediglich prinzipiell das Recht ein, Bodenschätze aufzusuchen und zu gewinnen. Erst Letztere gestatten ihnen das Niederbringen von Bohrungen. Beides sind sogenannte gebundene Entscheidungen: Der Behörde steht kein Ermessen zu.

Wenn die in den Paragraphen 11 und 12 des Bundesberggesetzes genannten Voraussetzungen erfüllt sind, hat der Antragsteller einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Bergbauberechtigung. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung, also eine Beteiligung der Grundeigentümer, der Nachbarn oder von Umweltverbänden, ist dabei nicht vorgesehen. Die Zulassungsvoraussetzungen für einen konkreten Betriebsplan nennt Paragraph 55 des Gesetzes. Sind sie erfüllt, hat der Bergbauunternehmer auch hier einen Anspruch auf die Betriebsplanzulassung.

Unbestreitbar birgt die Fracking-Technologie Gefahren: Umweltbeeinträchtigungen sind während der Vorbereitungsphase, der Bohrungs- und Frac-Phase und während des Betriebs zu erwarten. Dennoch schreibt das Bergrecht weder für Erkundungs- und Probebohrungen noch für den Großteil der Gewinnungsbohrungen eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor. Nach der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) ist eine förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung erst ab einem täglichen Fördervolumen von 500.000 Kubikmetern Erdgas erforderlich, was in der Praxis nie erreicht wird.

Auch die Frage, ob eine wasserrechtliche Erlaubnis notwendig ist, unterliegt bislang einer Einzelfallentscheidung.

Dreidimensionale Raumplanung überfällig

Wegen der gravierenden rechtlichen Defizite erhebt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Forderung nach einer grundlegenden Novellierung des Bundesberggesetzes. Eine frühzeitige umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung mit Umweltverträglichkeitsprüfungen muss Pflicht werden. Auch müssen die Grundeigentümer mehr Rechte gegenüber dem bislang eindeutig privilegierten Bergbauberechtigten bekommen. Die Genehmigungsvoraussetzungen für bergbauliche Vorhaben müssen zudem klarer definiert werden. Die „gebundene Entscheidung“ ist durch eine Ermessensentscheidung mit festen Vorgaben für

zwingende Versagensgründe zu ersetzen. Dazu fordert der BUND eine „dreidimensionale Raumordnung und -planung“ ein. Denn schon jetzt sind die Ansprüche an den Untergrund vielfältig. Geradezu unabweichlich sind Nutzungskonkurrenzen zwischen Geothermie, Trinkwassergewinnung, Untertagedeponien, Bergbau und Bergversatz, potenziellen Druckluftspeichern, CO₂-Verpressung oder Gasförderung. Vorrang müssen aber der Schutz der Trinkwasserressourcen und die Nutzung der Potenziale der erneuerbaren Energien genießen. Solange nicht die fachlichen und rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, um die Erschließung unkonventioneller Erdgasvorkommen durch Fracking umfassend zu bewerten, und solange nicht die Grundlagen für eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit geschaffen wurden, dürfen entsprechende Genehmigungen nicht erteilt werden.

Energie einsparen statt um jeden Preis Gas fördern

Auch wenn dem Energieträger Gas eine Schlüsselrolle bei der Energiewende weg von Kohle und Atom zukommt, darf das nicht zu einer Gasförderung um jeden Preis führen. Solange die wertvolle Ressource Erdgas vor allem noch immer in den Heizungen schlecht gedämmter Wohnungen vergeudet wird, macht die Erschließung unkonventioneller Erdgasvorkommen auch energiewirtschaftlich keinen Sinn.

Anmerkung

► Weitere Informationen zu Fracking: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/erdgas

Der Geograf und Energieexperte Dirk Jansen ist Geschäftsleiter beim Landesverband Nordrhein-Westfalen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Düsseldorf.

Kontakt:
Tel. +49 (0)211 / 302005-0,
Fax -26, E-Mail:
dirk.jansen@bund.net,
www.bund-nrw.de



Kohleimporte

Billige Energie, die andere bezahlen

Steinkohle für Deutschland wird auf Kosten von Menschen und Umwelt in Kolumbien produziert

Deutsche Stromkonzerne profitieren sehr von billiger Kohle aus Kolumbien. Doch dafür werden dort Wälder gerodet, Flüsse umgeleitet und Bauern von ihrem Land vertrieben. Übrig bleiben riesige Abraumhalden und zerstörte Böden. Nichtregierungsorganisationen fordern Transparenz nach US-Vorbild sowie einen Stopp für den Bau neuer Kohlekraftwerke. ■ VON SEBASTIAN RÖTTERS, FIAN, STEPHAN SUHNER, ASK, UND MONA BRICKE, KLIMA-ALLIANZ

Kolumbien ist nach Russland der zweitgrößte Steinkohlelieferant für deutsche Kraftwerke. 2010 wurden fast acht Millionen Tonnen aus dem südamerikanischen Land importiert – Tendenz steigend. Wurden 2007 noch 69 Millionen Tonnen gefördert, waren es im vergangenen Jahr schon 75 Millionen. Prognosen sagen für 2015 bereits eine Förderung von bis zu 120 Millionen Tonnen voraus. Fast die gesamte geförderte Kohle wird exportiert, vor allem nach Europa und in die USA. Die Exportkohle wird fast ausschließlich im Tagebau gefördert und per Zug und Sattelschlepper zu den atlantischen Verladehäfen transportiert. Bald sollen auch weiter im Landesinneren gelegene Kohlevorkommen für den Export erschlossen werden.

Zurzeit sind drei Unternehmen für 90 Prozent der Kohleexporte verantwortlich:

Das Unternehmen Cerrejón baut Steinkohle im Department La Guajira ab. Anteilseigner sind der britische Bergbaugigant Anglo American sowie BHP Billiton (Australien) und Xstrata (Schweiz). 2010 betrug die Jahresproduktion 31,5 Millionen Tonnen.

Das US-Unternehmen Drummond betreibt im Department Cesar die Tagebaue Pribbenow, El Descanso, Similoa, Rincón Hondo und La Loma. Die Kohle wird per Zug über 180 Kilometer an die Karibikküste transportiert und dort verschifft. 2010 wurden 22,5 Millionen Tonnen abgebaut.

Im gleichen Department betreibt das Unternehmen Prodeco, ein Tochterunternehmen des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore, die Tagebaue Calenturitas und Proyecto La Jagua. 2010 betrug die Jahresproduktion 12,1 Millionen Tonnen.

Deutsche Stromerzeuger gehören zu den größten Verbrauchern von Kohle aus Kolumbien. Eon, RWE, EnBW, Vattenfall und Evonik unterhalten Geschäftsbeziehungen zu jeweils mindestens einem der drei genannten Kohleproduzenten. Die Stadtwerke-Konsortien Trianel und Südweststrom (SWS) wollen Kohle von Cerrejón für die geplanten oder in Bau befindlichen Kohlekraftwerke in Lünen (Trianel) und Brunsbüttel (SWS) beziehen.

Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen

Der Kohleabbau findet in ökologisch sensiblen Regionen des Landes statt. Dennoch fallen den Tagebauen zahlreiche Wälder zum Opfer. Die verlorene Biodiversität kann auch durch sogenannte Renaturierungsmaßnahmen nicht wiederhergestellt werden. Außerdem müssen zahlreiche Flüsse umgeleitet werden, obwohl in den Abbaugebieten insbesondere Wasser ein knappes Gut darstellt. Für den Cerrejón-Tagebau muss der Fluss Ranchería auf mehr als 20 Kilometern Länge umgeleitet werden. Es handelt sich um den einzigen nennenswerten Fluss des Departments La Guajira. Der geplante Tagebau in der Region Catatumbo hätte massive Auswirkungen auf den Catatumbo-Fluss.

Durch die Kohletagebaue gehen große Ackerflächen für den Anbau von Nahrungsmitteln verloren. Die lokalen Gemeinschaften verlieren so ihre Lebensgrundlage und müssen dann aus dieser Position der Schwäche heraus mit den Unternehmen ihre Umsiedlung aushandeln. Die Verhandlungen ziehen sich oft über viele Jahre hin. Viele Betroffene geben vorher auf und akzeptieren völlig unzureichen-

de Entschädigungen. Die Kohletagebaue stellen außerdem eine massive Belastung für den Wasserhaushalt in den betroffenen Regionen dar. Trotz der allgemeinen Knappheit werden riesige Mengen Wasser durch den Kohlebergbau verbraucht oder mit Schadstoffen belastet.

Vertreibung und Morde durch Paramilitärs

In den Abbaugebieten gibt es seit vielen Jahren eine starke Präsenz paramilitärischer Einheiten. Zwar hat der in diesen Gebieten vorherrschende Bloque Norte 2006 offiziell die Waffen niedergelegt, dennoch sind nach wie vor Paramilitärs in den Abbauregionen präsent. Nach Aussagen inhaftierter Paramilitärs sind im Zusammenhang mit der Erweiterung einiger Minen im Department Cesar und dem Ausbau der Bahnstrecke von dort zu den Häfen an der Karibik zahlreiche AnwohnerInnen gewaltsam vertrieben oder sogar ermordet worden. Das so gestohlene Land wurde dann an die Bergbaukonzerne verkauft. Ob diese von den Vorgängen wussten oder sogar daran beteiligt waren, ist nach wie vor unklar. Wahrscheinlich haben sowohl Drummond als auch Prodeco indirekt von diesen Menschenrechtsverletzungen profitiert.

Schlechte Arbeitsbedingungen und Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit

Gewerkschaftsarbeit ist in Kolumbien oft lebensgefährlich. Die Führer der Kohlearbeitergewerkschaft Sintramienergetica, Valmore Locarno und Victor Hugo Orcasito, wurden 2001 von Paramilitärs ermordet, weil sie sich für bessere Verpfle-

gung der Arbeiter eingesetzt hatten. Nach Aussagen demobilisierter Paramilitärs war Drummond in diese Morde verwickelt. Nach wie vor wird gewerkschaftliche Arbeit und Organisation behindert. Vor allem bei Prodeco werden Arbeiter unter Druck gesetzt, damit sie nicht der Gewerkschaft beitreten. Gleichzeitig müssen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit Repressalien oder Lohnkürzung rechnen. Die Zahl der Arbeitskämpfe hat deutlich zugenommen, seit Glencore 1995 das Unternehmen Prodeco und danach weitere Minen übernommen hat. Obwohl die Situation bei Cerrejón weniger angespannt ist, wird auch dort besonders den Leihar-

beibern die gewerkschaftliche Organisation erschwert.

Alfredo Tovar von Sintramienergetica berichtete Ende 2010 von zahlreichen Gesundheitsproblemen der Arbeiter als Folge der schlechten Arbeitsbedingungen. Viele litten unter Atemwegserkrankungen, Hör- und Sehbehinderungen oder Wirbelsäulenproblemen. Durch die zwölfstündigen Schichten und die Arbeit unter Zeitdruck kommt es immer wieder zu Unfällen, bei denen in diesem Jahr bereits sechs Arbeiter getötet wurden. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten sind nicht direkt bei den Unternehmen angestellt. Sie werden deutlich schlechter bezahlt, genießen nur unzureichenden Arbeitsschutz und sind daher öfter von Arbeitsunfällen betroffen.

Missachtung der Rechte von Indigenen

Die Cerrejón-Mine mit der dazugehörigen Infrastruktur liegt im Siedlungsgebiet der Wayuu-Indigenen. Die 150 Kilometer lange Zugstrecke für den Kohlentransport durchschneidet ihr gesamtes Territorium. Auch der Hafen belegt das Gebiet eines großen Clans. Bisher wurden die Indigenen darüber weder konsultiert noch korrekt entschädigt. Die Infrastruktur wurde zwar gebaut, bevor Kolumbien die ILO-Konvention 169 über die Rechte der Indigenen Völker ratifizierte. Doch seit 1991 hat diese Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Kolumbien Gesetzesrang, und trotzdem hat Cerrejón bis heute keinen der Ausbauschritte mit den Indigenen abgesprochen und ihre Zustimmung eingeholt, auch nicht bei der Umsiedlung ganzer Dörfer.

Bis 2013 plant Cerrejón die nochmalige Expansion mit der Umleitung des Ranchería-Flusses. Erstmals versprach das Unternehmen, die Bevölkerung umfassend anzuhören und die freie vorherige Zustimmung der Indigenen einzuholen. Eine umfassende Konsultation über vergangene Verletzungen des indigenen Territoriums und über den aktuellen Betrieb der Mine – eine Kernforderung vieler Wayuus – lehnt Cerrejón aber bis heute ab.

In der Region Catatumbo, wo künftig ebenfalls Kohle abgebaut werden soll,

versuchen die Verantwortlichen, die vorgeschriebene Konsultation der im Abbaug Gebiet lebenden Bari-Indigenen mit juristischen Tricks zu umgehen.

Das Beispiel Eon

Eon baut in Datteln in Nordrhein-Westfalen gerade ein neues Kohlekraftwerk. Auch in Stade und bei Großkrotzenburg (Staudinger) sollen neue Steinkohlekraftwerke entstehen. Dadurch wird sich nicht nur der Bedarf an Importkohle deutlich erhöhen, auch die von Eon verursachten CO₂-Emissionen werden massiv steigen.

Der Konzern schreibt über seine allgemeinen Einkaufsbedingungen: „Sie behalten die Forderung, bei der Auswahl der Lieferanten darauf zu achten, dass in der Produktion beziehungsweise beim Ausführen der Dienstleistung die Menschenrechte gewahrt bleiben, angemessene Arbeitsbedingungen sichergestellt sind, Umweltbelastungen minimiert und ethische Geschäftspraktiken sichergestellt werden.“ Dennoch bezieht Eon seit Jahren große Mengen Importkohle aus Kolumbien.

Sebastian Rötters arbeitete für Peace Brigades International in Kolumbien. Seit 2009 ist er Bergbaureferent bei der Menschenrechtsorganisation FIAN in Köln, einer von mehr als 100 Mitgliedsorganisationen der Klima-Allianz.



Der Sozialwissenschaftler Stephan Suhner arbeitet seit 1996 zu Kolumbien. Er ist Ko-Geschäftsleiter der Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien (ask) in Bern.



Als studierte Friedensfachkraft war Mona Bricke in Mexiko tätig. Zurzeit ist sie Referentin für Energiepolitik bei der Klima-Allianz Deutschland in Berlin.



Kontakt: Mona Bricke, Tel. +49 (0)30 / 6781775-73, E-Mail: bricke@klima-allianz.de, www.klima-allianz.de

In der Verantwortung

Die Klima-Allianz, ein Bündnis von über 100 Organisationen der Zivilgesellschaft, fordert:

- ▶ Die Bundesregierung muss die rechtliche Grundlage für Transparenz und die Offenlegung der Handelswege und -partner der deutschen Stromproduzenten schaffen. Als Vorbild könnte der US-amerikanische Power Plant Operations Report dienen.
- ▶ Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Stromkonzerne ihre Sorgfaltspflicht in Bezug auf Umwelt- und Menschenrechtsstandards innerhalb ihrer Einflussphäre wahrnehmen. Dazu notwendige Monitoringinstrumente müssen eingerichtet, die Ergebnisse der Überprüfungen regelmäßig veröffentlicht werden.
- ▶ Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Kolumbien die ILO-Konvention 169 und die UN-Erklärung über Indigene Rechte umsetzt, insbesondere das Recht auf freie, vorherige, informierte Konsultation und Zustimmung.
- ▶ Im Interesse der Betroffenen und um ihre selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen, muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass in Deutschland keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden.

Weitere Informationen: Anti-Kohle-Kampagne der Klima-Allianz, www.kohle-protest.de

EU-Fischereireform

Großer Wurf oder Chance verpasst?

Bei der Reform von Europas verfehlter Fischereipolitik muss die Umwelt an erster Stelle stehen

Europas Meere sind überfischt, nachdem viele EU-Staaten jahrelang zu hohe Fangquoten ausgehandelt haben. Nach der gescheiterten Fischereireform von 2002 hat die EU-Kommission nun ein neues Reformwerk vorgelegt. Strengere Regeln sollen das Artensterben in den Meeren und den Zusammenbruch der Fischereiwirtschaft verhindern. Für die Umweltverbände geht der Gesetzesentwurf zwar in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. ■ VON KIM DETLOFF, NABU

Fisch wird zur Mangelware. Nach jahrelangem Raubbau sind die europäischen Bestände zu drei Vierteln überfischt. Zu viele Schiffe machen mit immer mehr technischem Aufwand Jagd auf immer weniger Fische. Der zurzeit laufende Reformprozess der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der Europäischen Union soll darauf endlich eine Antwort finden. Bis Ende 2012 muss sich die EU auf neue Regeln einigen. Nach 2002 ist das der zweite Anlauf für eine Fischereireform – und vielleicht die letzte Chance, den Zusammenbruch der Fischwirtschaft und den dauerhaften Verlust mariner Artenvielfalt zu verhindern. Die Europäische Kommission, die in der EU das Legislativrecht hat, veröffentlichte am 13. Juli ihren Reformvorschlag. Den Umweltverbänden greift er in vielen Punkten zu kurz.

Die eklatanten Schwachstellen der bisherigen Fischereipolitik hat das Grünbuch⁽¹⁾ der EU-Kommission schon vor zwei Jahren gnadenlos offengelegt: Es gibt zwei bis dreimal mehr Fangschiffe, als für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände notwendig wäre. Um dieser Armada von Fangschiffen gerecht zu werden, führt der politische Kuhhandel in Brüssel seit Jahren zu überhöhten Fangquoten. Die wissenschaftlichen Empfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung ICES wurden dabei durchschnittlich um 45 Prozent überschritten.

Ein weiteres Kernproblem ist die hohe Zahl von Beifang und Rückwürfen. Zu junge und kleine Fische werden tot oder sterbend entsprechend den Brüsseler Vorgaben zurück ins Meer geworfen. Und auch Seevögel und Meeressäuger verfangen sich

viel zu oft in den Netzen und an den Leinen der Fischer. Hinzu kommen Defizite bei der Kontrolle und Überwachung und eine verfehlte Subventionspolitik der Europäischen Union.

Alles zusammen hat dazu geführt, dass heute drei von vier der wirtschaftlich genutzten Fischbestände in Europa überfischt sind; mehr als 60 Prozent sind es in der Nordsee und im angrenzenden Nordatlantik. Doch noch immer steigt der Fischkonsum in Deutschland. Etwa 16 Kilogramm Fisch werden hierzulande pro Kopf und Jahr verzehrt, ergab die letzte Erhebung aus dem Jahr 2009. In der Folge steigen die Einfuhren aus allen Teilen der Welt. Auf diese Weise macht sich Europa abhängig von Fischimporten und exportiert gleichzeitig das eigene Problem der Überfischung.

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

oekom
verlag



Themenpakete

Frisch geschnürt ist halb geschenkt

Die *politische ökologie* hat sich zu einer Buchreihe für ein breites Publikum gemauert – eine gute Gelegenheit, die einzigartige Enzyklopädie der Nachhaltigkeit neu oder wieder zu entdecken! Denn sie bleibt ihrem Anspruch treu, gegen den geistigen Strom zu schwimmen, das jeweilige Schwerpunktthema kompetent aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten, unbequeme Fragen zu stellen und unorthodoxe Lösungswege zu skizzieren. Frisch geschnürt ist halb geschenkt: An Lesestoff haben wir bei unseren Themenpaketen nicht gespart, aber Sie sparen! Bis zu 45 Prozent Rabatt gibt es auf die Themenpakete der *politischen ökologie*.

Alle Themenpakete finden Sie unter www.oekom.de/politische-oekologie.de

Eine der wichtigsten Forderungen der Umweltverbände für die Fischereireform ist die Verankerung verbindlicher Umweltziele. Der Schutz der Meeresumwelt und die Erhaltung gesunder Fischbestände müssen an erster Stelle stehen. Dafür setzt sich auch das Bündnis Ocean 2012 ein, dem inzwischen zehn deutsche Umweltverbände angehören, darunter der NABU. Mehr als 120 Organisationen sind es weltweit. Ocean 2012 fordert auch, dass der Fischereizugang an ökologische Kriterien gekoppelt wird. In der Praxis würde das bedeuten, dass Fischer, die nachhaltig wirtschaften und schädliche Umweltauswirkungen durch schonende Fangtechniken minimieren, bei der Quotenvergabe bevorzugt werden.

Reformvorschlag greift zu kurz

Monatelang hatten die Interessenvertreter auf den Reformvorschlag der Kommission gelauert. Die Fischereiverbände fürchten um die Zukunft ihrer Branche und stellen wirtschaftliche und soziale Aspekte in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Die Umweltverbände sehen dagegen in ökologischer Nachhaltigkeit die Basis für Europas Fischerei. Nur gesunde Fischbestände garantieren den Küstenkommunen und der Fischwirtschaft dauerhaft stabile Einkommen und tragen zur Nahrungssicherheit der Bevölkerung bei. Denn wenn alles so weiterläuft wie bisher, so prognostizieren Wissenschaftler, wird der Fischereisektor spätestens bis Mitte dieses Jahrhunderts zusammenbrechen. Der EU und auch Deutschland stellten Forscher um den Kieler Fischereibiologen Rainer Froese jüngst im renommierten Wissenschaftsmagazin *Nature* ein katastrophales Zeugnis aus: Sie würden Europas Fischbestände vorsätzlich an der Grenze zum Kollaps halten.⁽²⁾

Nun liegt der Reformvorschlag der Kommission auf dem Tisch, doch bis zur Einigung werden noch Monate der Diskussion und des emotionalen Streitens folgen. Denn weist der Reformvorschlag aus Sicht der Umweltverbände auch in die richtige Richtung, so geht er ihnen doch in wesentlichen Punkten nicht weit genug, um die Probleme wirklich zu lösen.

Positiv ist der Ansatz, in Zukunft mehrjährige Bewirtschaftungspläne nach wissenschaftlichen Empfehlungen festzulegen und die massiven Rückwürfe zu verhindern, indem jeder gefangene Fisch künftig angelandet werden soll. Dabei muss jedoch Priorität haben, Beifang durch verbesserte Fangtechniken schon auf See zu verhindern. Im Entwurf der EU-Kommission findet sich auch das Ziel wieder, bereits 2015 alle Bestände nach dem Prinzip des höchstmöglichen Dauerertrags zu bewirtschaften – eine schon seit Jahren bestehende völkerrechtliche Verpflichtung, die nun endlich politisches Gewicht bekommen soll.

Beginn der Privatisierung der Meere?

Gefahr birgt dagegen nach Ansicht der Umweltverbände die für 2014 geplante verbindliche Einführung übertragbarer Fanglizenzen für bestimmte Flottenteile. Was zur Flottenreduzierung beitragen soll, kann auch der Anfang einer Privatisierung der Ressource Fisch sein, die nach der Definition des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen UNCLOS ein unveräußerliches Allgemeingut ist.⁽³⁾ Zudem könnte der Handel mit den Lizenzen eine Konzentrationswirkung haben, sodass die handwerkliche Küstenfischerei auf der Strecke bleibt. Besser für die Erholung der Bestände würden nach Verbändemeinung qualitative Zugangskriterien sorgen. Doch diese Umweltziele sind im Kommissionsvorschlag bisher nur wenig berücksichtigt. Lediglich fünf Prozent der Fangquoten können von den Mitgliedstaaten vergeben werden, zum Beispiel zur Förderung umweltschonender Fangtechniken.

Insgesamt wirkt in dem Entwurf noch vieles sehr vage. Entscheidend wird sein, wie ehrgeizig und diszipliniert die Mitgliedstaaten die Reform umsetzen. Dafür fehlen aber eindeutige Zeitvorgaben, und auch die Verantwortlichkeiten sind nicht ausreichend geklärt.

Nach der Veröffentlichung des Reformvorschlags findet nun die erste Lesung im Europäischen Parlament statt. Durch den Lissabon-Vertrag spielt das Parlament jetzt eine stärkere Rolle im Brüsseler Gesetzgebungsverfahren. Spätestens Anfang

2012 kommt es zur Abstimmung im Fischereiausschuss und kurz danach auch im Parlamentsplenum. Bis dahin können Änderungsvorschläge aus den Fraktionen eingebracht und ein Parlamentsstandpunkt erarbeitet werden – die Stunde der Lobbyisten. Bis Mitte 2012 ist dann die erste Lesung im EU-Ministerrat vorgesehen, in dem die Mitgliedstaaten durch ihre Fischereiminister vertreten sind. Der Rat kann den Standpunkt des Parlaments teilen oder einen eigenen Vorschlag formulieren, über den dann in zweiter Lesung wiederum das Parlament beraten muss. Bis Ende 2012 muss der Rat, gegebenenfalls nach Anrufung des Vermittlungsausschusses, mit dem Parlament Einigung erzielen. 2013 soll das Reformwerk dann in Kraft treten.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Ein radikaler Wandel in der europäischen Fischereipolitik ist überfällig. Nur durch einen in Teilen schmerzhaften Weg zu einer ökologisch nachhaltigen, verantwortlichen Fischerei können die Fischbestände in Europas Meeren und die davon abhängenden Küstenkommunen und Arbeitsplätze gerettet werden. Der Reformentwurf zeigt Licht und Schatten. Er ist aber eine Grundlage, auf der jetzt der Durchbruch gelingen kann – und muss. Denn noch eine Chance gibt es nicht.

Anmerkungen

- ▶ (1) Grünbücher sind Diskussionspapiere der EU-Kommission. Hier: Europäische Kommission (2009): Grünbuch. Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Brüssel. www.kurzlink.de/gfp-gruenbuch.pdf
- ▶ (2) Froese, R. (2011): Fishery reform slips through the net. *Nature* 475, 7.7.2011. www.fishbase.de/rfroese/WorldViewNatureRF.pdf
- ▶ (3) UN-Seerechtsübereinkommen: www.kurzlink.de/un-seerechtskonv.pdf

Der Meeresbiologe Dr. Kim Cornelius Detloff ist Referent für Meeresschutz beim NABU-Bundesverband in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 284984-
1626, Fax -3626,
E-Mail: kim.detloff@nabu.de,
www.nabu.de/meere



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Kreislaufwirtschaftsgesetz**„Ökologisch nachbessern!“**

■ Der NABU und weitere Umweltverbände haben die Bundesregierung aufgefordert, den Entwurf zum neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz ökologisch nachzubessern. Der Gesetzesvorschlag halte die Vorgaben aus Brüssel nicht ein und setze die EU-Abfallrahmenrichtlinie nicht ausreichend um. Diese schreiben eine fünfstufige Abfallhierarchie vor, die Vermeidung als oberste Priorität und Beseitigung als letzte Möglichkeit der Abfallbehandlung sieht. Bei einem Fachgespräch im Juni in Berlin wies der NABU auf eine kritische Stellungnahme der EU-Kommission hin. Diese habe festgestellt, dass die im deutschen Entwurf vorgesehene energetische Verwertung von Abfällen mit einem Heizwert von mehr als 11.000 Kilojoule pro Kilogramm nicht die umweltfreundlichste und ressourceneffizienteste Abfallbehandlung ist. Neben der Einhaltung der Abfallhierarchie fordert der NABU höhere Recyclingquoten und eine Getränkeverpackungssteuer.

Der Umweltausschuss des Bundestages will am 19. September eine öffentliche Anhörung über die Novellierung durchführen. [jg]

- ▶ www.nabu.de/themen/mehrwegundrecycling
- ▶ www.kurzlink.de/umweltausschuss

Wertstofftonne**Planspiel beendet**

■ Die Einführung einer bundesweiten orangefarbenen Tonne für Wertstoffe aller Art ist einen Schritt weiter. Der vom Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium (BMU) durchgeführte Dialog mit ExpertInnen zur Einführung einer Wertstofftonne als Weiterentwicklung der gelben Tonne für Verpackungen ist seit Ende Juni beendet. Auch Umweltverbän-

de hatten sich an dem Planspiel beteiligt (umwelt aktuell 07.2011, S. 7). Spätestens Anfang September soll ein Ergebnisbericht des Öko-Instituts und der Prozessmanagementagentur Team Ewen vorliegen, der nach Prüfung durch die zuständigen Behörden im Herbst präsentiert werden soll. Möglichst noch in diesem Jahr will das BMU Eckpunkte vorlegen und in einem transparenten Verfahren mit ExpertInnenbeteiligung diskutieren. Ein erster Gesetzentwurf soll im ersten Halbjahr 2012 folgen, sodass noch innerhalb dieser Legislaturperiode ein Gesetz verabschiedet werden könnte. [jg]

- ▶ www.bmu.de/abfallwirtschaft

Verpackungen**Einweg verdrängt Mehrweg**

■ Das Umweltbundesamt hat im Juni gewarnt, dass Einwegflaschen aus Plastik zunehmend die umweltfreundlicheren Varianten Mehrwegflaschen oder Getränkekartons vom Markt verdrängen. Im Jahr 2009 betrug der Anteil der aus Umweltsicht vorteilhafteren Verpackungsarten nur noch 52 Prozent. Der in der Verpackungsverordnung für Massegetränke vorgegebene Richtwert von 80 Prozent wird damit weit unterschritten.

Zwar ist der Prozentsatz von Getränken in Einwegglasflaschen und Dosen sehr stark zurückgegangen. Dafür ist aber der Anteil an Einwegflaschen aus Kunststoff stark gestiegen – und das vor allem auf Kosten der Mehrwegglasflasche und des Getränkekartons. Das ist das Ergebnis einer Studie der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM). Nur Bier liegt demnach mit einem Anteil von fast 89 Prozent Mehrwegflaschenabfüllung über dem angestrebten Ziel. Bei Wasser und Erfrischungsgetränken ist der Mehrweganteil stark zurückgegangen. Seit 2004 ist die Mehrwegquote insgesamt kontinuierlich gesunken.

Ein Bündnis von Umweltverbänden kritisierte den Rückgang umweltfreundlicher Verpackungen und das „undurchsichtige

Pfandsystem“. DNR, NABU, BUND und der Bundesverband für Umweltberatung forderten eine eindeutige Kennzeichnung von unökologischen Verpackungen und eine Besteuerung, die Mehrwegsysteme fördert. VerbraucherInnen könnten kaum unterscheiden, ob es sich beim Pfand um die Pflichtabgabe für Einwegmüll handelt oder tatsächlich um eine Abgabe für umweltfreundliche Mehrwegsysteme, monierten die Verbände. Mehrwegflaschen stärken außerdem die regionale Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze.

Eine von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Auftrag gegebene Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers hat ergeben, dass die klassische Mehrwegflasche im Vergleich zu anderen Getränkeverpackungen unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien am besten abschneidet. Zudem verhindere die sehr hohe Rücklaufquote bei Pfandsystemen, dass die Landschaft vermüllt werde. Die Untersuchung enthält auch einen Leitfaden für Entscheidungsträger zur Einführung von Systemen zur Sammlung und zum Recycling von Getränkeverpackungen. [jg]

- ▶ UBA-Bericht und Informationen: www.kurzlink.de/pm-uba-031-2011
- ▶ Verbände: www.dnr.de/presse (22.06.2011)
- ▶ DUH: www.kurzlink.de/pm-duh-21-06-2011

Umweltrecht**Krimineller Abfalltourismus**

■ Jeder fünfte Mülltransport bricht EU-Recht. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Netzwerks von Umweltbehörden und -juristen IMPEL, das zwischen Oktober 2008 und November 2010 mehr als 26.000 Abfallverbringungen überprüft hat. 21 Prozent der Inspektionen in Häfen, Bahnhöfen und auf Straßen belegten Vertragsbrüche mit dem EU-Abfallrecht.

Rund ein Drittel der Fälle betraf Exportverbote oder fehlende Kontrolldokumente – meist ging es um Elektroschrott auf dem Weg nach Afrika oder kontaminierte Plastik- und Papierabfälle für den asiati-

schen Markt. Den Löwenanteil machten Verstöße gegen Verwaltungsvorschriften aus. Außerdem wurden 120 Unternehmen inspiziert, bei denen 95 illegale Abfallverbringungen festgestellt wurden. 32 Staaten machten mit, neben den EU-Staaten zum Beispiel auch die Schweiz und die Türkei. In Deutschland wurden 3.722 Vorgänge untersucht und 105 Verstöße entdeckt, was einem Anteil von 16 Prozent entspricht.

Die Untersuchung des European Union Network for the Implementation and Enforcement of Environmental Law (IMPEL) lief unter dem Titel „Enforcement Actions II“. Das IMPEL-Netzwerk gab in seinem Untersuchungsbericht auch Empfehlungen für die bessere Umsetzung von EU-Recht. So solle die zwischenstaatliche und internationale Zusammenarbeit fortgesetzt, die Öffentlichkeit über illegale Müllverbringungen und deren negative Folgen informiert und die Unternehmensverantwortung ausgebaut werden. [jg]

► www.impel.eu/news (16 Jun 2011)

Abfallstatistik

Papierrecyclingquote ging leicht zurück

■ Trotz steigenden Papierkonsums ist die Recyclingquote für Altpapier und Altkartons in Europa im letzten Jahr etwas gesunken. Die Quote liegt laut Daten der Industrievereinigung European Recovered Paper Council (ERPC) bei 69 Prozent. 2009 waren es noch 72 Prozent.

Der ERPC hatte sich im Jahr 2000 freiwillig für eine Quote von 66 Prozent Papierrecycling auf dem Gebiet der EU mit 27 Mitgliedstaaten plus Schweiz und Norwegen bis zum Jahr 2010 verpflichtet. Die eigenen Vorgaben seien somit immer noch erfüllt. In absoluten Zahlen wurden 2010 insgesamt 58 Millionen Tonnen Papier gesammelt und bei Papiermühlen abgeliefert. Davon wurden 8,4 Millionen Tonnen (15 Prozent) in Drittländer verbracht. [jg]

► ERPC: www.paperrecovery.org

Internationales Abkommen

Rotterdamener Konvention erweitert

■ Drei neue Substanzen sind Ende Juni in das internationale Übereinkommen zum Handel mit Chemikalien aufgenommen worden: Alachlor, Aldicarb und Endosulfan. Zukünftig müssen die Empfängerländer zustimmen, bevor Händler diese Stoffe einführen dürfen.

Das Rotterdamener Übereinkommen schreibt vor, dass im Rahmen des sogenannten Prior Informed Consent (PIC)-Verfahrens ein Importland zustimmen muss, bevor es die Chemikalien einführt. Außerdem müssen Risikoinformationen mitgeliefert werden, damit ein verantwortlicher Umgang mit den Stoffen gewährleistet werden kann, der Umwelt und menschliche Gesundheit nicht gefährdet. Aldicarb ist in der EU verboten, Alachlor gilt als krebserregend und Endosulfan ist ein Nervengift.

Einige Staaten, darunter Kanada, haben durch ihr Votum verhindert, dass auch Asbest in die Rotterdamener Konvention aufgenommen wird (siehe S. 24) [jg]

► Rotterdam- oder PIC-Konvention: www.pic.int

EU-Chemikalienpolitik

Weniger Phosphate im Spülmittel

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments (ENVI) hat sich Mitte Juni für eine Ausweitung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Begrenzung von Phosphaten in Reinigungsmitteln (Detergenzien) auch im Haushalt ausgesprochen.

Die Verordnung (EG) Nr. 648/2004 regelt bisher nur den Umgang mit Phosphaten und phosphathaltigen Bestandteilen in anderen Wasch- und Reinigungsmitteln, nicht aber in Haushaltsgeschirrspülmitteln. Die EU-Kommission überarbeitet zurzeit die geltende Verordnung und hat ein Verbot für phosphathaltige Waschmittel ab

2013 vorgeschlagen. Der ENVI-Ausschuss hat sich nun dafür ausgesprochen, die Beschränkung ab 2015 auch auf Geschirrspülmittel auszudehnen.

Phosphate aus Abwässern beeinträchtigen die Wasserqualität und bedrohen Fisch- und Pflanzenbestände. Zudem sind die Phosphatlagerstätten begrenzt und teilweise durch Schwermetalle wie Cadmium verunreinigt. Der chemische Grundbaustein Phosphor ist für alle Lebewesen essenziell. Die globalen Phosphorvorkommen gelten als gefährdet. [jg]

► Pressemitteilung EU-Parlament:
www.kurzlink.de/pm-envi-16-06-2011

Rio+20

EU für weltweite Chemikalienregulierung

■ Die EU-Kommission hat eine globale Chemikalienpolitik angemahnt. Die Zeit sei reif für eine weiter reichende und besser abgestimmte internationale Regelung für Chemikalien und gefährliche Stoffe, erklärte die Kommission in einer Mitteilung zur Vorbereitung von Rio+20, dem nächsten großen UN-Gipfel zu nachhaltiger Entwicklung im Juni 2012 in Brasilien. Der Gipfel könne einen entsprechenden Prozess einleiten.

Beim Vorgängergipfel 2002 im südafrikanischen Johannesburg hatten die Staaten der Welt beschlossen, bis zum Jahr 2020 Chemikalien so zu verwenden und zu produzieren, dass signifikante negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt minimiert werden. Die EU unterstützt die Forderung nach Kriterien, mit denen weltweit Problemstoffe ermittelt und bewertet werden können. Die Erfahrungen mit dem strategischen Konzept für internationales Chemikalienmanagement (SAICM) und mit der EU-Chemikalienverordnung REACH könnten dabei einfließen, erklärte die Kommission. [jg]

► www.kurzlink.de/KOM/2011/363

Über Zäune & Schranken

Elinor Ostrom, die erste Frau, die den Wirtschaftsnobelpreis verliehen bekam, forscht zu Gemeingütern. Was macht Gemeingüter aus und unter welchen Bedingungen können sie so genutzt werden, dass wir langfristig von ihnen profitieren? Am Beispiel der Bewahrung von Wäldern und Meeren beschreibt sie Aufbau und Funktion von Institutionen, die Menschen helfen, so zu kooperieren, dass nachhaltige Nutzung gelingen kann. »Ich bin dagegen, bei jedem Problem die Lösung ausschließlich beim Markt oder dem Staat zu suchen. Es gibt auch noch andere Wege.« Elinor Ostrom

E. Ostrom

Was mehr wird, wenn wir teilen

Vom gesellschaftlichen Wert
der Gemeingüter

ca. 128 Seiten, Hardcover, 14,95 EUR
ISBN 978-3-86581-251-3



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Tropenwald/Ölförderung

Ecuador will nun doch Erdöl in Nationalpark fördern

■ Die Regierung Ecuadors glaubt nicht mehr daran, dass der Nationalpark Yasuní mithilfe der internationalen Gemeinschaft noch gerettet werden kann. Weil von den geplanten 100 Millionen Dollar bisher nur 1,4 Millionen eingetroffen sind, will Präsident Rafael Correa das Gebiet in die Hände von Ölfirmen geben. Stehen bis Ende des Jahres nicht genügend Mittel für die Yasuní-Initiative zur Verfügung, will Quito das Gebiet Ishpingo-Tambococha-Tiputini (ITT) im Nationalpark Yasuní zum Bohren nach Öl freigeben.

Mit dem Yasuní-Fonds hatte Ecuador ein weltweit einmaliges Tauschgeschäft vorgeschlagen: Das lateinamerikanische Land verpflichtet sich, auf die Förderung von Erdöl im Yasuní-Nationalpark zugunsten der Umwelt und der dort lebenden indigenen Bevölkerung zu verzichten. Im Gegenzug zahlt die internationale Gemeinschaft 20 Jahre lang die Hälfte der erwarteten Deviseneinkünfte in einen Kompensationsfonds ein – insgesamt rund 3,6 Milliarden US-Dollar. Damit soll dem von Erdölexporten abhängigen Land eine alternative Entwicklung ermöglicht werden. 2007 stellte Correa den Plan der UN-Vollversammlung vor. Im August 2010 unterzeichnete der Präsident ein entsprechendes Abkommen mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP, das treuhänderisch den Yasuní-Fonds verwalten soll.

Der Zuspruch war zunächst riesig, und etliche Staaten kündigten an, das Vorhaben zu unterstützen. Zu den stärksten Verbündeten Ecuadors zählte Deutschland, das inzwischen jedoch wieder abgesprungen ist. Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) begründete die Absage damit, dass die Yasuní-Initiative ein Vorbild für andere Staaten mit ähnlichen Initiativen sein könnte.

Deutsche und ecuadorianische Unterstützer des Projekts wollen eine internationale Rettungskampagne starten. Der Lateinamerikakorrespondent Gerhard Dilger veröffentlichte einen entsprechenden Aufruf. [IPS, mb]

- ▶ www.de.wikipedia.org/wiki/Yasuní-ITT-Initiative
- ▶ Kampagne: www.kurzlink.de/yasuni-kampagne
- ▶ Gerhard Dilger: www.derstandard.at/3124002

Tropenwald/Klimaschutz

Zurück zur Selbstverwaltung

■ Indonesien will lokalen Gemeinschaften einen Teil der umfangreichen Waldgebiete zur Selbstverwaltung überlassen. Davon verspricht sich das südostasiatische Land ein Wirtschaftswachstum um sieben Prozent und eine Halbierung der CO₂-Emissionen. Wie Regierungsvertreter auf einer Konferenz erklärten, sollen 89.000 Hektar Wald für die kommunale Nutzung freigegeben werden. »Was wenig scheint, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung«, sagte ein Regierungsbeamter.

70 Prozent Indonesiens und somit auch ein Großteil der Wälder stehen unter staatlicher Kontrolle, Tendenz steigend. Denn von den 600.000 Hektar Land, die noch 2002 von den lokalen Gemeinschaften verwaltet wurden, hat die Regierung bis 2008 370.000 Hektar verstaatlicht.

Beobachtern zufolge ist das Bestreben, den Großteil des Landes unter staatliche Kontrolle zu bringen, ein Relikt aus der Kolonialzeit. Damals ging es den Regierungen vor allem darum, die indigenen Bevölkerungsgruppen zu kontrollieren. Die zunehmende Kontrolle der Regierung über den Wald hat in den vergangenen Jahren verhindert, dass die Waldbewohner vollen Nutzen aus ihrem Lebensumfeld ziehen konnten. Auch der Baumschwund konnte nicht aufgehalten werden.

Rund 30 Millionen Hektar Land sind nach Meinung von Experten geschädigt. 40 Millionen Indonesier lebten in weitgehend baumlosen Gebieten, die von der Regierung zu Wäldern in Gemeindehand erklärt wurden. Sie hätten jedoch noch

nicht einmal Besitzrechte für dieses Land, das sich in schlechtem Zustand befindet. In vielen Fällen werde ihnen weder eine Genehmigung zur Wiederaufforstung erteilt noch die Erlaubnis gegeben, Nahrungsmittel anzubauen.

Experten sind der Meinung, dass eine Zunahme der selbst verwalteten Gebiete die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder voranbringen wird. Ähnliche Entwicklungen werden etwa in China, Indien und Vietnam ausgemacht. [IPS]

► www.rightsandresources.org

Umweltbericht 2011

Globale Verletzung

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) widmet sich in ihrem Jahresbericht „Signale 2011“ den sogenannten globalen Megatrends. Dabei geht es um schwindende Wälder als Lebensraum, umkämpfte Bodenschätze als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung oder durch den Klimawandel verursachte Gesundheitsprobleme. Der Bericht zeigt, wie sehr die durch Globalisierungsprozesse vernetzte Welt vom steten Zufluss natürlicher Ressourcen abhängig geworden ist – und wie fragil das gesamte System ist: Nimmt etwa der Markt in Europa die Ware wegen eines Flugverbots nicht ab, verwelken in Kenia die Blumen und der Nachschub spezieller Produkte wird knapp. Auch der „Welterschöpfungstag“ – der Tag im Jahr, an dem die Menschheit statistisch gesehen die für eine nachhaltige Entwicklung zur Verfügung stehenden Ressourcen aufgezehrt hat – rückt laut dem Report im Kalender immer weiter vor. Die soziale Frage, so die EEA, stelle sich angesichts der ökologischen Probleme neu.

Energieversorgung, Verschmutzung durch Chemikalien und die zunehmende Verstädterung behandelt die Umweltagentur ebenfalls in ihrem Bericht und mahnt dazu umweltpolitische Debatten und Entscheidungen an. [jg]

► www.eea.europa.eu/signale

KLIMA & ENERGIE

Klimaschutz

Schnell gegen Rußpartikel, Ozon und Methan handeln

■ Eine Studie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und der World Meteorological Organization hat gezeigt, dass eine schnelle Reduktion von Rußpartikeln, bodennahem Ozon und Methan einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte. Das erhöhe die Chance, die Erwärmung der Atmosphäre auf unter zwei oder sogar 1,5 Grad Celsius zu halten, schreiben die Autoren. Besonders für empfindliche Gebiete wie die Arktis und Gletscherzonen sei schnelles Handeln wichtig. Zudem seien die genannten Schadstoffe ein großes Gesundheitsrisiko. Bodennahes Ozon gefährde auch die Getreideernten. Die Studie wurde im Juni bei den internationalen Klimaverhandlungen in Bonn vorgestellt. Darin werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, um die „kurzlebigen Klimakiller“ zu bekämpfen, darunter Dieselfilter für Fahrzeuge, bessere Heiz-, Abwasser- und Abfallanlagen und ein Verbot der offenen Verbrennung von landwirtschaftlichen Abfällen.

Die in der Kampagne „Rußfrei fürs Klima“ zusammengeschlossenen Umweltverbände BUND, Deutsche Umwelthilfe, NABU und VCD setzen sich für Sofortmaßnahmen und die Einführung von Partikelfiltern und Umweltzonen ein. Die UNEP-Studie habe die schädliche Klimawirkung von Rußpartikeln erneut bestätigt, so die Verbände. „Rußpartikel lagern sich auf den Eisflächen der Arktis oder auf Inlandgletschern ab und bilden eine Art Grauschleier, der die Reflexion des Sonnenlichts reduziert und so das Abschmelzen des Eises beschleunigt“, sagte BUND-Experte Werner Reh. „Außerdem heizen sich die schwarzen Teilchen im Sonnenlicht auf, erwärmen ihre Umgebung und beeinflussen zudem die Wolkenbildung, mit der Folge einer weiträumigen Veränderung der Niederschlagsverhältnisse.“

Die Verbände betonten aber, dass auch der Kampf gegen CO₂-Emissionen weiter vorangetrieben werden müsse. [jg]

► UNEP: www.kurzlink.de/uneppm14-06

► Pressemitteilung Rußfrei fürs Klima: www.kurzlink.de/nabupm14-06

EU-Klimaziel

EU-Parlament verstummt

■ Das EU-Parlament hat einen Bericht zur Erhöhung des EU-Klimaziels von 20 auf 30 Prozent abgelehnt, nachdem dieser von der christdemokratisch-konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei verwässert worden war. Auch deutsche, französische und britische Mitte-Rechts-Abgeordnete stellten sich gegen den Bericht von Bas Eikhout (Grüne/EFA, Niederlande), obwohl die von bürgerlichen Parteien getragenen Regierungen in diesen Mitgliedstaaten ein höheres Klimaziel unterstützen. Nach Ansicht des deutschen Sozialdemokraten und Vorsitzenden des Umweltausschusses Jo Leinen zeigt die Diskrepanz zwischen den Abgeordneten und ihren Regierungen, wie effektiv das Lobbying von energieintensiven Industrien und osteuropäischen Staaten wie Polen war.

„So abgeschwächt machte es Sinn, den Bericht abzulehnen“, urteilte Jason Anderson vom WWF. „Leider war die Hälfte des Parlaments nicht in der Lage, die Gewinne für Europas Wirtschaft und die Vorteile einer klimasicheren Zukunft zu erkennen.“ [sl]

Klimaroadmap 2050

Polen blockiert höheres EU-Klimaziel

■ Der EU-Umweltministerrat konnte sich auf seiner Sitzung im Juni nicht auf substanzielle Schlussfolgerungen zur sogenannten Klimaroadmap einigen. Die UmweltministerInnen sollten sich zu einer im März veröffentlichten Mitteilung der

EU-Kommission zum „Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050“ äußern.

Wie der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily berichtete, scheiterte die Einigung auf eine Position für eine starke Klimaroadmap an der Blockadehaltung Polens und weiterer Mitgliedstaaten. Uneinig seien die Minister über die Frage gewesen, ob die EU durch Effizienzmaßnahmen ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 um 25 Prozent reduzieren kann und in welcher Form dies in die Schlussfolgerungen aufgenommen werden soll. Die Kommission hatte das 25-Prozent-Ziel als kosteneffizienten Kernpunkt in ihrer Strategie vorgeschlagen. In der den Schlussfolgerungen des Rates ist nun lediglich ein 20-Prozent-Ziel verankert.

„Das ist ein herber Rückschlag in der Bewegung für ein 30-Prozent-Reduktionsziel“, sagte der Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB) Jeremy Wates. Auch diverse Industriezweige mit Millionen von Beschäftigten befürworteten ein 30-Prozent-Ziel.

Eine Führungsposition im internationalen Klimaschutz wird dringender denn je gesucht, nachdem die Internationale Energieagentur (IEA) kürzlich bekanntgegeben hatte, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen einen historischen Höchststand erreicht haben und das Zwei-Grad-Ziel mit den bisherigen Klimaschutzmaßnahmen wahrscheinlich weit verfehlt wird. Umweltverbände fordern seit Langem eine Vorreiterrolle der EU. [bv]

- Schlussfolgerungen des Rates zur Klimapolitik: www.kurzlink.de/st11964.de11.pdf
- IEA: www.iea.org/index_info.asp?id=1959

EU-Energieeffizienz

In letzter Minute unter deutschem Druck verwässert

■ Auf Druck von EU-Kommissar Oettinger und der deutschen Bundesregierung hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für eine Energieeffizienzricht-

linie kurz vor der Veröffentlichung am 22. Juni stark verwässert.

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hält die Maßnahmen nicht für ausreichend, um Europa auf Energiesparkurs zu bringen. Der Richtlinienvorschlag habe vor allem auf ein Instrument gesetzt: Die Energieversorger sollten verpflichtet werden, eine Energiemenge von jährlich 1,5 Prozent des Verkaufsvolumens vom Vorjahr einzusparen. „Das wäre ein richtiger Schritt gewesen und hätte geholfen den Markt für Energiedienstleistungen zu stimulieren“, erklärte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Doch nun bleibe das Instrument freiwillig. Stattdessen sollten Mitgliedstaaten jede andere Maßnahme anrechnen können, um diese Menge an Energie einzusparen. „Deutschland müsste dann eigentlich gar nichts mehr tun“, kritisierte Weinzierl. Wirtschaftsminister Rösler könne auf bestehende Programme wie die KfW-Förderung verweisen. Dabei seien die Energieeffizienzverpflichtungen schon im ersten Entwurf nicht sehr anspruchsvoll gewesen. Anders als in den deutschen Medien dargestellt, so der DNR-Präsident, gehe es nicht um eine Deckelung des Energieverbrauchs. Energieversorger müssten lediglich Einsparprogramme durchführen, wie das in Ländern wie Dänemark, Italien, Großbritannien oder Frankreich bereits üblich sei.

Auch sonst hält der DNR den EU-Vorschlag für schwach. Die Kommission versäume es, ihr Energiesparziel rechtlich zu verankern. Das EU-Ziel, 20 Prozent Energie bis 2020 gegenüber dem Trend einzusparen, bleibe freiwillig. Nach eigenen Berechnungen der Kommission werde Europa seinen Energieverbrauch nur um neun Prozent drosseln. Der Richtlinienvorschlag reicht nach Ansicht des DNR nicht mehr aus, um diese Lücke zu schließen. „Dadurch verlieren wir Wirtschaftschancen und Arbeitsplätze und setzen unsere Klimaziele aufs Spiel“, bedauerte Präsident Weinzierl. Der DNR fordert nun „deutlich mehr Mut zur Energieeffizienz“. [sl]

- Deutscher Naturschutzring, Stefanie Langkamp, Berlin, Tel. +49 (0)39 / 678177579, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.dnr.de

EU-Energieeffizienz

265 Millionen Euro für Fonds

■ Die EU-Kommission hat einen Energieeffizienzfonds über 265 Millionen Euro aufgelegt. Der Fonds soll Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern. Gelder können unter anderem von der öffentlichen Hand, lokalen Energieversorgern, Energiedienstleistern oder Anbietern des öffentlichen Personenverkehrs beantragt werden, etwa zum Energiesparen in Gebäuden, für hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung, Projekte zur lokalen Energieerzeugung oder den Aufbau intelligenter Netze und effizienter Straßenbeleuchtung.

125 Millionen Euro stammen aus dem Europäischen Energieprogramm für Konjunkturbelegung EEPR, weitere 75 Millionen von der Europäischen Investitionsbank, 60 Millionen von der halbstaatlichen italienischen Cassa Depositi e Prestiti und fünf Millionen von der Deutschen Bank. [sl]

- www.kurzlink.de/eibeefond

EU-Atompolitik

Atomforschung geht weiter

■ Die EU-Agrarminister haben auf ihrem Treffen Ende Juni eine Verlängerung des Euratom-Forschungsrahmenprogramms bis Ende 2013 beschlossen. Damit wird das in diesem Jahr auslaufende Forschungsprogramm zeitlich an die Budgetperiode der Europäischen Union angeglichen. Die Mittel sollen vor allem dem Internationalen Kernfusionsforschungsprojekt ITER zugutekommen.

Umweltverbände fordern seit Jahren, den Euratom-Vertrag abzuschaffen und die Subventionen in die Atomkraft zu streichen. Von 2007 bis 2011 förderte die EU die Atomforschung mit 2,7 Milliarden Euro. Das ist weit mehr, als für die Erforschung erneuerbarer Energien ausgegeben wurde. [em]

- www.iter.org

Energiepaket I

Ende der Atomkraft in Sicht

■ Am 30. Juni hat der Bundestag das Gesetzespaket zur Energiewende verabschiedet, dem danach auch der Bundesrat bis auf eine Ausnahme (siehe den folgenden Beitrag) zustimmte. Nach hitziger Debatte über den Zeitpunkt für das endgültige Aus der Atomkraft wurde das schrittweise Abschalten aller AKWs bis 2022 beschlossen. Die acht schon abgeschalteten AKWs wurden endgültig vom Netz genommen. Ein Antrag der Grünen, zunächst auch die Sicherheit der weiterlaufenden AKWs zu überprüfen, fand keine Mehrheit.

Ebenso beschlossen wurde eine Reihe von Gesetzen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien erleichtern sollen. Die Zielmarke von 35 Prozent erneuerbarer Energien bis 2020 wurde jedoch nicht erhöht. Von hohen Einspeisetarifen profitiert nun vor allem die kapitalintensive Offshorewindkraft und damit die großen Energiekonzerne. Die Offshore-Genehmigungsverfahren wurden vereinfacht. Auch die Genehmigungszeiten für neue Stromleitungen wurden erheblich verkürzt. Der Ausbau der Fotovoltaik ist nun allerdings auf 3,5 Megawatt pro Jahr gedeckelt. [em]

Energiepaket II

Keine steuerlichen Anreize für effiziente Gebäude

■ Bei der Abstimmung über das Energiepaket hat der Bundesrat im Juli überraschend gegen steuerliche Anreize für Energiesparmaßnahmen an Gebäuden gestimmt. Damit werden besser gedämmte Häuser vorerst nicht steuerlich gefördert. Die Länder befürchteten, dass ihnen und den Gemeinden durch die steuerliche Förderung bis zu 860 Millionen Euro jährlich fehlen. Nun könnte der Gesetzesentwurf in den Vermittlungsausschuss kommen.

Der Bundestag hatte beschlossen, dass Investitionen in die energetische Gebäudesanierung künftig von der Steuer abgesetzt werden könnten. So sollten vor allem mehr

Eigenheimbesitzer dazu bewegt werden, ihre Gebäude energetisch auf den neuesten Stand zu bringen. Die Gebäudesanierung ist zentrales Standbein des Energiekonzepts der Bundesregierung. 2050 sollen Gebäude kaum noch Energie verbrauchen und ihren Energiebedarf aus erneuerbaren Energien decken. Dafür setzt die Bundesregierung vor allem auf finanzielle Anreize.

Umweltverbände und -unternehmen forderten Bundesregierung und Länder auf, die steuerlichen Anreize schnell zu beschließen und sich auf eine Verteilung der Kosten zu einigen. „Ohne den Gebäudesektor sind die Klimaschutzziele nicht erreichbar“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Von der Gebäudesanierung profitiere gerade die regionale Wirtschaft. „Die steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen kann einen echten Boom für sinnvolle Effizienzmaßnahmen auslösen. Die Blockadehaltung der Länder verspielt wichtige wirtschaftspolitische Chancen“, bekräftigte Christian Noll, Chef der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff). [sl]

► NABU, Elmar Große Ruse, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28498416-11, elmar.grosse-ruse@nabu.de

Energiewende

Atomausstieg mit mehr Nutzen als Kosten

■ Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat ergeben, dass sich die Kosten der Energiewende langfristig rechnen. Die Untersuchung zeigt, dass der schnelle Ausstieg aus der Atomenergie die Versorgungssicherheit beim Strom nicht gefährdet. Kurzfristig führe der stärkere Einsatz von Kohle- und Gaskraftwerken zwar zur Erhöhung der CO₂-Emissionen und zu einer geringen Strompreissteigerung. Langfristig werde aber der schrittweise Ersatz der fossilen Energien und der Atomkraft durch erneuerbare Energien Stromkosten senken und positive Struktur- und Beschäftigungseffekte auslösen. Bis 2020 kann der Anteil der

Erneuerbaren in den Stromnetzen laut der Studie verdoppelt werden. Auf lange Sicht würden erneuerbare Energien die Hauptenergiequelle Deutschlands bilden.

Für diese Entwicklung sprechen auch die neuesten Zahlen, die der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) veröffentlicht hat. Sie zeigen einen Anstieg der regenerativen Energien am deutschen Gesamtbedarf von 17,1 Prozent im ersten Quartal 2010 auf 19,2 Prozent im ersten Quartal 2012.

Entgegen einer verbreiteten Meinung, so die DIW-Studie, führe der schnelle Atomausstieg auch nicht zwangsläufig dazu, dass mehr Atomstrom aus dem Ausland importieren werden müsse. [fl]

► DIW-Studie: www.kurzlink.de/diw-11-20.pdf

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung

Nährwertangaben müssen gut lesbar sein

■ Das EU-Parlament hat im Juli neue Regeln zur Kennzeichnung von Lebensmitteln verabschiedet. Künftig müssen die Anteile von Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Zucker, Eiweiß und Salz gut lesbar auf der Verpackung stehen.

Die Forderung der Grünen im Europaparlament, die Nährwertangaben auf die Vorderseite der Lebensmittelverpackung zu drucken, fand keine Mehrheit unter den Abgeordneten. Allerdings müssen sogenannter Analogkäse oder Klebeschinken vorn auf der Verpackung folgendermaßen gekennzeichnet werden: „hergestellt aus Pflanzenfett“ oder „aus Fleischstücken zusammengeklebt“.

Auch die Bezeichnung „nano“ muss voraussichtlich ab Herbst 2014 auf den Etiketten stehen. Der Umweltverband BUND lobte dies als „ersten Schritt“.

Die Beschriftungspflichten gehören zu einem Gesamtpaket für neue Lebensmit-

telkennzeichnungen. Foodwatch hält die Kennzeichnungsregeln für zu schwach. Der Etikettenschwindel werde weitergehen, hieß es bei der Verbraucherrechtsorganisation. [mbu]

- ▶ Verordnung zur EU-Lebensmittelkennzeichnung
www.kurzlink.de/vo-lebensmittelkennz
- ▶ www.greens-efa.org
- ▶ www.bund.net
- ▶ www.foodwatch.de

Gesundheitsschutz I

EU soll Grenzwerte für Cadmium senken

■ ExpertInnen haben an die EU-Kommission appelliert, endlich Obergrenzen für den Cadmiumgehalt in Düngemitteln festzulegen. Zudem sollten die Grenzwerte für die erlaubte Aufnahmemenge von Cadmium über die Nahrung reduziert werden, hieß es bei einem Workshop zur Schwermetallbelastung in Böden im Juli in Berlin.

Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hatte bereits im vergangenen Jahr empfohlen, die Höchstmenge für Cadmium von sieben Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht auf 2,5 µg/kg zu senken. Die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher der EU-Kommission will nach eigenen Angaben in diesem Jahr darüber entscheiden. Cadmium ist für Menschen giftig, gilt als krebserregend und kann die Nieren schädigen.

VertreterInnen aus Wissenschaft und Behörden und eine neue Bodenschutzinitiative fordern, an der Wurzel anzusetzen, um den Cadmiumeintrag in der Nahrungskette zu verringern. Die Hauptquelle für die Kontamination mit dem Schwermetall ist Phosphordünger. Nach Angaben des deutschen Umweltbundesamts gelangt Cadmium zu 60 Prozent über die Düngung in den Ackerboden, 40 Prozent kommen aus der industriellen Luftverschmutzung. Deshalb hält das Umweltbundesamt es für notwendig, in der Landwirtschaft weniger cadmiumbelastete Düngemittel einzusetzen.

In der EU gibt es keine einheitliche Regelung der Cadmiumgehalte in Dünger. Ein Vorschlag des Europäischen Parlaments und des Ministerrates, den Grenzwert von Cadmium von 60 Mikrogramm pro Kilogramm Phosphordünger auf 20 µg/kg zu senken, war im Jahr 2003 gescheitert. [mbu]

- ▶ EU-Kommission, Gesundheit und Verbraucher:
www.ec.europa.eu/commission_2010-2014/dalli
- ▶ EFSA: www.efsa.europa.eu
- ▶ Initiative Pro Gesunde Ernährung:
www.soilwatchers.org

Gesundheitsschutz II

Dioxinähnliche Gifte im Rindfleisch

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat gefordert, den bisherigen Auslösewert für dioxinähnliche PCB (polychlorierte Biphenyle) beizubehalten. So sollen Rindfleisch und andere Lebensmittel weitestgehend frei von diesen Substanzen bleiben. Der Auslösewert liegt zurzeit bei einem Pikogramm PCB je Gramm Fett – das ist ein Billionstel Gramm.

Auslösewerte – nicht zu verwechseln mit Grenzwerten – dienen als Frühwarnsystem für Lebensmittelerzeuger und -kontrolleure. Sie liegen unterhalb der Grenzwerte und sollen helfen, überdurchschnittlich hohe Belastungen und die Quellen einer Verunreinigung mit gesundheitsgefährdenden Stoffen zu finden. Dies soll geschehen, bevor der Grenzwert erreicht ist und ein Produkt auf den Markt kommt.

Weil in Deutschland die Hälfte aller Rindfleischproben mehr als ein Pikogramm dioxinähnliche PCB enthielten, wolle die Bundesregierung den EU-weiten Auslösewert auf zwei Pikogramm verdoppeln, statt die Belastung drastisch zu reduzieren, sagte DNR-Vizepräsident Hartmut Vogtmann. „Besonders toxisch wirkende Stoffe wie PCB und Dioxine haben in der Umwelt und in Lebensmitteln nichts verloren“, erklärte der Agrarwissenschaftler. Die Substanzen werden hauptsächlich über

die Luft verteilt, gelangen so ins Futter und reichern sich wegen ihrer Fettlöslichkeit in der Nahrungskette an.

Nach dem deutschen PCB-Verbot von 1989 war die Dioxinbelastung der Luft bis Mitte der 90er-Jahre zunächst gesunken. Laut der nationalen Berichterstattung zur atmosphärischen Emission nahm zwischen 2000 und 2008 die Luftverschmutzung mit PCB aber wieder leicht zu. [mbu]

- ▶ DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarbudget

30 Prozent für Ökologisierung

■ Die EU-Kommission hat keine Kürzungen für den Ökolandbau, den Ausbau der regionalen Vermarktung und Umweltschutzmaßnahmen vorgeschlagen. Das hatten Umweltverbände befürchtet – die allerdings weiter am Wechsel zu einer ökologischen und fairen Landwirtschaft zweifeln. Zwar hält der Sprecher der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ Jochen Fritz es für positiv, dass 30 Prozent der EU-Direktzahlungen („1. Säule“) künftig für Agrarumweltmaßnahmen verwendet werden sollen. Der WWF befürchtet jedoch, dass die Mitgliedstaaten die dafür vorgesehenen Kriterien verwässern könnten. Fritz forderte „einen echten Wechsel und kein Reförmchen“. Dazu müssten die Ausgaben für den Erhalt der Artenvielfalt und den Klimaschutz erhöht werden. Zudem seien Investitionen in Boden, Wasser und eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft notwendig. „Wenn wir es ernst damit meinen, das Artensterben in den kommenden zehn Jahren zu stoppen, müssen wir die Landwirte auch dafür bezahlen, vielfältiger und ökologischer zu wirtschaften.“ [mbu]

- ▶ www.meine-landwirtschaft.de
- ▶ www.wwf.de

Gentechnikanbau

Jedes EU-Land entscheidet künftig selbst

■ Das Europäische Parlament hat im Juli einem Gesetzesvorschlag zugestimmt, der es den Mitgliedstaaten erlaubt, den Anbau von gentechnisch manipulierten Pflanzen auf ihrem Gebiet zu verbieten. Im April hatte bereits der Umweltausschuss des Parlaments den Vorschlag akzeptiert, der auch Verbote aus Naturschutzgründen gestattet.

Zwar sollen EU-Länder weiterhin keine Verbote aufgrund gesundheitlicher Bedenken erlassen können, heißt es in dem nach der Berichterstatterin Corinne Lepage benannten Bericht. Negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Gefahr von Pestizidresistenzen oder die mögliche Ausbreitung fremder Pflanzen würden aber künftig ein Verbot rechtfertigen. Damit hätten die Mitgliedstaaten mehr Rechtssicherheit, sagte der Sprecher der Grünen im Agrarausschuss Martin Häusling.

Die Abgeordneten setzten auch durch, dass ökologische oder sozioökonomische Gründe als Argumente gelten, um den Anbau zu verbieten. Auf Vorschlag der Grünen sollen künftig auch Regionen den Anbau von Genpflanzen untersagen dürfen. Das Parlament sprach sich zudem dafür aus, die Mitgliedstaaten zur Vermeidung von Kontaminationen zu verpflichten.

Das Parlament forderte zudem, dass die Mitgliedstaaten strenge Haftungsregeln einführen. Es dürfe nicht passieren, dass Landwirte bei Schäden zur Kasse gebeten würden, obwohl sie den Anbau von Genpflanzen ablehnten, sagte Häusling. Nun müsse endlich die europäische Lebensmittelbehörde EFSA auf den Prüfstand. Skandale wie die Lobbyverquickungen von EFSA-Mitarbeitern mit der Industrie dürfe es nun auf keinen Fall mehr geben.

Auch der BUND lobte das Abstimmungsergebnis. Die Vorlage des Umweltausschusses habe die Schwächen des ursprünglichen Kommissionsentwurfs beiseitegeräumt, heißt es in einem Hinter-

grundpapier. Als Beispiele nannte der Umweltverband die konkreten Verbotgründe im Gesetzentwurf.

Greenpeace sieht allerdings neben den Chancen auch Gefahren. Bisher seien einige EU-Staaten besonders kritisch bei der Zulassung neuer Genpflanzen gewesen, weil sie nicht sicher sein konnten, ob sie diese wirklich von ihren Äckern fernhalten könnten, sagte die Greenpeace-Gentechnikexpertin Stephanie Töwe-Rimkeit. Sie vermutet ein Kalkül der EU-Kommission: „Wenn die Mitgliedstaaten nun beim Anbauverbot mehr Spielraum haben, ist die Gefahr groß, dass sie bei der Zulassung neuer Genpflanzen leichter zustimmen.“ Einmal ausgebrachte Genpflanzen würden sich aber durch Pollenflug auch über Ländergrenzen hinweg ausbreiten. [mbu, mb]

- ▶ Lepage-Bericht (PDF): www.kurzlink.de/genzulassung-lepage
- ▶ www.martin-haesling.de
- ▶ BUND: www.kurzlink.de/bund-genverbot.pdf
- ▶ Greenpeace: www.kurzlink.de/gp-genverbot

144 Seiten | ISBN 978-3-932309-33-5

Jetzt NEU für Nordrhein-Westfalen!
... dort wo es Bio-Produkte gibt.

B U C H T I P P

Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben !

G U T S C H E I N :
... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- Hamburg/Schleswig-Holstein
- Berlin/Brandenburg
- Nordrhein-Westfalen
- Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

Umwelt aktuell 02/11

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für
ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 159

Arbeiten in der Biobranche

- **Arbeiten mit Köpfchen: Welche Bildung braucht der Biolandbau?**
- **Leben und arbeiten auf Biohöfen: Mehr Selbstbestimmung**
- **Nachwuchs für die Branche: Die besten Köpfe finden und binden**

Themen in Heft 159

aus Forschung, Praxis und Beratung

- **Tierschutz: Alles spricht für ein Label**
- **Bio und Fair: Gemeinsam stark**
- **Ernährung: Bio für alle ist möglich**
- **Ökolandwirte: Wer hört auf und warum?**

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 13,30 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder +49/(0)89/54 41 84-25

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisfurth-Stiftung

Gentechnikrecht

EU erlaubt Gentechnikspuren in importierten Futtermitteln

■ Die Europäische Kommission hat Ende Juni neue Regeln für gentechnisch veränderte Futtermittel verabschiedet. Danach sind nun Spuren gentechnischer Verunreinigung in importiertem Futter bis zu einem Grenzwert von 0,1 Prozent erlaubt.

Im Februar hatten die EU-Mitgliedstaaten dem Kommissionsvorschlag, die Vorschriften zu lockern, zugestimmt. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die genmanipulierte Substanz schon in mindestens einem Drittstaat genehmigt ist und in der EU seit mindestens drei Monaten ein Zulassungsverfahren bei der zuständigen Lebensmittelbehörde EFSA läuft.

Das bedeutet, dass künftig Futter auf den europäischen Markt kommt, das gentechnisch veränderte Bestandteile enthält, die in der EU nicht erlaubt sind. Selbst noch so geringe Spuren gentechnisch veränderter Organismen (GVO) könnten EU-BürgerInnen gefährden, befürchtet deshalb die Umweltschutzorganisation Greenpeace. Die EU-Kommission habe sich mit dem neuen Grenzwert dem Druck der internationalen Futtermittelimporteure gebeugt.

Zudem widerspricht das Aus für die Nulltoleranz laut einem Gutachten im Auftrag des BUND dem EU-Recht. Denn bisher sind Gentechnikpflanzen, die keine Zulassung und keine Sicherheitsbewertung haben, in der EU strikt verboten. Auch eine gentechnische Kontamination unter 0,1 Prozent würde dagegen verstoßen.

[mbu]

- ▶ EU-Kommission zu GVO-Grenzwerten in Futter: www.kurzlink.de/gvo-grenzwert-futter
- ▶ Greenpeace: www.greenpeace.org
- ▶ BUND: www.bund.net/gentechnik

Aktuelle Nachrichten und Hintergrundtexte zu Gentech-Pflanzen liefert der „Informationsdienst Gentechnik“ der großen deutschen Ökolandbau- und Umweltverbände: www.keine-gentechnik.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Biologische Vielfalt

Umweltminister für EU-Biodiversitätsstrategie

■ Der EU-Umweltministerrat hat im Juni die Biodiversitätsstrategie der Europäischen Kommission angenommen. Mit der Strategie soll der Verlust der biologischen Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosystemdienstleistungen in Europa bis 2020 eingedämmt werden.

Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) und BirdLife Europe kritisierten das fehlende Engagement einiger Mitgliedstaaten für die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie. Immerhin sei die Strategie das Schlüsselinstrument für einen Stopp des Artensterbens, sagte EEB-Generalsekretär Jeremy Wates.

BirdLife appellierte an den Umweltrat, dem Bekenntnis zur Strategie auch Taten folgen zu lassen. Dafür müssten die Agrar- und Fischereipolitik reformiert und ausreichend Mittel im neuen EU-Haushalt zur Verfügung gestellt werden.

Wie die Umsetzung der Strategie finanziert werden soll, darüber debattieren die EU-Parlamentarier im Herbst (siehe Interview, S. 21).

[mbu]

- ▶ Schlussfolgerungen des Umweltministerrates: www.kurzlink.de/st11978.de11.pdf
- ▶ EEB, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 28910-90, Fax -99, E-Mail: info@eeb.org, www.eeb.org
- ▶ BirdLife, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 280-0830, E-Mail: bleco@birdlifeco.net, www.birdlife.org

Weltnaturerbe

Buchenwälder ausgezeichnet

■ Die Kulturorganisation der Vereinten Nationen Unesco hat Ende Juni in Paris mehrere besonders naturnahe Buchenwälder in Deutschland zum Weltnaturerbe erklärt. Damit sind diese Gebiete mit der Serengeti in Ostafrika und dem

Yellowstone-Nationalpark in den USA gleichgestellt. Das sei nicht nur ein enormer Imagegewinn für die Naturschätze des Landes, sondern auch eine deutliche Ermahnung zu der Verantwortung, den die Bundesregierung und andere Verantwortliche für diesen weltweit bedrohten Lebensraum trügen, sagte der Präsident des NABU Olaf Tschimpke.

Alte Buchenwälder gehören zu den am stärksten bedrohten Lebensräumen der Erde. Besonders bedroht sind nach Angaben des Naturschutzbundes alte, naturnahe Buchenwälder mit urwaldähnlichen Strukturen und einer enormen Artenvielfalt von mehr als 4.000 Pflanzen- und 6.700 Tierarten. In Deutschland wächst etwa ein Viertel des gesamten weltweiten Rotbuchenbestands. Zahlreiche Waldtypen mit Buchenarten gibt es nur hier.

Allerdings bedecken solche naturnahen Buchenwälder nur noch etwa 0,16 Prozent der Waldfläche in Deutschland. Das reiche nicht aus, um die biologische Vielfalt der Buchenwälder dauerhaft zu sichern, monierte NABU-Präsident Tschimpke. Die Bundesregierung und die Bundesländer müssten dem Auftrag der nationalen Biodiversitätsstrategie folgen und bis 2020 auf mindestens fünf Prozent der Waldfläche ein Netzwerk von Urwäldern schaffen.

Die fünf neuen Unesco-Waldgebiete in Deutschland sind der Nationalpark Jasmund, der Müritz-Nationalpark (beide Mecklenburg-Vorpommern), das Unesco-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin (Brandenburg) und die Nationalparke Hainich (Thüringen) und Kellerwald-Edersee (Hessen).

Das Wattenmeer, das bereits 2009 als Weltnaturerbebestätte ausgezeichnet worden war, wurde im Juni um den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer erweitert. Das Schutzgebiet liegt an der Elbmündung vor Cuxhaven und umfasst auch die Inseln Neuwerk, Nigehörn und Scharnhörn.

[mbu]

- ▶ Unesco-Welterbestätten in Deutschland: www.unesco.de/welterbe-deutschland.html
- ▶ NABU, Waldreferent Johannes Enssle, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 285984-1623, Fax -84, E-Mail: johannes.enssle@nabu.de, www.nabu.de/wald

Wildtierschutz

Wölfe holen sich Lebensraum zurück

■ Im deutsch-polnischen Grenzgebiet leben immer mehr Wölfe. Das ergab ein Monitoring der polnischen Naturschutzorganisation Association for Nature Wolf (AfN Wolf). Allerdings ist der wachsende Bestand durch eine zurzeit in Polen diskutierte Abschussquote schon wieder in Gefahr.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist nach Angaben des Internationalen Tierschutzfonds IFAW und der Naturschutzstiftung Euronatur, die das Monitoring finanzierten, die Zahl der Wolfsrudel in westlichen Polen und in Grenznähe zu Deutschland 2011 gestiegen. Vier neue Rudel und zwei Paare seien entdeckt worden, heißt es in dem Forschungsbericht. Damit habe sich die Zahl auf insgesamt 19 Wolfsrudel mit etwa 95 Einzeltieren in Westpolen erhöht.

Der IFAW zeigte sich erfreut über die Ergebnisse des Wolfsmonitorings, warnte aber gleichzeitig vor negativen Folgen eines geplanten polnischen Wolfsmanagements. Die neue Strategie sieht möglicherweise auch eine jährliche Abschussquote vor. Das würde sich „verheerend“ für die Wölfe auswirken, sagte Robert Kless vom IFAW Deutschland.

Neben dem Abschuss droht den Wölfen laut dem Monitoringbericht noch eine andere Gefahr. Ihre Wanderkorridore sind zunehmend durch Straßenbauprojekte und den wachsenden Verkehr bedroht. Wenn die polnischen Wölfe wieder dezimiert würden, hätte dies auch Auswirkungen auf ihre Artgenossen auf deutscher Seite. Denn diese seien auf die Zuwanderung von Tieren aus Polen angewiesen. Es sei deshalb dringend nötig, Wildtierkorridore zum Beispiel durch den Bau von Grünbrücken zu erhalten oder neu zu schaffen, empfahl Euronatur-Projektleiterin Annette Spangenberg.

[mbu]

- ▶ AfN Wolf: www.polishwolf.org.pl
- ▶ IFAW: www.ifaw.org
- ▶ Euronatur: www.euronatur.org/wolf

Vogelschutz

Gejagt und vergiftet

■ Allein durch die Fischerei der EU-Mitgliedstaaten sterben Experten zufolge jährlich 200.000 Seevögel, die sich in Fischnetzen verfangen haben. Gegen den sogenannten Beifang haben BirdLife International und der NABU wirksame Schutzmaßnahmen gefordert. So sollten die Mitgliedstaaten das nötige Geld bereitstellen, um Daten über den Beifang zu erheben und umweltschonende Fangtechniken weiterzuentwickeln, sagte der NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Derzeit erarbeitet die EU-Kommission einen Aktionsplan zur Reduzierung der Seevögelbeifänge.

Vertreter von Naturschutz- und Jagdverbänden verurteilten bei einer internationalen Konferenz im Juli auf Zypern außerdem die illegale Verfolgung von Vögeln in vielen Teilen Europas. Die Organisation BirdLife legte einen Bericht vor, wonach allein auf Zypern jedes Jahr rund 1,4 Millionen Vögel illegal abgeschossen werden. Für den Bericht wurden die Gefahren für Vögel durch illegale Jagd und Fallenfänge in 38 europäischen Ländern untersucht. In einer „Erklärung von Larnaca“ verurteilten die Teilnehmer der Konferenz die illegale Vogeljagd sowie den internationalen Schmuggel mit Vögeln und forderten Gegenmaßnahmen.

NABU-Geschäftsführer Leif Miller wies darauf hin, dass rechtswidrige Vogeljagd nicht nur in der Mittelmeerregion stattfindet. In Deutschland würden in jedem Winter Raben- und Greifvögel vergiftet. Weil viele Greifvogelarten durch konsequenten Schutz wieder häufiger zu sehen seien, glaubten manche, diese Vögel nähmen überhand und würden andere Arten dezimieren, sagte der NABU-Vogelschutzexperte Markus Nipkow. Der NABU verlangt nun ein härteres Vorgehen: Wer Greifvögel abschießt, fängt oder vergiftet, soll mit empfindlichen Strafen rechnen müssen.

[mbu]

- ▶ www.birdlife.org/regional/europe
- ▶ www.nabu.de
- ▶ Konferenzseite mit Larnaca-Erklärung: www.kurzlink.de/bird-killing-2011

Das eigene Auto war gestern

Viele Deutsche schwenken um. Das Auto als Allerheiligstes ist passé. Gerade die junge urbane Bevölkerung nutzt in fröhlichem Wechsel Carsharing, Bike-on-Demand und Mitfahrbörsen, um voranzukommen. Intime Kenntnisse zu Vergaser und Zylinderkopf verlieren damit ebenso ihren Reiz wie das neueste Technikhighlight deutscher Autoschmieden. Michael Adler spürt dem Trend zukünftiger Fortbewegung nach und zeigt, wie aus dem Lifestyle junger Großstädter(innen) eine umweltverträgliche Mobilität für alle werden kann.

M. Adler

Generation Mietwagen

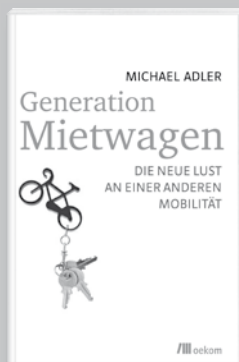
Die neue Lust an einer anderen Mobilität

120 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 EUR
ISBN 978-3-86581-238-4



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



STADT & REGION

Umweltbewusste Kommunen

Skandinaviens Metropolen an der Spitze

■ Die nordeuropäischen Metropolen Helsinki, Kopenhagen, Oslo und Stockholm schneiden im europäischen Vergleich beim Klima- und Umweltschutz überdurchschnittlich gut ab. Das ergab eine Studie des Forschungsinstituts Economist Intelligence Unit im Auftrag des Siemens-Konzerns. Zur Spitzengruppe gehören auch Amsterdam, Brüssel, Wien und Zürich, gefolgt von den ebenfalls noch überdurchschnittlichen deutschen Städten Berlin, Bremen, Frankfurt, Hamburg, Hannover und Leipzig.

Die Autoren untersuchten CO₂-Ausstoß, Energieverbrauch, Gebäude, Verkehr, Wasser, Abfall, Landnutzung, Luftqualität und Umweltmanagement. Deutsche Städte führen die Rangliste beim Wassersparen an: Ihre Bewohner verbrauchen im Vergleich zu anderen europäischen Städten nur etwa halb so viel. Auch die Recyclingquote und der Energieverbrauch in Gebäuden sind in deutschen Städten besser als anderswo. Aber beim CO₂-Ausstoß hinken sie hinterher, weil der Kohleanteil bei der Energierzeugung hoch ist. [mbu]

► Economist Intelligence Unit:
www.eiu.com/public/

Grüne Hauptstadt Europas

Kandidaten für 2014 gesucht

■ Bis zum 14. Oktober können sich Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern für den Titel „Grüne Hauptstadt Europas 2014“ bewerben. Chancen haben Städte, die eine Vorbildfunktion für umweltfreundliches urbanes Leben nachweisen und anderen entsprechende Ideen vermitteln können. Mit dem Wettbewerb sollen Städte ange-regt werden, sich für mehr Umweltschutz

und eine nachhaltige Entwicklung zu engagieren. 80 Prozent aller EuropäerInnen leben in städtischen Gebieten und die meisten Umweltprobleme haben dort ihren Ursprung. Deshalb sollen die Stadtverwaltungen motiviert werden, Lösungen zu finden. [mbu]

► www.europeangreencapital.eu

Urbane Ökologisierung

EU gibt 80 Millionen für nachhaltige Städte

■ Ende Juni hat EU-Energiekommissar Günther Oettinger den Startschuss für die Initiative Smart Cities gegeben, mit der Städte und Kommunen umweltfreundlicher werden sollen. Dafür stellt die Europäische Kommission in einem ersten Schritt 80 Millionen Euro für Projekte zu Klimaschutz und Energieeffizienz zur Verfügung. Bis zum 1. Dezember können Vorschläge eingereicht werden. Für gut befundene Projekte können voraussichtlich Mitte 2012 gestartet werden. Das Geld soll aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU kommen. [mbu]

► Smart Cities: www.kurzlink.de/eu-smartcities

Tag der Regionen 2011

Preisverdächtiges gesucht

■ Vom 23. September bis zum 9. Oktober wollen Deutschlands Regionen wieder auf vielfältige Lösungen für wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme hinweisen. Wer in der diesjährigen Aktionswoche zum Tag der Regionen eine Veranstaltung durchführt, kann sich außerdem für eine Auszeichnung bewerben. Den mit 3.500 Euro dotierten Preis erhalten Aktionen, die die Ziele des Aktionstages vorbildlich und kreativ umsetzen. Bewerbungsschluss ist der 7. November. [jg]

► www.tag-der-regionen.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Artgerechte Tierhaltung**Umstrittene Delfinarien**

■ Die Wal- und Delfinschutzgesellschaft WDCS hat das Aus für Delfinarien in Europa gefordert. Einem Bericht der Tierschutzorganisation zufolge ist die Haltung von Delfinen und Walen grundsätzlich nicht artgerecht.

Der Bericht belegt laut WDCS zudem, dass die Haltung von Delfinen in Gefangenschaft nicht mit der EU-Gesetzgebung vereinbar ist. Diese sehe bestimmte Ziele beim Artenschutz, der Forschung und der Bildung der Öffentlichkeit vor. So müssten die Shows in Zoos den Zuschauern sinnvolle Informationen bieten. „Clowneske Vorführungen“ seien aber nicht vorgesehen, kritisierte die WDCS. Den Informationswert der Delfinarien bezeichnete die Organisation als dürftig. Den meisten Betreibern gehe es um Geld, den Besuchern um Fotos.

Die Tiere haben nach Angaben der WDCS viel Stress, weil sie zu unnatürlichem Verhalten gezwungen würden. Auch für den Artenschutz spiele die Haltung im Zoo keine Rolle. Im Gegenteil hätten Delfine in Gefangenschaft nicht nur eine kürzere Lebenserwartung, sie würden sich auch seltener fortpflanzen.

Betreiber, zum Beispiel der Nürnberger Tiergartendirektor Dag Encke, halten Delfine wie die Großen Tümmler dagegen für geeignet, im Zoo zu leben. Ihr Stresslevel sei bei den Messungen unauffällig, sagte Encke.

Für den Bericht hat die WDCS zusammen mit mehr als 25 europäischen Tierschutzorganisationen über mehrere Monate in Delfinarien recherchiert und Informationsmaterial ausgewertet. Die EU-Kommission verwies darauf, dass die Lizenzvergabe für Delfinarien Sache der Mitgliedstaaten sei, und forderte die Länder und die Autoren des Berichts zum Dialog auf. [mbu]

► www.kurzlink.de/delfinarien-bericht

Lebensmittelkennzeichnung**Start für neues Tierwohl-Label**

■ Damit Verbraucherinnen und Verbraucher besonders tierfreundlich erzeugte Produkte erkennen können, will der Deutsche Tierschutzbund im Herbst ein neues Siegel einführen. Das Tierwohl-Label soll Fleisch-, Eier- und Milchprodukte kennzeichnen, bei denen Tierschutzstandards weit über den gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden.

Geplant ist ein zweistufiges Verfahren. Die Kriterien sollen für alle landwirtschaftlich genutzten Tiere erarbeitet werden und für die gesamte Produktionskette von der Zucht bis zur Schlachtung gelten. Die Anforderungen für die Vergabe des Siegels sollen strenger sein als die für das Bio- und das Neuland-Siegel. Zunächst soll es ein Label für Produkte von Masthühnern und -schweinen geben.

Die EU-Kommission hatte bereits Ende 2009 einen Bericht veröffentlicht, in dem mehrere Optionen für eine Tierschutzkennzeichnung vorgestellt werden. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner unterstützt diese Initiative und setzt sich nach eigenen Angaben dafür ein, dass die Kennzeichnung in den Tierschutzaktionsplan der Kommission aufgenommen wird. Ihr Ministerium ließ von der Universität Göttingen eine Studie zu den „Perspektiven für ein europäisches Tierschutzlabel“ erarbeiten. Danach würden 20 Prozent der VerbraucherInnen für besonders tierfreundlich hergestellte Produkte auch mehr bezahlen. Das vom Tierschutzbund sowie dem BUND und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft getragene Neuland-Label hatte trotzdem stets nur einen sehr geringen Marktanteil. Das Tierwohl-Siegel soll nun mithilfe großer Unternehmen wie Tengemann und Vion den Durchbruch bringen. [mbu, mb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

► Bericht der EU-Kommission: www.kurzlink.de/eu-tierwohllabel.pdf

► Studie: <http://download.ble.de/08HS010.pdf>

Mehrjähriger Finanzrahmen**Entwurf ignoriert umweltpolitische Aufgaben**

■ Die EU-Kommission hat im Juni ihren Entwurf für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU veröffentlicht, der die Jahre 2014 bis 2020 umfasst. Insgesamt sind für die nächste Siebenjahresperiode 1.025 Milliarden Euro an Mitteln für Verpflichtungen und 972 Milliarden für Zahlungen veranschlagt. Die Mittel entsprechen etwa einem Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU.

„Es ist unmöglich, mit diesem Entwurf die von der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten beschlossenen Ziele im Natur- und Klimaschutz zu erreichen“, kritisierte NABU-Präsident Olaf Tschimpke den Siebenjahresplan. Der NABU beanstandet vor allem die fehlende Mittelumschichtung im Agrarhaushalt. Auch zeigte sich der Verband enttäuscht, dass das einzige direkte umweltpolitische Förderinstrument der EU, das LIFE-Programm, weiter ein Schattendasein fristen soll: Die Aufstockung der LIFE-Gelder von 0,23 Prozent des gesamten EU-Haushalts um jährlich 450 Millionen Euro hält der NABU angesichts der von der EU selbst gesteckten Ziele und der zusätzlichen Aufgaben durch den Klimawandel für bei Weitem nicht ausreichend.

Gemeinsam mit vielen anderen Naturschutzorganisationen hatte die Naturschutzstiftung Euronatur eine Verfünffachung des LIFE-Etats gefordert. Anders als andere Umweltorganisationen wertete Euronatur die EU-Finanzvorschläge als klares Signal für den ökologischen Umbau der Agrarpolitik. So plane die Kommission, 30 Prozent der Direktzahlungen an die Agrarbetriebe (erste Säule) für Maßnahmen zur Ökologisierung der Agrarpolitik – das sogenannte Greening – einzusetzen.

Der WWF befürchtet, die Verringerung der Direktzahlungen könne von den Mitgliedstaaten genutzt werden, um die

vorgesehenen Umweltkriterien zu verwässern. Durch die zusätzliche Reduzierung der Gelder für die ländliche Entwicklung (zweite Säule) drohe die Gefahr, dass aus konkreten Umweltprogrammen wieder eine reine Einkommensübertragung an Landwirte werde.

Ihre grundsätzlichen Forderungen an eine Ökologisierung der EU-Finanzpolitik haben europäische Nichtregierungsorganisationen in einem Positionspapier zusammengefasst (Interview S. 21, Kommentar S. 22). [bv]

- www.kurzlink.de/eu-komm-pm2011-06-30
- www.kurzlink.de/nabu-pm-2011-06-30
- www.kurzlink.de/euronat-pm2011-06-30
- www.wwf.de/presse (01.07.2011)
- www.kurzlink.de/ngopos-haushalt.pdf

EU-Ratspräsidentschaft I

Polen übernimmt von Ungarn

■ Im Juli hat die polnische Regierung für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und damit Ungarn im Vorsitz über die EU-Ministerräte abgelöst. Mit der Übernahme startet zudem ein neues Regierungstrio mit 18 Monaten gemeinsamem Programm: Auf Polen folgen im ersten und zweiten Halbjahr 2012 Dänemark und Zypern.

Auf der polnischen Agenda bis zum Ende dieses Jahres stehen auch umweltrelevante Themen, etwa die Revision der Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T), das Flughafenpaket sowie Energieinfrastruktur und Energieeffizienzmaßnahmen, Energieaußenpolitik und erneuerbare Energien im ländlichen Raum. Hinzu kommen Fragen wie die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Qualität von Agrarprodukten, die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP), die Fischereiquoten für 2012, Waldpolitik (Forest Europe Process), die Vorbereitungen zur UN-Klimakonferenz in Durban (COP17/MOP7) und die Klimapolitik nach 2012, die Umsetzung des EU-Biodiversitätsaktionsplans, Ressourceneffizienz, die Vorbereitung des Rio+20-Gipfels

über nachhaltige Entwicklung, „Grünes Wachstum“ sowie die Evaluation des 6. Umweltaktionsprogramms (UAP) und der Vorschlag für ein 7. UAP. Zudem werden ein Beschluss zur Biozidproduktverordnung und ein Beschluss zur Richtlinie über Elektroaltgeräte (WEEE) erwartet. Die Umweltministerräte tagen am 10. Oktober in Luxemburg und am 19. Dezember in Brüssel. [jg]

- Polnische Ratspräsidentschaft: www.pl2011.eu

EU-Ratspräsidentschaft II

Zehn Prüfsteine für Polen

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat der neuen EU-Präsidentschaft (siehe vorhergehender Beitrag) seine traditionellen grünen Prüfsteine, die 10 Green Tests, überreicht. Am Ende des Jahres will die Umweltdachorganisation daran die Fortschritte der Präsidentschaft in der EU-Umweltpolitik messen. Zu den Prüfsteinen gehört auch ein ausführliches Memorandum mit detaillierter Begründung für die einzelnen Forderungen.

Das EEB fordert die polnische Präsidentschaft auf, sich für eine Europa-2020-Strategie einzusetzen, die zu nachhaltiger Entwicklung führt, den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 umweltfreundlich zu gestalten sowie Vorbereitungen für ein 7. Umweltaktionsprogramm zu treffen, das eine Reduktion des ökologischen Fußabdrucks um die Hälfte sowie konkrete Ziele und Zeitpläne beinhaltet. Weiter soll die Präsidentschaft den Klimawandel bekämpfen und sich für ein 30-Prozent-Ziel für die Treibhausgasreduktion bis 2020 mit Steigerung auf 40 Prozent einsetzen, nicht nachhaltige Trends bei der Abfallpolitik umkehren und für eine ehrgeizige Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE) eintreten. Auch die Vermeidung von Umweltverschmutzung sollen die polnischen Politiker stärken, indem sie zum Beispiel die CLP-Verordnung zur Klassifizierung und Kennzeichnung von Chemikalien verbessern und Phosphate in Reinigungsmitteln sowie Schwefel in

Schiffstreibstoffen reduzieren. Darüber hinaus soll die Präsidentschaft das Halbjahr nutzen, um die Quecksilberpolitik konsequent zu reformieren, die Gemeinsame Agrarpolitik umweltfreundlich zu gestalten und dabei die EU-Biodiversitätsstrategie zu beachten, eine ehrgeizige Energiesparagenda zu entwickeln und nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene zu fördern. [bv, jg]

- 10 Grüne Prüfsteine des EEB: www.kurzlink.de/10-green-tests-polen

EU-Ratspräsidentschaft III

Wenig gute Noten für Ungarn

■ Eine Bilanz des ungarischen EU-Ratsvorsitzes in der ersten Jahreshälfte hat das Europäische Umweltbüro (EEB) gezogen. Nach Auswertung der „Zehn grünen Prüfsteine“ (vgl. vorhergehender Beitrag) erhielt das Land ein „gut“ für das Engagement für Biodiversität und Quecksilber, aber schlechte Noten in der Agrarpolitik, aber schlechte Noten in der Agrarpolitik, für Klimaschutz und Energieeffizienz.

Der europäische Umweltdachverband lobte die ungarische Regierung für ihre Arbeit zur Erhaltung der Artenvielfalt und für die Transparenz in der Debatte zur Biodiversitätsstrategie im Umweltministerrat. Auch für die internationalen Quecksilberverhandlungen gab es gute Noten.

Allerdings überwog die Kritik. Die ungarische Präsidentschaft kümmerte sich aus EEB-Sicht zu wenig darum, dass Europa wirklich energieeffizient wird: Sie habe es versäumt, die EU-Kommission zu einem Vorschlag für ein gesetzlich bindendes Effizienzziel zu drängen. Auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sei es nicht recht vorangegangen. Ungarn habe sich darauf beschränkt, die Mitteilung zur GAP vom November 2010 durch Agrarministerrat und EU-Parlament zu bringen. Auch die allenfalls schleichenden Fortschritte in der Klimapolitik hätten zum Topthema werden können, so das EEB, wenn die Präsidentschaft sich der Sache ein wenig mehr angenommen hätte. [bv, jg]

- www.kurzlink.de/eeb-bewertung-ungarn

„Naturschutz auf 100 Prozent der Fläche – das muss das Ziel sein“

Ende Juni wurde in Brüssel der Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014 bis 2020 festgezurr. Die Pläne der Europäischen Kommission haben auch Auswirkungen auf die Finanzierung der Biodiversitätsstrategie. Damit – wie auch viele Umweltverbände fordern – genügend Geld für Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität zur Verfügung gestellt werden kann, muss man künftig Gelder aus den Regionalfonds anzapfen, sagt der Vorsitzende des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, Jo Leinen.

umwelt aktuell: Herr Leinen, im Juni hat der Umweltministerrat der Biodiversitätsstrategie der EU-Kommission für das laufende Jahrzehnt zugestimmt. Mit der Strategie soll der Verlust der biologischen Vielfalt gestoppt und die Artenvielfalt teilweise wiederhergestellt werden. Wann debattiert das Parlament darüber?

Jo Leinen: Im Herbst werden wir einen umfassenden Bericht über die Strategie zur Erhaltung der Lebensräume und der Artenvielfalt machen. Wir werden auch den Finger auf die Wunde legen, was in der Vergangenheit falsch gelaufen ist, und schauen, welche Instrumente die Naturschutzpolitik braucht, um erfolgreich zu sein.

An welcher Stelle kann das Parlament gezielt den Haushaltsplänen der EU-Kommission für die Finanzperiode nach 2013 entgegensteuern?

Die EU muss über einen rechtlichen und finanziellen Rahmen verfügen, der das Erreichen ihrer Ziele ermöglicht. Es kann nicht sein, dass der Naturschutz ein kümmerliches Randdasein im EU-Haushalt spielt. Hier ist die Verstärkung des Programms LIFE+, aber auch die Ökologisierung großer Politiken wie der Agrarpolitik und der Regionalpolitik von erheblicher Bedeutung.

Sie wollen also neben den Agrarumweltmitteln auch die Regionalfonds anzapfen?

Ja, die vielen Milliarden in der Regionalpolitik sind in der Vergangenheit in Beton gegossen worden – für Häfen, Flughäfen, Straßen. Das muss sich ändern. Wir brauchen einen erheblichen Anteil dieser Gelder für Nachhaltigkeit im städtischen Umfeld, aber auch für die Entwicklung der ländlichen Räume.

Für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im Rahmen der Biodiversitätsstrategie gibt es viele Schnittstellen mit der Reform der Agrarpolitik – wie können hier der Umwelt- und der Landwirtschaftsausschuss künftig besser zusammenarbeiten, damit der Umweltschutz nicht auf der Strecke bleibt?

Der Umweltausschuss beansprucht eine Querschnitts-

verantwortung und wird großen Wert darauf legen, bei den Beschlüssen zur Reform der Agrarpolitik und der Fischereipolitik ein entscheidendes Wort mitzureden. Zu meiner Zufriedenheit hat sich die Stimmung im Agrar- und Fischereiausschuss verbessert. Ich sehe, dass dort durchaus der Wille da ist, die Ökologisierung dieser enorm wichtigen Sektoren für den Naturhaushalt voranzutreiben.

Wie kann das geschehen?

Das Hauptziel ist das Ergrünen der ersten Säule des Agrarbudgets. Die Gefahr für die zweite Säule, also die Agrarumweltprogramme, ist noch nicht vom Tisch. Aber um an den Agrartopf heranzukommen, muss nun das Parlament gefragt werden.

Lassen sich angesichts der geplanten Mittelkürzung für die nachhaltige ländliche Entwicklung überhaupt noch die Streichungen und Umwidmungen von umweltschädlichen Subventionen durchsetzen, die die EU beim Biodiversitätsgipfel in Nagoya 2010 zugesagt hat?

Wir brauchen eine Ökologisierung der Finanz- und Steuerpolitik. Vieles, was aus Steuergeldern finanziert wird, ist kontraproduktiv für die Ökologie. Es muss der Hebel angesetzt werden, um umweltschädliche Steuerprivilegien und Steuererleichterungen abzuschaffen oder abzubauen. Auf der anderen Seite braucht man auch Anreize für umweltfreundliche Investitionen und umweltgerechtes Verhalten. Das geht am besten, wenn das Verursacherprinzip durchgesetzt wird, indem die externen Kosten in die Produkt- und Dienstleistungskosten eingebaut werden. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Die Finanzminister sind die Ayatollahs des alten Systems. Sie müssen sich für die nachhaltige Wirtschaft öffnen.

Wie soll diese Wirtschaft aussehen?

Die „grüne Wirtschaft“ hat die Zukunft vor sich. Europa trägt dabei eine große Verantwortung, weil vor 200 Jahren hier von diesem Kontinent aus die Industrialisierung losging. Deshalb muss die Umweltpolitik in der Europäischen Union einen hohen Stellenwert bekommen. Neben der Biodiversität sind die Ener-

gieeffizienz und die Ressourceneffizienz die großen Herausforderungen.

Wird das Europäische Parlament während der polnischen Ratspräsidentschaft den Akteuren Beine machen, damit die Biodiversitätsstrategie nachgebessert wird?

Die Würfel für die Biodiversitätsstrategie fallen im zweiten Halbjahr unter polnischer Ratspräsidentschaft. Polen hat noch intakte Landschaften und sollte von daher die Mission mitbringen, die Vielfalt der Natur auch für ganz Europa voranzubringen. Das Parlament ist ein Motor für den Ökowandel in der EU. Das ist unsere Aufgabe in Brüssel. Wir werden also mächtig Druck machen, damit die EU-2020-Strategie insgesamt eine nachhaltige und ökologische Richtung bekommt.

Was streben Sie genau an?

Wir wollen uns nicht mit Reservaten begnügen. 17 Prozent der EU-Fläche sind unter dem Schutz der Natura-Gebiete. Deshalb ist Naturschutz immer in der Defensive. Naturschutz auf 100 Prozent der Fläche – das muss das Ziel sein.

[Interview: Marion Busch]

Der Jurist und SPD-Abgeordnete Jo Leinen setzt sich seit 2009 im Umweltausschuss des EU-Parlaments für eine ökologische Politik ein. In den 1970er- und 80er-Jahren war er Sprecher des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Vizepräsident des Europäischen Umweltbüros (EEB) und dann zehn Jahre lang saarländischer Umweltminister.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 2845842,
E-Mail:
jo.leinen@europarl.
europa.eu,
www.joleinen.de



EU-Transparenzregister

Registrierter Lobbyeinfluss

■ Die Kommission und das EU-Parlament haben seit Juni ein gemeinsames Lobbyregister. Damit soll der Einfluss von Interessenvertretern auf die europäische Politik für die Öffentlichkeit transparenter werden. Das neue Transparenzregister tritt an die Stelle des von der Kommission im Jahr 2008 eingerichteten Registers.

Das neue Register erfasst jede Organisation und jede freiberuflich tätige Einzelperson, die versucht, Einfluss auf die EU-Politik und deren Durchführung zu nehmen. Es sind mehr Angaben als bisher erforderlich, etwa über die Anzahl der Personen, die beratend tätig sind, die wichtigsten Gesetzesvorhaben, an denen sie mitgewirkt haben, und die empfangenen EU-Mittel. Wer sich in das Lobbyregister eintragen lässt, muss sich zur Einhaltung eines gemeinsamen Verhaltenskodex verpflichten. Verstöße werden geahndet. Künftig sollen die Berichtstatter des Europäischen Parlaments in einem Anhang auflisten, mit welchen Lobbyisten sie bei der Arbeit an einem Gesetz Kontakt hatten. Damit soll gewährleistet werden, dass jedes EU-Gesetz eine Art „legislativen Fußabdruck“ hat. Für Organisationen, die schon im Register der Kommission stehen, erfolgt eine automatische Umstellung auf das neue Register. Die Daten müssen jährlich aktualisiert werden, sonst erlischt die Registrierung.

Einer aktuellen Studie der Allianz für Lobbytransparenz Alter-EU zufolge haben die bisher registrierten Unternehmen und Industriegruppen im Lobbyregister der Kommission nicht alle Gelder angegeben, die für Lobbying aufgewendet werden. Für die Studie wertete Alter-EU die Angaben der 40 größten Industrieverbände aus und entdeckte bei Stichproben zu niedrige Summen bei den Lobbyausgaben. Alter-EU schätzt, dass bei der Selbstangabe der Industrieverbände mehrere Millionen Euro fehlten. **[bv]**

- ▶ Transparenzregister: www.europa.eu/transparency-register
- ▶ Alter-EU: www.alter-eu.org/documents

Vorauseilender Gehorsam statt strategischer Weichenstellung

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für den EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 vorgelegt. Ihre erst kürzlich beschlossenen Umweltziele für diese Dekade kann die EU damit nicht erreichen, sagt Konstantin Kreiser vom NABU.

Ende Juni hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 bis 2020 vorgelegt. Auch wenn der endgültige MFR erst nach langwierigen Verhandlungen zwischen den 27 Regierungen und dem Europaparlament beschlossen wird, ist das eine wichtige Richtungsentscheidung. Der MFR legt Struktur und Prioritäten des EU-Haushalts sowie das Volumen der wesentlichen Budgetlinien fest. Flankiert wird er von einer Fülle an Verordnungen, die die Kommission in den nächsten Monaten vorschlagen wird, etwa zur Agrar-, Regional- oder Fischereipolitik.

Die europäischen Umweltverbände hatten in den letzten Jahren ihre Position intensiv in die Debatte eingebracht. Umso größer ist nun die Enttäuschung über die geringen Ambitionen und die ökologische Schiefelage des MFR-Vorschlags. Dieser würde, sollte er Realität werden, das Erreichen der erst kürzlich beschlossenen umweltpolitischen Ziele der EU für 2020 unmöglich machen. Europa würde auch nicht den Übergang zu einer „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Ökonomie“ schaffen, wie es sich Kommissionspräsident José Manuel Barroso und die Regierungschefs im Rahmen der Europa-2020-Strategie mit großer Geste vorgenommen haben.

Dies betrifft besonders die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), wo die Umweltverbände sich die größten Veränderungen erhofft hatten. Der Reformdruck aus Gesellschaft und Politik war so groß wie nie – doch der Gegendruck der Besitzstandswahrer scheint die Kommission so beeindruckt zu haben, dass sie letztlich keinen großen Wurf wagte. Immerhin sollen künftig 30 Prozent der landwirtschaftlichen Direktbeihilfen – auch „erste Säule“ genannt – an zusätzliche ökologische Leistungen geknüpft werden, wobei noch zu verhandeln ist, wie dieses sogenannte Greening konkret aussehen soll. Angesichts der ursprünglichen Pläne Barrosos, die Förderung der ländlichen Entwicklung komplett zu streichen, kann es als großer Erfolg gelten, dass diese „zweite Säule“ nun überlebt. Das heißt aber auch, dass dieser kleine, aber besonders fortschrittliche Teil der GAP während der nun folgenden Ver-

handlungen in großer Gefahr ist. Die Kommission hat schon jetzt angekündigt, als „Druckventil“ den Mitgliedstaaten unter bestimmten Umständen erlauben zu wollen, Gelder von der zweiten in die erste Säule umzuschichten!

Eine große Enttäuschung bringt der Budgetvorschlag auch für LIFE, das einzige dezidiert umweltpolitische Förderprogramm der EU, das, statt eine kräftige Aufstockung zu erfahren, nur marginal zulegen soll. Hier müssen EU-Parlament und Regierungen unbedingt noch nachbessern. Insgesamt flackert im vorliegenden MFR-Entwurf zwar immer wieder die Absicht auf, Ziele des Klima- und Biodiversitätsschutzes in alle Politikbereiche, wie zum Beispiel die Regional- und Infrastrukturpolitik, integrieren zu wollen. Wie dies aber konkret geschehen soll, bleibt meist im Unklaren.

Die Erfahrung lehrt, dass die MFR-Verhandlungen mit einem Kompromiss enden werden, der mehr mit Gesichtswahrung der Regierungen in der heimischen Presse als mit den langfristigen Interessen Europas zu tun hat. Umso bedauerlicher ist es, dass die Kommission die Verhandlungen nicht mit einem im Sinne künftiger Generationen ambitionierten und visionären Vorschlag eröffnet hat, sondern sich in vorauseilendem Gehorsam gegenüber mächtigen Regierungen und Interessengruppen übt. Für Umweltaktive heißt es in den nächsten Monaten, vor allem die einflussreichen deutschen EU-Abgeordneten und die Bundesregierung aufzufordern, den vorliegenden Finanzrahmen noch zum ökologisch Besseren zu wenden. Denn was dazu in den nächsten eineinhalb Jahren in Brüssel beschlossen wird, ist für den Zustand von Europas Ökosystemen im Jahr 2020 entscheidend.

Konstantin Kreiser arbeitet als Referent für internationale Biodiversitätspolitik beim NABU-Bundesverband in Berlin.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 284984-0,
E-Mail: konstantin.kreiser@nabu.de,
www.nabu.de/europa**

Europäisches Parlament**Neuer Verhaltenskodex für Abgeordnete**

■ Ein neuer Verhaltenskodex für Europa-parlamentarierInnen soll dazu beitragen, Skandale zu vermeiden und Interessenkonflikte zu verhindern. Die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments hat im Juli den Entwurf für den Kodex einstimmig befürwortet. Dieser schreibt Regeln und Prinzipien beim Umgang mit externen Interessen der EuropaparlamentarierInnen fest, um Interessenkonflikte im Vorfeld auszuschließen. Dazu gehört ein Verbot von Lobbynebenjobs und ein obligatorischer Bericht über externe Einkommensquellen.

Die Allianz für Lobbytransparenz Alter-EU begrüßte den Entwurf als wesentlichen Schritt zu mehr Transparenz – weitere Maßnahmen müssten aber folgen. So müsse die korrekte Umsetzung des Verhaltenskodex gesichert werden. Zudem müssten die Sanktionen verschärft werden.

Nun muss das Plenum des EU-Parlaments über den Verhaltenskodex abstimmen [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/ep-codeconduct-draft
- ▶ www.kurzlink.de/altereu-code-conduct

Öffentliche Beschaffung**Umweltkriterien spielen kaum eine Rolle**

■ Nur einer von fünf Beschaffungsbeauftragten in der EU bezieht Umweltkriterien bei mehr als der Hälfte der Ausschreibungen zum öffentlichen Auftragswesen ein. Das ist laut dem Informationsdienst ENDS Europe Daily einem im Juni veröffentlichten Bericht zu entnehmen. Da 16 Prozent der öffentlichen Ausgaben in die Beschaffung fließen, macht damit die umweltgerechte öffentliche Beschaffung nur einen Bruchteil der Gesamtausgaben aus.

Die Integration von Umweltkriterien in die öffentliche Beschaffung ist ein erklär-

tes Ziel der Europäischen Union. Die EU-Kommission hatte im Januar ein Grünbuch zum Beschaffungswesen veröffentlicht und eine Konsultation dazu durchgeführt. Auf einer Konferenz zur Modernisierung des öffentlichen Beschaffungswesens im Juni stellte die Kommission die Ergebnisse der Konsultation vor. Fachleute diskutierten über Möglichkeiten zur Verbesserung des umweltgerechten öffentlichen Auftragswesens. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/11/785)
- ▶ Grünbuch und Konferenz:
www.kurzlink.de/gruenbuch-oeff-besch
www.kurzlink.de/conf-public-procurem

Nachhaltigkeit**Strategie sucht Vision**

■ Bundeskanzlerin Angela Merkel hat auf der 11. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) im Juni in Berlin den Entwurf der Bundesregierung zum Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Bürgerinnen und Bürger können nun bis zum 30. September über den Berichtsentwurf diskutieren. Für das kommende Jahr kündigte Merkel zudem eine Forschungsinitiative des Bundes zur Nachhaltigkeit an. Die Anregung des Nachhaltigkeitsrates, den 4. Juni 2012 zum „Deutschen Aktionstag Nachhaltigkeit“ auszurufen, begrüßte sie.

Die Nachhaltigkeitspolitik des Bundes macht nach Meinung des RNE-Vorsitzenden Hans-Peter Repnik ermutigende Fortschritte. Die Bundesregierung, so Repnik auf der Jahreskonferenz, habe mit dem Atomausstieg ein wichtiges Signal für Nachhaltigkeit gesetzt. Nachbesserungsbedarf sieht Repnik vor allem bei der Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sowie bei der Energiewende. Nach Einschätzung des Ratsvorsitzenden fehlen dem Diskussionsentwurf zur Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie langfristige Ziele, etwa eine Nachhaltigkeitsvision für das Jahr 2050. Eine solche Vision müsse Signalwirkung für die gesamte Gesellschaft entfalten und

als fester Bestandteil in der anstehenden Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden. (siehe auch S. 28) [bv]

- ▶ www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit
- ▶ Diskussionsforum: www.dialog-nachhaltigkeit.de
- ▶ www.kurzlink.de/nhsbericht2012-draft

EU-Umweltrecht**Besser umsetzen, aber wie?**

■ Der neue Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB) Jeremy Wates hat auf einem Expertentreffen zur Umsetzung der EU-Umweltgesetzgebung bindende Inspektionsstandards für sämtliche Umweltbereiche gefordert. Dies könne am besten in einer Richtlinie erfolgen, die einen einheitlichen Mindeststandard für Umweltinspektionen festschreiben und nicht nur für bestimmte Bereiche gelten solle, sagte Wates bei der Zusammenkunft im Juni in Brüssel.

Die EU-Kommission hatte zu dem Treffen eingeladen, um ihre Pläne zur besseren Durchsetzung des bestehenden EU-Umweltrechts zu konkretisieren. Sie will unter der Federführung von Umweltkommissar Janez Potočnik noch in diesem Jahr eine Mitteilung „Umsetzung des Umweltrechts und der Umweltpolitik der Europäischen Union“ veröffentlichen. Mit dieser sogenannten Nichtlegislativmaßnahme sollen die Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung der Umweltvorschriften benannt sowie ein strategischer Weg und konkrete Möglichkeiten zur Verbesserung der Rechtsumsetzung aufgezeigt werden. Laut dem Arbeitsprogramm der Kommission konzentriert sich die Mitteilung auf die bessere Abstimmung der EU-Rechtsvorschriften, wirksamere Ermittlungen, Förderung der Einhaltung von Rechtsvorschriften und die Stärkung der Judikative in den Mitgliedstaaten. Laut dem Informationsdienst ENDS Europe Daily soll die Mitteilung auch den Zugang zu Gerichten aufgreifen. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: SPEECH/11/440)

Umweltkriminalität**Deutsche Rechtslücken**

■ Die EU-Kommission hat zwölf Mitgliedstaaten aufgefordert, innerhalb von zwei Monaten die Vorschriften zu strafrechtlichen Sanktionen bei Umweldelikten umzusetzen. Acht weitere Staaten sollen die Sanktionen bei Meeresverschmutzung durch Schiffe in nationales Recht übertragen.

Deutschland, Griechenland, Italien, Litauen, Malta, Portugal, Rumänien, die Slowenien, Tschechien und Zypern haben die Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt noch nicht in ihr Rechtssystem übernommen. Die Frist dazu ist am 26. Dezember 2010 abgelaufen, eine schriftliche Mahnung ist bereits erfolgt.

Finnland, Griechenland, Italien, Litauen, Portugal, Rumänien, die Slowakei und Tschechien haben es zudem versäumt, die Richtlinie 2009/123/EG über die Meeresverschmutzung durch Schiffe in nationales Recht zu übertragen – die Frist hierfür endete am 16. November letzten Jahres.

Das Vertragsverletzungsverfahren in der EU hat drei Stufen: Mahnschreiben, mit Gründen versehene Stellungnahme und – bei weiterer Untätigkeit der Mitgliedstaaten – Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Die beiden erwähnten Vorgänge sind bereits in Stufe zwei. Sollten die Staaten innerhalb der nächsten zwei Monate nicht reagieren, droht damit die Klage in Luxemburg. [jg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/11/739)

Umweltstrafrecht**Bagatellisierung vom Tisch**

■ Die Bundesregierung hat ihr Vorhaben zur Bagatellisierung des deutschen Umweltstrafrechts zurückgenommen. Nach dem Gesetzentwurf vom Frühjahr sollten Straftaten wie das Fangen von geschützten Vogelarten künftig nur noch Ordnungswidrigkeiten sein (umwelt aktuell 06.2011, S. 21). Auf Druck des Komitees gegen den Vogelmord und weiterer Artenschützer

hat die Bundesregierung nun im Juni die Reißleine gezogen. Dass es „durch die Änderung der Vorschriften faktisch zu einer Entkriminalisierung“ kommen würde, sei „das falsche Signal“, hieß es in der Antwort des Justizministeriums auf ein Schreiben des Komitees. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren solle daher nicht an den entsprechenden Passagen festgehalten werden. [bv]

► Komitee gegen den Vogelmord e.V., Bonn,
Tel. +49 0) 228 / 665521,
E-Mail: info@komitee.de, www.komitee.de

Eternit-Prozess**Staatsanwalt fordert 20 Jahre für Asbestfabrikbesitzer**

■ Die Staatsanwaltschaft im größten Umweltstrafrechtsprozess in Europa hat Anfang Juli 20 Jahre Haft für die ehemaligen Betreiber mehrerer Asbestfabriken in Italien gefordert. Dem Schweizer Stephan Schmidheiny und dem Belgier Jean-Louis de Cartier wird vorgeworfen, keine ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen für die ArbeiterInnen von Eternit S.p.A. getroffen zu haben. Staatsanwalt Raffaele Guariniello wirft den Angeklagten vor, für den Tod von 2.056 Menschen und die Erkrankung von 833 weiteren in den 1970er- und 1980er-Jahren verantwortlich zu sein. „Ich habe noch nie eine Katastrophe wie diese erlebt, die ganze Gemeinden ebenso wie die Arbeiter trifft und die auch in Zukunft noch Menschen in den Tod reißen wird“, sagte Guariniello. Neben den Haftstrafen forderte er weitere Sanktionen wie das Verbot, jemals ein öffentliches Amt auszuüben, in den nächsten zehn Jahren Verträge mit der öffentlichen Hand abzuschließen oder eine Firma zu leiten.

Noch heute erkranken und sterben in den früheren Fabrikstandorten Menschen an asbestbedingten Krankheiten. Im Dezember 2009 hatte der Prozess begonnen, im kommenden Winter wird ein Urteil erwartet. [jg]

► www.asbestosinthedock.ning.com

VERKEHR & TOURISMUS

Klimaschutz und Verkehr**Verkehr muss Energie sparen**

■ Als Ende Juni die EU-Umweltminister über die Klimaroadmap der Europäischen Kommission berieten, ging es auch um den Beitrag, den der Verkehrssektor leisten muss, damit die EU-Reduktionsziele für den Treibhausgasausstoß erreicht werden. Der Kommissionsvorschlag zum Klimaschutz sieht bis zum Jahr 2050 die Reduzierung der Kohlendioxidemissionen um 80 Prozent vor. Diese Minderung soll in mehreren Schritten geschafft werden: 25 Prozent bis 2020, zehn Jahre später 40 Prozent und bis 2040 60 Prozent. Das ehrgeizige Ziel sei mit der gegenwärtig verfügbaren Technik erreichbar, heißt es auf der Klimaschutzwebseite der Kommission. Die Verringerung des CO₂-Ausstoßes könne jedoch nur gelingen, wenn auch andere Sektoren wie Landwirtschaft und Verkehr einbezogen würden. Allein die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen müssten um 60 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, wie es im Weißbuch Verkehr festgeschrieben ist.

Zuvor hatte EU-Verkehrskommissar Siim Kallas beim Treffen des Verkehrsrates in Luxemburg betont, dass dieses Ziel nicht rechtsverbindlich für die Mitgliedstaaten sei. Zahlreiche EU-Länder halten die Klimaziele für den Verkehrssektor für zu ehrgeizig. Manche sehen außerdem in den im Weißbuch vorgeschlagenen Maßnahmen für einen ökologischeren Stadtverkehr eine unangemessene Einmischung der EU in lokale Entscheidungen. Ob Autos mit konventionellem Antrieb in Städten fahren dürfen oder nicht, sollte nicht auf europäischer Ebene entschieden werden, sagte die niederländische Verkehrsministerin Melanie Schultz van Haegen.

Die Verkehrsminister hatten sich auch über das weitere Vorgehen bei der Überarbeitung des sogenannten Ersten Eisenbahnpaketes geeinigt. So soll als Voraussetzung für die Schaffung eines europäischen Eisenbahnraums eine nationale

Regulierungsbehörde eingerichtet werden. Die Frage der Trennung von Schienennetz und Betrieb wird aber nicht Gegenstand des Eisenbahnpaketes sein. Darüber wird demnächst eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs erwartet. [mbu]

- ▶ EU-Verkehrsministerrat:
www.kurzlink.de/verkehrsrat06-11.pdf
- ▶ EU-Kommission zu Klimaschutz:
www.ec.europa.eu/climateaction/index_de.htm
- ▶ Weißbuch Verkehr:
www.kurzlink.de/com-2011-144.pdf

Straßenverkehr

Zu viel CO₂ in der Luft, weil Autos nicht leichter werden

■ In der EU ist der durchschnittliche Kohlendioxidausstoß von Autos im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um fast vier Prozent gesunken. Das geht aus den aktuellen Monitoringdaten der Europäischen Umweltagentur (EEA) hervor. Gleichzeitig meldete die EEA aber auch, dass die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2007 um fast 30 Prozent angestiegen waren.

Der scheinbare Widerspruch erklärt sich so: Während die Erfolgsmeldung für das vergangene Jahr darauf zurückzuführen ist, dass einige Automobilfirmen umweltfreundlichere Autos, zum Beispiel mit niedrigerem Benzinverbrauch, gebaut haben, wurden in den 27 Jahren seit 1990 deutlich mehr Wagen zugelassen als zuvor. Zudem legten diese weitere Strecken zurück.

Selbst im vergangenen Jahr hätten Pkws noch weniger Kohlendioxid in die Luft pusten können, wenn die Wagen leichter gewesen wären, monierte der europäische Verkehrsverband Transport and Environment (T&E). Im Schnitt waren die neu zugelassenen Autos – vor allem Geländewagen – 28 Kilogramm oder zwei Prozent schwerer als 2009.

Der Straßenverkehr ist für gut ein Fünftel der gesamten CO₂-Emissionen in der Europäischen Union verantwortlich.

Der Anteil von Pkws daran liegt bei über 50 Prozent. In der EU gelten Obergrenzen für den Ausstoß von Abgasen. Die Regelung sieht bis 2015 einen Höchstwert von 130 Gramm pro Kilometer vor, der in Stufen erreicht werden soll. [mbu]

- ▶ EU-Verordnung zur CO₂-Reduzierung bei Pkws:
www.kurzlink.de/VO-EG-443/2009
- ▶ EEA zum CO₂-Monitoring bei Autos:
www.kurzlink.de/eea-car-monitoring
- ▶ T&E, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 89308-41, Fax -42, E-Mail: info@transportenvironment.org, www.transportenvironment.org

Schienennetz

Europas Bahnen könnten das Klima viel mehr schützen

■ Würde das bestehende europäische Schienennetz bis 2020 voll ausgenutzt, könnte der gesamte CO₂-Ausstoß des Güterverkehrs um sieben Prozent reduziert werden. Das geht aus einer Studie der Consultingagenturen CE Delft (Niederlande) und TRT Trasporti e Territorio (Italien) hervor. Zudem könnte bei einer stärkeren Auslastung der Schieneninfrastruktur die Anzahl der gefahrenen Bahnkilometer um 30 bis 40 Prozent steigen. Für den Frachtverkehr ermittelten die Autoren der Studie ein potenzielles Wachstum von 83 Prozent, verglichen mit 23 Prozent für den Personenverkehr.

Die Studie geht von dem bestehenden Schienennetz aus. Derzeit wird aber in Europa viel Geld in den Ausbau der Netze gesteckt. Spitzenreiter bei den Investitionen ist die Schweiz mit 308 Euro pro Bürger, wie die Allianz pro Schiene mitteilte. Es folgen Österreich mit 230 Euro pro Kopf und Schweden mit 164 Euro. Deutschland rangiert dagegen fast auf dem Abstellgleis: Lediglich 53 Euro pro Einwohner ist dem Bundesverkehrsministerium die Verbesserung des Eisenbahnnetzes wert. [mbu]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/co2-gueterverkehr
- ▶ Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de

Alpentourismus

Aus für Olympia 2018 in München und Garmisch

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat das Scheitern von München bei der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 mit Erleichterung aufgenommen. „Wir sind froh, dass dieser Kelch an uns vorbeigegangen ist“, sagte DNR-Vizepräsident Hartmut Vogtmann. Die Durchführung der Spiele wäre mit dramatischen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie mit hohen Risiken für das sensible Ökosystem der Alpen verbunden gewesen.

Der Dachverband hatte nach Gesprächen mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) seine anfängliche Mitarbeit in der Fachkommission Umwelt der Bergesellschaft eingestellt. Einige DNR-Mitgliedsverbände hatten diesen Schritt bereits vorher getan, andere hatten ihr Mitwirken von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen abhängig gemacht.

Der DNR rief den DOSB dazu auf, nun gemeinsam dafür zu sorgen, dass das Internationale Olympische Komitee (IOC) den Natur- und Umweltschutz als dritte Säule der olympischen Idee nicht nur verkündet, sondern auch praktiziert. „Wir müssen den Zerstörungswettbewerb bei der Auswahl der Orte stoppen und uns auf geeignete dauerhafte Austragungsstätten verständigen“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen.

Auch der Deutsche Alpenverein (DAV) bedauerte, dass Umwelt und Nachhaltigkeit offenbar doch keinen besonders hohen Stellenwert beim IOC hätten.

Die Spiele werden nun in der Kleinstadt Pyeongchang im Hauptgebirgszug der Koreanischen Halbinsel ausgetragen. Zuvor finden die Winterspiele 2014 in der südrussischen Stadt Sotschi am Schwarzen Meer statt. Experten erwarten von den Spielen in dem subtropischen Gebiet besonders starke Auswirkungen auf die Umwelt. [mbu, mb]

- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ DAV, München, Tel. +49 (0)89 / 14003-0, E-Mail: info@alpenverein.de, www.alpenverein.de

WASSER & MEERE

Marine Artenvielfalt

Meeren droht Massensterben

■ Vor einem in der menschlichen Geschichte beispiellosen marinen Artensterben warnt ein internationales Gremium von Meeresforschern in einem Bericht. Für diesen werteten die ForscherInnen erstmals die sich addierenden Auswirkungen von anthropogenen Stressfaktoren wie Verschmutzung, Versauerung, Erwärmung, Überfischung und Sauerstoffzehrung aus. Deren Bedeutung stellte sich als weitaus stärker heraus als zuvor von den WissenschaftlerInnen angenommen. Das Zusammenspiel der Stressfaktoren führe schon jetzt zu Bedingungen, wie sie für frühere Massenaussterben typisch gewesen seien. [am]

► www.stateoftheocean.org

EU-Fischereipolitik

Minister wollen nicht hören

■ Die EU-Kommissarin für maritime Angelegenheiten Maria Damanaki hat Ende Juni auf der Sitzung des Fischereiministerrats eine Mitteilung der Kommission zu Fischfangmöglichkeiten vorgestellt. Die Mitteilung gibt einen Überblick über den Zustand der europäischen Fischbestände und sieht vor, dass die Fangquoten, die die Fischereiminister im Herbst festlegen, sich künftig enger an wissenschaftlichen Vorgaben orientieren. In Fällen, in denen es keine wissenschaftliche Grundlage gebe, sollten die Minister bei der Festlegung von Kapazitäten und Quoten „vorsichtiger sein“, so die Kommissarin. Dazu müssten die Fangquoten in Fällen von Datenunsicherheit um ein Viertel reduziert werden, bis die Bestände ein nachhaltiges Niveau erreicht haben. Ziel der Maßnahmen ist, dass sich die Fischbestände bis 2015 so weit erholt haben, dass es wieder möglich ist, den höchstmöglichen Dauerertrag

(Maximum Sustainable Yield) zu fischen. Damanaki appellierte an die Ministerinnen und Minister, auf Basis des Kommissionsvorschlags Fangquoten, die mit diesem Ziel übereinstimmen, zu verabschieden.

Die Ministerinnen und Minister zeigten sich gegenüber dem Ziel, bis 2015 den höchstmöglichen Dauerertrag aller Bestände zu erreichen, skeptisch. Dies solle von Fall zu Fall entschieden werden. Auch der Vorstoß der Kommission, die Fangquoten für Bestände mit unsicherer Datenlage um ein Viertel zu senken, stieß bei vielen Mitgliedstaaten auf Widerstand. [am]

- www.kurzlink.de/damanaki-speech0611
- www.kurzlink.de/counc-concl-280611

Sicherheit von Offshore-Ölförderung

EU-Abgeordnete uneinig

■ Der Ausschuss für Industrie und Energie im EU-Parlament (ITRE) hat sich Mitte Juli dagegen ausgesprochen, die Zuständigkeit für die Sicherheit von Ölplattformen im Meer zu europäisieren. Höhere Umwelt- und Sicherheitsstandards seien jedoch notwendig. Der Ausschuss verabschiedete einen Entwurf für einen Bericht des EU-Parlaments zu dem Thema als Antwort auf eine Konsultationsmitteilung der EU-Kommission von letztem Herbst. In dem Bericht sprechen sich die Abgeordneten gegen eine Ausweitung der Umwelthaftungsrichtlinie aus, wie sie der Umweltausschuss in einer Stellungnahme an den ITRE Mitte Juni gefordert hatte. Nach dem Willen des Umweltausschusses sollte der Geltungsbereich der Umwelthaftungsrichtlinie auf alle Schäden in den Meeren und an der marinen Biodiversität ausgeweitet werden. Außerdem forderten die Umweltausschussmitglieder die Haftung für Schäden durch verursachende Firmen ohne Obergrenze.

Der ITRE forderte stattdessen die Einrichtung von Foren, in denen nationale Behörden Good Practice zu Regulierung, Standards, Verfahren und Zwischenfällen austauschen können. Alle Bohraktivitäten sollten von unabhängigen Experten ve-

rifiziert werden, und Bedingung für die Vergabe von Bohrlizenzen müsse eine Umweltverträglichkeitsprüfung sein, heißt es in dem verabschiedeten Bericht. Über den Bericht soll im September im Plenum des Parlaments abgestimmt werden. Für den Herbst wird dann ein Legislativvorschlag der Kommission zu dem Thema erwartet. [am]

- www.kurzlink.de/itre-res-0el110711
- www.kurzlink.de/ep-env-0el-0611

EU-Recht

Deutschland gerügt

■ Deutschland hat es versäumt, rechtzeitig EU-Standards zur Wasserqualität in nationales Recht umzusetzen sowie eine Meeresschutzstrategie unter der Meeresschutzrahmenrichtlinie zu entwickeln. Dafür wurde das Land Mitte Juni von der EU-Kommission in einer Stellungnahme gerügt. Die Umsetzungsfrist für beide Rechtsakte war bereits im Juli 2010 abgelaufen. Das umsetzende Gesetz für die Meeresschutzrahmenrichtlinie wurde einen Monat nach der Rüge im Bundestag verabschiedet. Bezüglich der Wasserqualität hat Deutschland zwei Monate Zeit, um Stellung zu der Verwarnung der Kommission zu beziehen, gegebenenfalls droht ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gericht.

Mehrere Mitgliedstaaten wurden zudem in Stellungnahmen der Kommission dafür gerügt, die Richtlinie über Meeresverschmutzung durch Schiffe nicht oder nicht vollständig umgesetzt zu haben. Dabei geht es um die strafrechtliche Verfolgung von Umweltvergehen. Unter den gerügten Ländern sind Finnland, Rumänien, Portugal, Tschechien und Italien. Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie ist im November 2010 abgelaufen. Auch hier droht die Kommission mit Klage vor dem Europäischen Gericht. [am]

- Verwarnungen der Kommission:
www.kurzlink.de/verwarn-brd-wass-611
- www.kurzlink.de/verwarn-verschm0611

EU-Politik**Wasser muss immer dabei sein**

■ Die EU-Umweltminister haben auf ihrer Ratssitzung Ende Juni Schlussfolgerungen zum Schutz der Wasserressourcen und zur integrierten nachhaltigen Wasserbewirtschaftung angenommen. Darin betonen sie, dass Wasserbelange in alle relevanten EU-Politikbereiche integriert werden müssten. Die Minister äußern sich besorgt über die extremen hydrologischen Ereignisse der letzten Jahre und fordern, extreme Wetterereignisse durch Maßnahmen in den Bereichen Landnutzung und -planung, Landwirtschaft, Naturschutz und Infrastruktur zu behandeln. Der Schutz der Wasserressourcen ist eine Priorität der ungarischen Ratspräsidentschaft.

Die EU-Kommission bereitet zurzeit eine „Blaupause zum Schutz von Europas Wasser“ (Blueprint to Safeguard Europe's Water) vor. Dafür sollen die Strategie zur Bekämpfung von Wasserknappheit und Dürre, der Bericht über die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und andere Politikmaßnahmen evaluiert werden. 2012 soll das Ergebnis vorliegen. [bv]

► www.kurzlink.de/env-counc-concl-0611

Wasserqualität**Badeparadies Europa**

■ Die Badegewässerqualität ist in Deutschland und der EU weiter gut. Das geht aus einem neuen Bericht der EU-Umweltagentur hervor. Allerdings wurde 2010 gegenüber 2009 eine leichte Verschlechterung festgestellt. EU-weit erfüllen im Schnitt neun von zehn Badegewässern die Mindeststandards. Insgesamt ist der Zustand von Badestellen am Meer etwas besser als an Flüssen und Seen. In Deutschland sind laut Statistik 99,5 Prozent der offiziellen Badestellen an Nord- und Ostsee ausreichend sauber zum Baden, an Seen und Flüssen sind es 97,5 Prozent. [am]

► Bericht: www.kurzlink.de/badegewaesser-2010
 ► www.kurzlink.de/faqs-eu-bathingwater

Donau**Europäischem Naturerbe droht Gefahr aus Brüssel und Zagreb**

■ Ende Juni haben die europäischen Staats- und Regierungschefs die EU-Strategie für den Donauroum gebilligt. Die Strategie soll nun so schnell wie möglich von allen beteiligten Akteuren umgesetzt werden.

Der österreichische Umweltdachverband (UWD) lobte in einer Stellungnahme einerseits die „vorausschauenden Ziele“ der Donaustrategie. Es würden alle wesentlichen Herausforderungen und Problemfelder der Region aufgezeigt. Andererseits ignoriere die Strategie sich ergebende Zielkonflikte und mache keine Vorschläge für eventuell nötige Streitbeilegungsverfahren. Außerdem bemängelte der Umweltdachverband, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Umsetzung der Strategie nicht vorgeschrieben ist, sondern den Koordinatorenländern überlassen bleibt.

Wenn Kroatien 2013 der EU beitrifft, könnte nach Aussagen eines Verbändebündnisses für die dortige Donau naturschutzpolitisch schon einiges zu spät sein. Das Bündnis aus WWF, Euronatur, Green Osijek, Drava League und der kroatischen Gesellschaft für Vogel- und Naturschutz kritisiert, dass die geplante Begradigung der natürlichen Flussmäander das größte Flussschutzgebiet Europas – den „europäischen Amazonas“ – zerstören würde. Die Pläne sollen noch vor dem für Mitte 2013 geplanten Beitritt Kroatiens in die EU umgesetzt werden.

Seit 2008 versucht Kroatien drei große Flussregulierungsprojekte mit 190 neuen Baumaßnahmen im Grenzgebiet zu Ungarn und Serbien durchzusetzen. Doch die Naturschutzverbände halten die Baumaßnahmen für nicht notwendig. Sie haben die kroatische Regierung aufgefordert, die Pläne zu stoppen, denn diese seien mit dem strengeren EU-Recht nicht vereinbar. [am, jg]

► www.kurzlink.de/eu-danube-strategy
 ► www.kurzlink.de/uwd-donau-stellung
 ► www.kurzlink.de/pr-wwf-euronatur0611

Rhein**Fische können rein**

■ Der Zugang von der Nordsee zum Rhein in den Niederlanden wird nicht länger für Wanderfischarten wie den Lachs versperrt sein. Dies ist ein Erfolg der internationalen Proteste unter anderem durch den Deutschen Naturschutzring und die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins. Die Schleusen, die für die Wanderfische sonst unüberwindlich sind, sollen nun stets ein Spaltbreit geöffnet sein. Die niederländische Regierung hatte dem ursprünglich schon 2007 zugestimmt, den Beschluss aber 2010 wieder zurückgezogen. [am]

► www.dnr.de (Presse – 29.06.2011)

Weser, Elbe, Saale**Niedersachsen baggert weiter**

■ Die niedersächsische Landesregierung hat Ende Juni eine Vertiefung der Außen- und Unterweser beschlossen. Während Wirtschaftsvertreter die Entscheidung begrüßten, äußerten Umweltverbände und Grüne Kritik. Der Weserausbau sei schädlich für Landwirtschaft und Naturschutz. So drohe die Versalzung des Grundwassers, weil sich die Brackwasserkanaäle durch die Vertiefung nach Süden verschieben würden. Dem will die Landesregierung mit einem Generalplan für die Wesermarsch entgegenwirken, dessen Kosten die Steuerzahler zu tragen hätten. Auch die wirtschaftliche Notwendigkeit der Vertiefung stellen Kritiker mit Blick auf den im Bau befindlichen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven infrage.

Die Pläne für den Bau eines Kanals von der Elbe zur Saale liegen dagegen offenbar auf Eis. Das geht aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor. Der BUND begrüßte den Abschied von dem Kanalbau als eine vernünftige Entscheidung. [am]

► www.kurzlink.de/bund-nds-weser0611
 ► www.elbeinsel.de

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Rohstoffpolitik/EU

Einsparen und recyceln statt hauen und stechen

■ Die EU-Kommission soll Rohstoffe und Energie im kommenden Jahr zu einem politischen Schwerpunkt ihrer Arbeit erklären. Dafür hat sich das Europaparlament Anfang Juli ausgesprochen. Wie der Informationsdienst ENDS Europe Daily meldete, mahnt das Parlament in seiner Entschließung konkrete Vorschläge der Kommission zur Ressourcensicherheit an, insbesondere bei Seltenen Erden.

Der Industriausschuss des Parlaments hatte einige Tage zuvor einen Berichtsentwurf verabschiedet, in dem Korrekturen an der Rohstoffstrategie der Kommission gefordert werden. Forderungen nach europäischen Ressourceneffizienzzielen wiesen die Abgeordneten jedoch zurück. Der Ausschuss unterstützte zwar mit großer Mehrheit den Berichtsentwurf des Parlamentsberichterstatters Reinhard Bütikofer (Grüne, Deutschland), lehnte aber dessen Vorschlag ab, eine jährliche dreiprozentige Effizienzsteigerung als Ziel festzuschreiben. Während sich für diesen Vorschlag auch Umweltverbände einsetzen, hatten ihn Vertreter der Rohstoffbranche als zu starr kritisiert.

Der Entwurf des Bütikofer-Berichts war im Februar veröffentlicht und seitdem in mehreren Parlamentsausschüssen diskutiert worden. Das Papier geht von einer dreifachen Herausforderung in der Rohstoffpolitik aus: Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit sollen gleichzeitig gewährleistet werden. Um das zu erreichen, setzt der Entwurf vor allem auf drastische Verbesserungen bei Ressourceneffizienz und Recycling. Dafür soll die EU-Kommission ihre Rohstoffstrategie entsprechend nachbessern.

Die lobbykritische Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) veröffentlichte im Juni einen Report, dem zufolge mehrere EU-Parlamentarier bei der

Rohstoffpolitik in einem Interessenkonflikt stehen sollen. So soll der konservative österreichische Abgeordnete Paul Rübiger eng mit der Rohstoffindustrie verbunden sein und gleichzeitig eine führende Rolle bei der Ausgestaltung der EU-Rohstoffgesetzgebung spielen. Der CEO-Report greift auch den deutschen EU-Abgeordneten Elmar Brok (CDU) an, der die Arbeit zu Rohstoffen im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten leitet. Dieser fordere den Einsatz militärischer Mittel zur Rohstoffsicherung. Rübiger und Brok wiesen die Vorwürfe zurück. Brok sagte, er setze sich dafür ein, dass Rohstoffknappheit nicht die Gefahr von Konflikten vergrößere.

Die Abstimmung im Parlamentsplen über den Bütikofer-Bericht ist für September vorgesehen. Die EU-Kommission will ihr Arbeitsprogramm für 2012 im Herbst veröffentlichen. **[mb]**

- EU-Dokumente und CEO-Report: www.eu-koordination.de/umweltnews/news/produktpolitik (28. Juni, 5. und 7. Juli 2011)

Rohstoffpolitik/Deutschland

Rat fordert Politikwechsel

■ Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat bei seiner Jahreskonferenz Ende Juni (siehe S. 23) die Bundesregierung zur Neuausrichtung ihrer Rohstoffpolitik aufgefordert. Ziel solle eine Kreislaufführung sein, um metallische und mineralische Ressourcen vollständig wiederzuzuwerten. Der RNE verwies dabei auf sein Gutachten „Wie Deutschland zum Rohstoffland wird“. Der Ratsvorsitzende Hans-Peter Repnik bezeichnete den nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen als „Eckpfeiler der Green Economy“. **[hmp]**

- www.kurzlink.de/rne-jk2011-dokumente

Lesen Sie auch das beiliegende DNR-Themenheft „Ressourceneffizienz. Alles ist nur einmal da“. Nachbestellung bei der Redaktion, Download: www.dnr.de/downloads/ressourcen_web.pdf

Rio+20-Gipfel

EuropäerInnen wollen grünere Weltwirtschaft

■ Nach dem Willen der Europäischen Kommission und der Mehrheit der EU-Bürgerinnen soll mehr in den Umweltschutz investiert werden, damit die Wirtschaft umweltfreundlicher wird.

Die Kommission verabschiedete Ende Juni politische Leitlinien zur Vorbereitung einer einheitlichen EU-Position für die Rio+20-Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung im kommenden Jahr. Bei der Konferenz in Rio de Janeiro werden 20 Jahre nach dem ersten Gipfeltreffen für die Erde der Wandel zu einer umweltverträglichen globalen Wirtschaft und die nachhaltige Entwicklung auf der Tagesordnung stehen. Die Leitlinien müssen noch mit dem EU-Parlament und den Mitgliedstaaten abgestimmt werden.

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik und EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs betonten die Wichtigkeit der Konferenz in Rio für die Bekämpfung der Armut in der Welt. Die nachhaltige Bewirtschaftung von Ressourcen und Naturkapital sei von wesentlicher Bedeutung für alle Länder, sagte Potočnik. Die Entwicklungsländer bekämen die Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung als Erste zu spüren. Überschwemmungen, Dürren und der Anstieg des Meeresspiegels seien die sichtbarsten Folgen, ergänzte Piebalgs.

Eine Eurobarometer-Umfrage, die ebenfalls Ende Juni veröffentlicht wurde, zeigt, dass die große Mehrheit der EU-Bürger für mehr Umweltschutz plädiert. 90 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass die Europäische Union, die Wirtschaft und jeder Einzelne mehr für eine bessere Umwelt tun sollen. Fast drei Viertel der Deutschen sind der Auffassung, dass beim Schutz der Umwelt vor allem die europäische Politik gefordert sei. **[mbu]**

- Eurobarometer-Umfrage: www.kurzlink.de/eurobarometer-eco-11
- Leitlinien EU-Kommission: www.kurzlink.de/eu-kom-rio-plus20-11

Bodenschutz ist Lebensgrundlage, keine Verhandlungsmasse

Der Boden vergisst nichts. Noch Jahrhunderte später lassen sich Rückschlüsse auf die Art der Bewirtschaftung ziehen. Die „dünne Haut der Erde“, unsere Ernährungsgrundlage, ist in Gefahr. Doch Deutschland blockiert seit Jahren eine EU-Bodenschutzrichtlinie.

Auch ihre eigenen Regeln zum Bodenschutz befolgen die Deutschen nicht immer. Altlastenskandale und Verschmutzungen neueren Datums zeigen, dass nachsorgender Umweltschutz nicht genügt.

Zumal die Flächen stetig weiter zubetoniert werden. War der sorgsame Umgang mit dem Boden früher für Landwirte selbstverständlich, zählt heute der schnelle, hohe Ertrag, erreichbar nur mit

Agrochemie. Erosion und Verarmung der Böden sind der Preis, hierzulande und weltweit. Zwar gibt es wirksame Restaurationstechniken. Zuerst müssen aber die politischen Prioritäten stimmen.

Bodenpolitik

Untergrundaktivitäten

Der Kampf um eine europäische Regelung für den Bodenschutz geht weiter

Nach wie vor wollen interessierte Kreise eine EU-Rahmenrichtlinie für eines der wichtigsten Umweltmedien verhindern: Studien dienen speziellen Interessen oder werden abgebrochen, vorhandene Gesetze werden nicht ausreichend umgesetzt. Doch BodenschützerInnen in Europa und Deutschland fordern jetzt politischen Einsatz auf allen Ebenen. Einige Bundesländer gehen schon mit gutem Beispiel voran. ■ VON GABRIELE BROLL, BUNDESVERBAND BODEN

Was hat sich getan im letzten Jahr in Sachen Bodenschutz und Politik in Europa? Nicht viel – wie üblich. An der Blockadehaltung Deutschlands in der Debatte um eine EU-Bodenrahmenrichtlinie (EU-BRRL) hat sich erwartungsgemäß nichts geändert. Dabei spielen nach wie vor nicht fachliche, sondern politische Gründe die entscheidende Rolle. Ganz bewusst schüren einige Lobbyisten die Angst, dass eine solche EU-Richtlinie der individuellen Entscheidungsgewalt über die Nutzung von „Grund und Boden“ und damit des Eigentums entgegenstehen würde.

Tatsache ist, dass eine europäische Rahmenrichtlinie zum Schutz des Bodens – sei es in den vorliegenden Entwürfen oder in einer zukünftigen Überarbeitung – sinnvoll ist und dringend gebraucht wird, denn die Gefährdungen des Bodens und damit ganzer Ökosysteme machen eben nicht an Landesgrenzen halt. Nur gemeinsam kann Europa der zunehmenden Bodendegradation entgegenwirken.⁽¹⁾ Dass die Böden in Europa gefährdet sind und ihre Zerstörung sehr weit fortgeschritten ist – wenn auch regional unterschiedlich ausgeprägt –, hat die Europäische Kommission gerade am

Beispiel der Bodenversiegelung sehr gut dokumentiert.⁽²⁾

Bei den Diskussionen um die Richtlinie wird gern auf das seit mehr als zehn Jahren bestehende und auch von Bodenschützern in Deutschland insgesamt gelobte Bundesbodenschutzgesetz verwiesen, von dem aber nun mal die BürgerInnen anderer EU-Staaten nicht profitieren. Dort liegt in den meisten Fällen eine nationale Bodenschutzgesetzgebung in weiter Ferne.

Defizite auch in Deutschland

Trotz guter nationaler Gesetzgebung sieht es aber mit der Umsetzung auch hierzulande nicht so gut aus, vor allem beim vorsorgenden Bodenschutz auf Ackerflächen. Die sogenannte gute fachliche Praxis der Landwirtschaft, wie sie Paragraph 17 des Bundesbodenschutzgesetzes vorschreibt, wird ganz offensichtlich nicht überall eingehalten, sonst hätten wir keine so großen Probleme zum Beispiel mit der Bodenerosion. Die Realität sieht oft genug so aus, dass für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen gar nicht mehr der einzelne Landwirt zuständig ist, der im

eigenen Interesse auf Bodenqualität achten würde. Die Agroindustrie und ihre Investoren interessiert es normalerweise nicht, wenn der Boden geschädigt wird. Auch beim Thema Altlasten gibt es Nachholbedarf im angeblichen Bodenmusterland Deutschland (siehe den folgenden Beitrag).

Angst vor Kosten unbegründet

Als ein Argument gegen eine EU-Bodenrahmenrichtlinie werden die für Deutschland entstehenden Kosten angeführt. Zwei von Bundesministerien in Auftrag gegebene Studien sollten dies untermauern. Die vom Bundeslandwirtschaftsministerium veröffentlichten Ergebnisse der einen Studie weisen tatsächlich solche Kosten nach.⁽³⁾ Die aktuellen politischen Entwicklungen in anderen Bereichen zeigen jedoch, dass genug Geld für die Durchführung von Maßnahmen verfügbar ist, wenn diese für wichtig erachtet werden beziehungsweise die politischen Verhältnisse „stimmen“. Inzwischen sind Gegenpositionen zu einzelnen Punkten der Studie formuliert worden, die zudem an einigen dort vorgenommenen Bewertungen zweifeln lassen.

Die zweite, vom Bundeswirtschaftsministerium initiierte Studie ist nicht zu Ende geführt worden. Die Begründungen dafür sind dürrtig. In der Studie sollte nachgewiesen werden, dass die Bodenrahmenrichtlinie für die deutsche Wirtschaft erhebliche Kosten verursacht. Vielleicht ist man eher zu dem Schluss gekommen, dass es finanziell nicht uninteressant ist, zum Beispiel in angrenzenden Ländern Altlasten zu sanieren.

Es geht auch anders

Während die Politik in Deutschland mit der Vergabe solcher Studien eine weitere konstruktive Arbeit an der Bodenrahmenrichtlinie hinauszögert, wurde in Brüssel die Industrieemissions-Richtlinie verabschiedet. Darin ist eine Bodenzustandserhebung vor Inbetriebnahme einer Industrieanlage vorgesehen. Diese Richtlinie

muss nun von allen EU-Staaten umgesetzt werden – hervorragend für den Bodenschutz in Europa, wenn auch durch die Hintertür.

Im Oktober wollen der Deutsche Naturschutzring, das Europäische Umweltbüro (EEB) und die Aktionsplattform Bodenschutz⁽⁴⁾ bei einer Veranstaltung in Berlin einen weiteren Versuch unternehmen, die Diskussion über die Bodenrahmenrichtlinie in Deutschland voranzubringen (siehe Kasten). Bald soll außerdem die Mitgliedschaft des Bundesverbandes Boden im EEB, der Vertretung von über 140 Umweltschutzorganisationen in Europa, die Diskussion mit den über die Bodenrahmenrichtlinie mitentscheidenden EU-Abgeordneten erleichtern.

Bodenbewusstsein fördern und vor Ort aktiv werden

Neben der Einflussnahme im politischen Bereich versuchen die Bodenschützer in Deutschland und Europa durch vielfältige Aktionen und Projekte, Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung zu verbessern. Gute Beispiele sind der jährlich am 5. Dezember begangene Weltbodentag oder das zweite Treffen des European Network on Soil Awareness (ENSA) im kommenden Oktober in Österreich, unter anderem in Zusammenarbeit mit der European Land and Soil Alliance (ELSA).

Auch einige Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen tun etwas, um die Böden zu schützen und das Bodenbewusstsein zu fördern. Die für den Bodenschutz verantwortlichen MitarbeiterInnen des zuständigen Umweltministeriums, seines Landesamtes und nachgeordneter Behörden wie des Geologischen Dienstes setzen sich dort ebenso für Fortschritte ein wie die Umweltverwaltungen einzelner Kreise und die Ehrenamtlichen im Bundesverband Boden. Dabei geht es zum Beispiel um die Novellierung des Landesbodenschutzgesetzes, die Ausweisung schutzwürdiger Böden, die Betreuung von Bodendauerbeobachtungsflächen, die Öffentlichkeitsarbeit zu Themen wie „Klimaschutz und Böden“ oder die sogenannte Bodenkundliche Baubegleitung.

Wenn wir auch zukünftig gesunde Nahrungsmittel von gesunden Böden ernten und sauberes Trinkwasser nutzen wollen und wenn wir den Schutz des Klimas durch den Erhalt von Humus sowie den Schutz der Bodenbiodiversität ernst nehmen, dann müssen sich alle ihrer Verantwortung für den Boden sehr schnell bewusst werden. Das bedeutet, jetzt direkt vor unserer Haustür zu handeln, indem wir uns etwa bei der Neuausweisung von Gewerbegebieten für den Schutz fruchtbarer Böden oder zumindest für die Nichtversiegelung von Flächen einsetzen. Wir können nicht warten, bis vielleicht in einigen Jahren überall das Bodenbewusstsein in den Köpfen der Menschen angekommen ist. Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass täglich viele Hektar noch fruchtbaren Bodens auf anderen Kontinenten für unser Wohlbefinden ausgebeutet werden – eine neue Form des Kolonialismus.⁽⁵⁾ Eine EU-Bodenrahmenrichtlinie würde die Aktivitäten für den Bodenschutz auf lokaler und regionaler Ebene in Europa ungemein unterstützen – und letztlich auch den Menschen in anderen Teilen der Welt helfen.

Anmerkungen

- ▶ (1) Broll, G. (2010): Der Weg nach Brüssel ist lang. In: politische ökologie 119, S. 22–24. München
- ▶ (2) Prokop, G. u. a. (2011): Overview of best practices for limiting soil sealing or mitigating its effects in EU-27. Brüssel. www.ec.europa.eu/environment/soil/sealing.htm
- ▶ (3) Kluge, H.-G. u. a. (2010): Gutachten zur Bodenrahmenrichtlinie. Bielefeld. www.kurzlink.de/bmelv-gutachten-brl
- ▶ (4) Zusammenschluss von Deutscher Bodenkundlicher Gesellschaft (www.dbges.de), Bundesverband Boden (www.bvboden.de) und Ingenieurtechnischem Verband Altlastenmanagement und Flächenrecycling (www.itva.de)
- ▶ (5) von Oppeln, C. (2011): Land Grabbing. Wir nehmen, Ihr gebt! In: Forum Nachhaltig Wirtschaften 2/2011. München. www.kurzlink.de/oppeln-landgrabbing

Dr. Gabriele Broll ist Professorin für Geoökologie und Bodenforschung an der Universität Osnabrück und seit 2009 Präsidentin des Bundesverbandes Boden.

Kontakt:
Tel. +49 (0)541 / 9694073,
E-Mail: gabriele.broll@uni-osnabrueck.de,
www.geographie.uni-osnabrueck.de,
www.bvboden.de



Tatsachen über den Boden

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und seine EU-Koordination haben mehrere Publikationen zur europäischen Bodenschutzpolitik veröffentlicht:

- ▶ DNR (Hrsg.): Bodenschutz. Argumentationshilfe für eine EU-Rahmenrichtlinie. Themenheft III/2010. Berlin. www.eu-koordination.de/PDF/bodenschutz_web.pdf
- ▶ Straßburger, T.: Bodenschutzrichtlinie auf dem Wartegleis. In: umwelt aktuell 05.2011, S. 6–7. Berlin. www.dnr.de/publikationen/umwelt-aktuell/052011

Am 20. Oktober findet in Berlin die Tagung „Ja zu einer europäischen Bodenschutzrichtlinie“ mit ExpertInnen aus Bund, Ländern, EU, Forschung und Verbänden statt:

- ▶ Kontakt: DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Altlasten

Vergraben und vergessen?

Giftskandale sind hausgemacht und zeigen, dass Nachsorge allein nicht ausreicht

Industrieschadstoffe und andere Chemikalien in den Böden gefährden bis heute Mensch und Umwelt. Während die Politik zögert, sorgen verantwortungslose Betreiber und fehlende Kontrollen schon für die Altlasten von morgen. Vorsorgendes Handeln ist gefragt, denn die Nachsorge ist auf lange Sicht unbezahlbar. ■ VON INGO VALENTIN, BUND

Lange Zeit war der Boden hauptsächlich eine Senke für Schadstoffe. Es galt die Devise: aus den Augen, aus dem Sinn. Erst seit Anfang der 1970er-Jahre regelt in Westdeutschland ein bundesweites Abfallgesetz das Ablagern von Müll. Wohngebiete, die auf ehemaligen Deponien für Industrie- und Gewerbemüll errichtet wurden, machten unter anderem in Bielefeld, Dortmund und Hamburg Anfang der 1980er-Jahre bundesweit Schlagzeilen. Wegen der Schadstoffbelastung mussten AnwohnerInnen ihre Häuser verlassen und standen oft vor dem wirtschaftlichen Ruin. Doch es waren nicht nur wilde Müllkippen und Altablagerungen, die die Böden vergifteten. Auch ehemalige Industrie- und Gewerbestandorte hinterließen oft erheblich mit Schadstoffen belastete Böden, was zu massiven Grundwasserverunreinigungen führte. In den Bundesländern begann das große Zählen und der Begriff „Altlast“ etablierte sich für Flächen, von denen erhebliche Umweltgefahren ausgehen. Aktuelle Zahlen werden regelmäßig von der Bundesländer-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz veröffentlicht.⁽¹⁾

Umweltpolitik auf Kosten der Böden

Noch andere Entwicklungen prägten die Umweltgesetzgebung der 1970er-Jahre. Zwar wurde die Luft durch immer höhere Schornsteine besser, dafür verteilten sich aber die Schadstoffe immer weiter in die Umwelt. In der Gewässerreinigung setzten sich überall Kläranlagen durch. Das verbesserte zwar die Gewässerqualität deutlich, aber wieder war es der Boden, der darunter zu leiden hatte: Der Klärschlamm, der all die Schadstoffe enthält, die bestimmungsgemäß im Reinigungsprozess der

Kläranlage dem Wasser entzogen werden, landete wieder auf den Böden. Auch diffuse Stoffeinträge aus Landwirtschaft und Verkehr reicherten sich im Boden an.

Bundesbodenschutzgesetz mit Lücken

Dass erst 1998 ein Bundesbodenschutzgesetz verabschiedet wurde, zeigt den niedrigen Stellenwert des Schutzgutes Boden in Politik und Gesellschaft. Wegen der späten Regelung in einem eigenständigen Gesetz gibt es eine Vielzahl anderer Rechtsbereiche wie Abfall-, Bau- und Immissionsschutzrecht, die den Bodenschutz schon mittelbar berücksichtigen. Lange überfällig sind die Klärung von Abgrenzungsfragen und die Harmonisierung der Rechtsbereiche. Ein im Januar vom Bundesumweltministerium vorgelegter Entwurf einer Mantelverordnung⁽²⁾ ist dafür jedoch wenig zielführend. So hebt etwa der weitgehend unkontrollierte Verbleib von mineralischen Abfällen anerkannte Grundprinzipien des Boden- und Grundwasserschutzes aus.⁽³⁾

Überhaupt liegt der Schwerpunkt im Bundesbodenschutzgesetz nicht bei der Vorsorge, sondern beim Umgang mit Altlasten und schädlichen Bodenveränderungen. Dass diese Altlasten nicht immer in ferner Vergangenheit entstanden sein müssen, zeigen zwei Beispiele.

PCB-Belastungen im Dortmunder Hafen

Polychlorierte Biphenyle (PCB) sind chemische Chlorverbindungen, die bis in die 1980er-Jahre vor allem in Transformatoren und Kondensatoren sowie als Weichmacher in Fugendichtungen verwendet wurden. Sie sind giftig und krebserregend.

2007 wurden bei Untersuchungen von Boden und Staub im Dortmunder Hafen stark erhöhte PCB-Gehalte festgestellt. Als Hauptverursacher wurde ein Recyclingbetrieb ermittelt: Die Envio AG war eigentlich für die fachgerechte Entsorgung von PCB-haltigen Trafos und Kondensatoren verantwortlich. Der illegale Betrieb von Anlagen, gepaart mit krimineller Energie und völliger Verantwortungslosigkeit gegenüber Arbeitnehmern und Umwelt, war für die Situation verantwortlich.

Möglich wurden diese Zustände aber erst durch den massiven Abbau der Umweltverwaltungen vor allem bei den Bezirksregierungen sowie durch Kompetenzgerangel und das weitgehende Fehlen behördlicher Kontrollen. Nachdem bei dem einstigen Vorzeigebetrieb die Missstände immer deutlicher zutage traten, wurden die Anlagen 2010 stillgelegt. Der jetzige nordrhein-westfälische Umweltminister Johannes Rimmel befand: „Der Envio-Skandal zeigt in erschreckender Art und Weise, welche Folgen Defizite in der Überwachung haben können. In den letzten Jahren ist ein unverantwortlicher Kahlschlag bei der Umweltverwaltung betrieben worden.“⁽⁴⁾

EU verlangt Bodenzustandserhebung

Was in dem beschriebenen Fall bleibt, sind erkrankte Arbeitnehmer und vergiftete Böden. Aber ist Envio ein Einzelfall?

Nicht zuletzt durch die Wirtschaftskrise gewinnt der Umgang mit Betriebsstilllegungen und Insolvenzen von Industriebetrieben an Bedeutung. Veränderte Betriebszustände und das ungeordnete Herunterfahren von Produktionsprozessen können zu erheblichen Gefahren für Umwelt und Mensch sowie zu schwer-

Geschichten vom letzten Dreck

Wir treten ihn, kehren ihn als Schmutz aus dem Haus und nennen ihn abwertend »Dreck«: den Boden unter unseren Füßen. Dabei ist der Boden die Grundlage unseres Lebens, Aufstieg und Niedergang menschlicher Kulturen hängen daran. Von Anbeginn seiner Geschichte hat der Mensch den Boden genutzt und gebraucht, aber auch zerstört und verwüstet. Das Buch geht diesem Aderlass auf den Grund – in einer brillanten Synthese aus Archäologie, Geschichte und Geologie.

D. R. Montgomery

Dreck

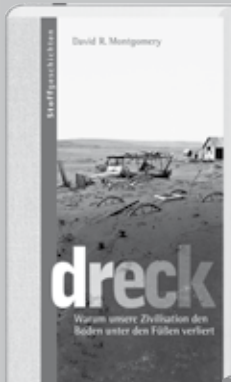
Warum unsere Zivilisation den Boden unter den Füßen verliert

Stoffgeschichten Band 6
352 Seiten, Hardcover, mit vielen
Abbildungen, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-197-4



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



wiegenden Kontaminationen von Wasser, Boden und Luft führen. Hier entstehen die Altlasten von morgen.

Um dies in Zukunft zu verhindern, hat die EU im vergangenen Oktober in die Richtlinie über Industrieemissionen die Bodenzustandserhebung⁽⁵⁾ aufgenommen: Sie ist künftig vor Inbetriebnahme von Industrieanlagen oder vor Erneuerung der Genehmigung vorzunehmen. Die Neuregelung soll eine Verschlechterung der Boden- und Grundwasserqualität durch den Anlagenbetrieb verhindern, durch wiederkehrende Berichte eine Emissionsüberwachung etablieren und eine quantitative Bewertung bei Betriebseinstellungen ermöglichen. Liegen zum Zeitpunkt der endgültigen Betriebseinstellung erhebliche Boden- und Grundwasserverunreinigungen vor, muss das Grundstück in den Ausgangszustand zurückversetzt werden. Es bleibt abzuwarten, wie die Bundesregierung die Neuregelung in der vorgeschriebenen Zweijahresfrist in nationales Recht umsetzt – sind es doch Regelungen, die vom Grundsatz her auch in der EU-Bodenrahmenrichtlinie enthalten sind, welche die Bundesregierung bekanntermaßen blockiert.

Perfluorierte Tenside in der Umwelt

Das zweite Beispiel: In den letzten Jahren ist die Stoffgruppe der perfluorierten Tenside (PFT) ins Blickfeld geraten. PFT sind sehr langlebige organische Chemikalien, die in der Natur nicht vorkommen. Die schmutz-, fett- und wasserabweisenden Tenside werden in einer Vielzahl von Produkten wie imprägnierten Textilien und Teppichen sowie beschichtetem Kochgeschirr und Galvaniken eingesetzt.⁽⁶⁾ Weil sie auch brennende Flüssigkeiten und schmelzende Kunststoffe wirksam löschen können, werden PFT in bedeutenden Mengen in Feuerlöschschäumen verwendet. Mittlerweile lassen sich die Chemikalien weltweit in Gewässern, Tieren und menschlichem Blut nachweisen.

Aus der Gruppe der PFT wurde bisher lediglich der Einsatz von Perfluoroktansulfonsäure (PFOS) weitgehend verboten. Gerade erst endete in der EU die

Übergangsfrist für den Einsatz in Löschschäumen. PFOS wurde 2009 von der Stockholmer Konvention in die Liste der zu beschränkenden Stoffe aufgenommen. Bisher wurden erst wenige Standorte untersucht, bei denen die Löschschäume bei Großbränden oder auf Übungsplätzen eingesetzt wurden. Doch klar ist schon heute: Überall dort, wo PFT-haltiges Löschwasser versickern konnte, ist mit massiven Verunreinigungen von Boden und Grundwasser zu rechnen, etwa nach dem Großbrand in einem Reifenlager bei Kaiserslautern 2008.⁽⁷⁾ Doch die wenigsten Kommunen recherchieren bisher systematisch die zurückliegenden Großbrandereignisse, um gezielte Untersuchungen durchführen zu können. Da PFT gut wasserlöslich und praktisch nicht biologisch abbaubar sind, besteht die Gefahr, dass über Jahre PFT-haltiges Wasser zum Beispiel aus privaten Brunnen benutzt wird.

Sowohl der punktuelle Schadstoffeintrag vor allem durch PFT-haltige Schaummittel als auch die diffusen Stoffeinträge durch die Verwendung von PFT in einer Vielzahl von Alltagsprodukten führen zu einer steigenden Belastung in der Umwelt.

Nur ein Umdenken in der Chemikalienpolitik mit einer strengen Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus von Stoffen und Produkten kann den „nach-sorgenden Umweltschutz“ langfristig zum Auslaufmodell machen.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.kurzlink.de/altlasten2010.pdf
- ▶ (2) www.bmu.de/46921
- ▶ (3) BUND-Stellungnahme: www.kurzlink.de/bund-st.pdf
- ▶ (4) www.kurzlink.de/mkulnv-presse110411
- ▶ (5) Artikel 22, www.kurzlink.de/RL2010/75/EU.pdf
- ▶ (6) Umweltbundesamt: www.kurzlink.de/uba-pm-046-2009
- ▶ (7) www.kurzlink.de/gw-aufs-rlp-2008.pdf (S. 82 f.)

Der Ingenieur Ingo Valentin ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Bodenschutz und Altlasten und seit über 20 Jahren für die kommunale Altlastensanierung tätig. Er lebt in Düsseldorf.

Kontakt: Tel. +49 (0)1577 /
6033790, E-Mail:
ingo.valentin@bund.net,
www.bundundboden.de



Flächenschutz

Betonwüsten

Nur nachhaltige Siedlungsentwicklung kann den Landschaftsverbrauch langfristig reduzieren

Das Wachstumsdenken hinterlässt auch auf kommunaler Ebene seine Spuren. Neben dem Verlust von Natur und Landschaft erzeugt die Zersiedelung auch längere Wege und damit höhere Kosten für alle. Eine intelligente Innenraumentwicklung in Städten kann Abhilfe schaffen. Doch dazu müssen die politisch und planerisch Verantwortlichen umdenken und den Boden endlich als lebenswichtige Ressource anerkennen. ■ VON MANUEL DILLINGER, NABU

Alle zehn Minuten wird in Deutschland Natur und Landschaft in der Größenordnung eines Fußballfeldes durch den Bau von Wohnhäusern, Straßen und Gewerbegebieten zerstört. Jeden Tag gehen auf diese Weise knapp 100 Hektar Landschaft verloren, bei gleichzeitig zurückgehender Bevölkerung. Verbraucht wird die Landschaft für

- ▶ Gebäude- und Freiflächen für Wohnen, Arbeiten und Einkaufen,
- ▶ Verkehrsflächen wie Straßen, Bahnanlagen oder Flugplätze,
- ▶ die Ver- und Entsorgung, zum Beispiel Kraftwerke oder Kläranlagen,
- ▶ Erholungsflächen wie Sportanlagen, Campingplätze oder Parks sowie
- ▶ Friedhöfe.

Nach der letzten Schätzung des Bundesverkehrsministeriums aus dem Jahr 2009 sind etwa 43 bis 50 Prozent dieser Flächen tatsächlich versiegelt. Der Bestand der rund 47.000 Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland verteilt sich im Jahr 2009 wie folgt auf die einzelnen Nutzungsarten: 53 Prozent entfielen auf Gebäude-, Frei-, Betriebsflächen, 38 Prozent auf den Verkehr. Als Erholungsflächen und Friedhöfe dienten neun Prozent.

Lebensstil treibt Landschaftsverbrauch

Der in der Nachkriegszeit stetig gestiegene materielle Wohlstand hat dazu geführt, dass sich die Wohnfläche pro Kopf seit 1960 fast verdreifacht hat. Das freistehende Einfamilienhaus im Grünen hat sich dabei für viele zur „Wunsch-Wohnform“ entwickelt. Kostengünstige individuelle Mobilität ermöglicht es den Menschen, immer weiter in die Peripherie zu ziehen, was

den Bedarf an zusätzlicher Verkehrsinfrastruktur erhöht. Gleichzeitig haben wirtschaftliche und technische Neuerungen die Flächenansprüche bei Produktion, Handel, Bildung und Freizeit steigen lassen.

Nicht nur eine ökologische Sünde

Durch den anhaltend hohen Landschaftsverbrauch gehen Lebensräume für Tiere und Pflanzen und Anbauflächen für Nahrungsmittel und Energiepflanzen verloren. Die Erholungsfunktion der freien, unbebauten Landschaft für den Menschen wird beeinträchtigt oder geht ebenfalls verloren. Die zunehmende Versiegelung zerstört darüber hinaus die Filterfunktion und Fruchtbarkeit des Bodens und verhindert den Austausch zwischen Luft und Boden. Regenwasser kann nicht mehr versickern, sondern fließt ab und führt andernorts zu Hochwasser und Überschwemmungen. Letztlich erwärmen sich versiegelte und bebaute Flächen stärker und beeinflussen dadurch das Kleinklima – sofern Dächer, Fassaden und Siedlungsräume, wie leider oft der Fall, nicht ausreichend begrünt werden.

Neben den ökologischen Beeinträchtigungen, die wir durch den Landschaftsverbrauch erzeugen, sind die ökonomischen und sozialen Folgen zunehmend spürbar: Durch die Zunahme der Siedlungsflächen steigen die gesamtgesellschaftlichen Kosten und damit die Kosten für jeden Einzelnen, da immer weniger Menschen für ein stetig wachsendes Leitungs- und Straßennetz aufkommen müssen. Die Wege zu Schule, Arbeit und Einkaufen werden länger, die Mobilitätskosten steigen ebenso wie die durch den Verkehr erzeugten

Umweltbelastungen. Die voranschreitende Zersiedelung trägt zum sozialen Auseinanderdriften der Gesellschaft bei und führt zu Leerstand in den Ortskernen und zum Wegbrechen zentraler Versorgungsinfrastruktur wie Einkaufsmöglichkeiten, Ärzten, Schulen und Kindergärten. Ortskerne als Kristallisationspunkte des Wirtschaftens und des sozialen Miteinanders verlieren damit immer mehr ihre Funktionsfähigkeit.

Zwar ist der Veränderungsdruck deutlich spürbar, doch die kommunale Siedlungspraxis wird weiter von den Blaupausen der Nachkriegszeit gesteuert: Kommunen konkurrieren um Einwohner und Gewerbeansiedlungen. Bauland wird im Sinne der Angebotsfähigkeit prophylaktisch ausgewiesen und erschlossen. Wachstum in der Fläche ist in den meisten Städten und Gemeinden immer noch die Grundlage des planerischen und politischen Tagesgeschäfts. Ihre Rechtfertigung erfährt diese Praxis durch die öffentliche Meinung. Die Bürger und Bürgerinnen sehen die Neuerschließung von Wohn- und Gewerbeflächen noch immer mehrheitlich positiv und setzen sie mit Wohlstand und Wachstum gleich.

REFINA und das 30-Hektar-Ziel

Angesichts der dringend gebotenen Reduzierung des täglichen Landschaftsverbrauchs hat die Bundesregierung in ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel formuliert, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungen und Verkehrszwecke von täglich rund 130 Hektar im Jahr 2000 auf 30 Hektar im Jahr 2020 zu verringern. Gelingen soll die Reduk-

tion der Inanspruchnahme von Boden durch eine vorrangige Innenentwicklung von Städten und Siedlungen mit der Vision eines Flächenkreislaufs durch Flächenrecycling. Geplant ist, der Innenentwicklung in einem Verhältnis von 3:1 Vorrang vor der Außenentwicklung zu gewähren. Mit dem Förderschwerpunkt „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement“ (REFINA) hat auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung einen Beitrag zum effizienten Umgang mit Grund und Boden geleistet.

Flächensparen ist praktischer Bodenschutz

Mit jedem Quadratmeter Fläche, der innerhalb bestehender Siedlungsstrukturen (um)genutzt wird, verringert sich der Druck auf Neuerschließungen im Außenbereich. Die angestrebte Nutzung innerörtlicher Potenziale durch „Innenverdichtung“ ist allerdings aus der Sicht des Bodenschutzes, mitunter auch des Naturschutzes oder der Naherholung, nicht immer frei von Interessenkonflikten, denn Innenentwicklung bedeutet auch die Bebauung und Versiegelung innerörtlicher Brach- oder Grünflächen. Im Einzelfall sind deshalb die lokalen Gegebenheiten

zu berücksichtigen, indem beispielsweise in dicht besiedelten Gebieten bewusst Freiräume für Mensch und Natur gelassen werden, auch wenn Innenentwicklung vorrangiges Ziel bleibt.

Die Politik muss die Weichen stellen

Um den Landschaftsverbrauch in Deutschland spürbar zu reduzieren, sind neben praxisorientierten Forschungsvorhaben wie REFINA dringend weitreichende gesetzliche Weichenstellungen vonnöten, die finanzielle Anreize für die Innenentwicklung, für das kommunale Flächenmanagement und für die regionale Flächenkreislaufwirtschaft schaffen. ⁽¹⁾ Vor allem ist eine grundsätzliche Reform des kommunalen Finanzausgleichs erforderlich, der in der bisherigen Fassung die Konkurrenz um Einwohner- und Gewerbeansiedlungen schürt und dadurch den Landschaftsverbrauch fördert. Notwendig wäre auch eine Reform der Grundsteuer unter ökologisch-städtebaulichen Gesichtspunkten. Anreize zum Bau oder Erwerb von Eigenheimen in Randlagen, beispielsweise in Form der Pendlerpauschale, sowie die Kappung der Städtebauförderung um über 200 Millionen Euro sind für das Erreichen des 30-Hektar-Ziels ebenfalls äußerst kontraproduktiv und gehören auf den Prüfstand.

Parallel zu den dringend notwendigen politischen Weichenstellungen spielt bewusstseinsbildende Kommunikation eine zentrale Rolle. ⁽²⁾ Solange die Ressource Boden nicht als endlicher, kostbarer und schwindender Rohstoff im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert ist, wird die Politik sich mit den geforderten großen Weichenstellungen schwertun.

Anmerkungen

- ▶ (1) Rat für Nachhaltige Entwicklung (2007): Erfolgsfaktoren zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Deutschland. Nürtingen. www.kurzlink.de/rne-eval-30ha.pdf
- ▶ (2) NABU (2008): Flächenakteure zum Umsteuern bewegen! Kommunikation und Bewusstseinsbildung für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung. NABU-Forschungsbericht, Berlin. www.kurzlink.de/refina-endbericht
Siehe auch: www.nabu.de/siedlungspolitik

Der Kommunikationsexperte Manuel V. Dillinger arbeitet beim Naturschutzbund Deutschland. Von der NABU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin aus organisiert er Lobbyarbeit für nachhaltige Siedlungsentwicklung.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 2849841630,
E-Mail:
manuel.dillinger@nabu.de,
www.nabu.de/flaechensparen

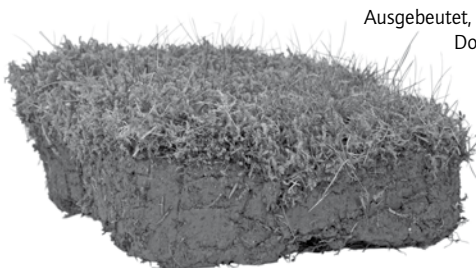


politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

oekom
verlag

Peak Soil – Die unterschätzte Krise der Böden



Ausgebeutet, verseucht, zubetoniert – Böden stecken in mannigfaltigen Schwierigkeiten.

Doch nur wenigen ist bewusst, dass die Zerstörung der Böden Mensch und Natur in vergleichbarem Ausmaß gefährdet wie der Klimawandel.

Die Autor(inn)en der *politischen ökologie*¹¹⁹ brechen eine Lanze für den Untergrund. Sie zeigen, warum der Boden ein Multitalent ist, erklären die vordringlichsten Probleme und legen dar, wie ein nachhaltiger Umgang mit unserer Lebensgrundlage aussehen kann.

- _Warum behandelt der Mensch seine Lebensgrundlage wie Dreck?
- _Wie funktioniert Landgrabbing?
- _Was taugen politische Instrumente zum Bodenschutz?

Mit Beiträgen von G. Bachmann, G. Broll, W. Blum, C. Opp, S. Lazar u.v.m.

_Peak Soil – politische ökologie Heft 119 | 73 Seiten | 14,90 EUR (zzgl. Versand)
_ISBN 978-3-86581-225-4 | **Erhältlich bei** www.oekom.de, kontakt@oekom.de



Landwirtschaft

Boden-Bildung

Nur wenige Bauern pflegen ihre Böden heute noch nach agroökologischen Prinzipien

Bisher waren die Böden Mitteleuropas noch fehlertolerant. Doch die industrialisierte Landwirtschaft und der Flächenfraß ruinieren die dünne Haut der Erde. Dass es auch anders geht, zeigt seit Langem der Ökolandbau. Dieser verdient mehr politische und substanzielle Unterstützung. ■ VON MICHAEL OLBRICH-MAJER, DEMETER

Boden, das ist die äußerste, belebte Gesteinsschicht unseres Planeten, sozusagen seine Haut. Er entsteht vor allem durch die Aktivität der die Sonne nutzenden Pflanzen. Landwirte ohne Boden sind nicht vorstellbar. Dennoch gibt es sie, sie ziehen Tomaten und Gurken im Gewächshaus nur mit Wasser und Steinwolle. Das Verständnis für Böden – denn Boden ist eigentlich eine Vielfalt – ist in unserer modernen Gesellschaft mehr oder weniger verschwunden. War vor hundert Jahren der Boden noch fruchtbares Kapital, das Bauern gepflegt ihren Söhnen hinterließen, so ist er im heutigen Bewusstsein zu Baugrund und Substrat, schlimmstenfalls zu Dreck degeneriert. Mit dem Verlust der selbstverständlichen Beziehung zum Boden setzte vor hundert Jahren die Bodenwissenschaft ein. Doch spielt sie im Agrobusiness bis heute eine untergeordnete Rolle. Denn die vordergründige Erfolgsgeschichte der heutigen Intensivlandwirtschaft beruht unter anderem auf dem sukzessiven Ausblenden des Wissens um den guten Boden, wie der Umwelthistoriker Frank Uekötter in seiner agrarischen Wissensgeschichte beschreibt.⁽¹⁾ Wir hatten bisher Glück, dass die Böden Mitteleuropas so fehlertolerant waren und es preiswerte Energie für Stickstoffdünger gab, um ihre Defizite auszugleichen.

Genau hier fängt das Problem an. Die beiden dramatischsten, weil nicht mehr zurückzudrehenden Eingriffe in die Gesundheit unseres planetaren Ökosystems verursacht die Landwirtschaft: übermäßigen Stickstoffeintrag in alle Gewässer und rasanten Schwund der Biodiversität, inklusive der agrarischen.⁽²⁾ Importfutter macht eine nicht an den Boden angepasste Viehhaltung möglich, die zu viel Gülle hinter-

lässt. Synthetischer Stickstoffdünger wird vom Boden nicht in jeder Menge verdaut. Und die Vereinfachung der Landwirtschaft hat eine Standardisierung von Böden zur Folge, mit der die Vielfalt aus der Landschaft schwindet und die Fehlertoleranz der Böden abnimmt.

Zivilisationsdruck: Bauern geht es an die Fläche

Die Landwirtschaft kann bei sachgemäßem Umgang für reines Wasser, frische Luft sowie für Vielfalt auf der Flur und auf dem Tisch sorgen, neben guten Lebensmitteln. 53 Prozent der bundesdeutschen Fläche sind in ihrer Obhut. Doch geht es auch den Bauern an die Böden: Waren früher Umweltgifte ein Problem für die Bodennutzung, so ist es heute vor allem der Flächenfraß durch die bauende Gesellschaft. Umgerechnet 150 Fußballfelder werden täglich dafür zerstört, meist da, wo es flach ist und die Böden ertragreich sind. Und zum Ausgleich für die Natur wird dann noch einmal Landwirtschaftsfläche umgewidmet. Das jahrzehntelange Versagen eines behördlichen Flächenmanagements ist nur zu erklären durch Vorurteile und das Nichtwissen darum, dass Boden nicht wiederherstellbar ist und ein weltweit immer knapperes Gut.

So nimmt auch der auf Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Agrarrohstoffen spekulierende Kauf von Boden weltweit zu. Dieses sogenannte Land Grabbing umfasste allein 2009 eine geschätzte Fläche im Umfang der Türkei. Dass da Boden schonend bewirtschaftet wird, ist eher nicht zu erwarten. Den Eigentümern geht es um Rendite und sie sind weit weg von ihren Latifundien. Auch hierzulande ist das

Rangeln um Fläche entbrannt. Agrogasbauern können durch die hohe staatliche Förderung zurzeit mehr Pacht zahlen als Milchbauern, die ins Hintertreffen geraten.

Verkehrte Welt: Landwirtschaftliche Nutzung als Problem

Doch verschwinden die Böden nicht nur in der Fläche, sie verlieren auch an Substanz. Erosion durch Wind und Wasser, Humus- und Nährstoffverlust gehen allein auf das Konto der Landwirte. Zehn Tonnen je Hektar und Jahr erodieren hierzulande im Schnitt, 17 Prozent der Böden Europas sind davon betroffen. Humusverluste werden nicht gemessen, aber dass Landwirte zu einer Humusbilanz mittels Fördermitteln verpflichtet werden müssen, spricht Bände. Mit dem Schwund von Krume und Humus geht auch Bodenstickstoff verloren, der meist synthetisch ersetzt wird. Verschärft wird diese Bodendegradation durch immer schwerere Maschinen auf den Feldern: Wachsende Betriebsgrößen und der Zwang zur Rationalisierung sind nur so zu bewältigen, der Preis ist zunehmende Bodenverdichtung bis in den Unterboden. Den ohnehin schon angefressenen Böden, beziehungsweise den sie formenden Lebewesen, wird so die Luft zum Atmen genommen, Wasser versickert nicht mehr so gut, Wurzeln dringen nicht mehr so tief ein. Auf mehr als 94 Prozent der landwirtschaftlichen Böden dezimieren zudem mehrfach jährlich Herbizide, Fungizide, Insektizide das Bodenleben: Für den einstigen Stolz des Ackerbauern, eine gute Bodengare, Anzeiger für gut gemanagte Fruchtbarkeit, können gestresste Regenwürmer und Mikroben kaum mehr sorgen. Die verbreiteten, an Abwechslung ▶

Lösungen gegen den Hunger

Die globale Landwirtschaft steht am Scheideweg: Beinahe ein halbes Jahrhundert nach dem Beginn der Grünen Revolution leidet ein großer Teil der Welt immer noch chronisch Hunger. Im Juli 2009 startete das *Worldwatch Institute* ein Projekt, um agrarwissenschaftliche Innovationen zu erfassen und zu bewerten. Das Ergebnis ist der aktuelle Bericht »Zur Lage der Welt«; er enthält praxisnahe Lösungen vom Biolandbau über *Urban Gardening* bis hin zu neuen Methoden zum Erhalt der Böden.

Worldwatch Institute (Hrsg.)
in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch
Zur Lage der Welt 2011:
Hunger im Überfluss
Neue Strategien gegen Unterernährung und Armut

288 Seiten, 19,95 EUR,
ISBN 978-3-86581-241-4



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



armen Fruchtfolgen erschaffen das Bodenleben und setzen die Böden oft der Erosionsgefahr aus, besonders der durch Agrogas induzierte Maisboom. Dafür wird auch schon mal Grünland umgebrochen, was zu dramatischen Humusverlusten führt. Grünland speichert im Boden mehr Humus als Acker oder Wald. Beim Ackern nach Umbruch entweichen bis zu 60 Prozent davon binnen der ersten drei Jahre, auf Maisäckern eine knappe Tonne pro Jahr.

Die Folgen dieses schlechten Umgangs mit dem Boden betreffen uns alle: Als Konsumenten müssen wir Rückstandscocktails im Essen befürchten, zahlen für die Aufbereitung nitratbelasteten Trinkwassers, sind vermehrt von Hochwasser betroffen und vermissen Biodiversität in der Landschaft. Wir wollen es aber auch so. Nirgends sind die Lebensmittel so billig wie in Deutschland, kein Volk gibt weniger dafür aus.

Ökobauern: Es geht auch anders

Zum Glück haben Ökobauern bewiesen, dass es auch anders geht: Ihr Motto „gesunder Boden – gesunde Pflanze – gesunder Mensch“ klingt etwas altbacken, ist aber eine nachhaltigere Leitlinie als der industrielle Maßstab der sonstigen Landwirtschaft. Ökobauern praktizieren Bewirtschaftungsmethoden, die den Boden mehr in den Vordergrund stellen als die kurzfristige Ökonomie. Dazu gehören Leguminosenanbau und in der Regel die Haltung von Rindern, vor allem bei Demeter, was auch bedeutet: Verzicht auf zu starke Spezialisierung. Genau das hat die Elite der deutschen Bodenwissenschaft bereits 1994 in einer Denkschrift zum Schutze der agrarisch genutzten Böden empfohlen: Der viehhaltende Gemischtbetrieb mit nennenswertem (Futter-)Leguminosenanbau sorge optimal für den Boden, mit organischem Dung, Regenerationsphasen, Belebung.⁽³⁾ Das lässt sich auch nachweisen. Mehr Humus, 30 Prozent weniger erosionsanfällig, um 25 Prozent stabilere Bodenkrümel, mehr Bodenleben und mehr Biodiversität: Der sogenannte DOK-Langzeitvergleich von (bio-)dynamischem, organischem und konventionellem Anbau hat es sogar bis ins Science-Journal

geschafft. Er stellte eine abnehmende Bodenqualität durch die drei Anbausysteme in der genannten Reihenfolge fest.⁽⁴⁾

Gefordert: Politik und Gesellschaft

All das zu ändern wäre einfach, erfordert aber Konsequenz: bei der aktuellen EU-Agrarreform ein Mindestmaß an Fruchtfolge und Leguminosenanbau vorschreiben, Grünlandumbruch untersagen, Importfutter beschränken, die EU-Bodenschutzrichtlinie verabschieden, einen deutschen Aktionsplan Ökolandbau auflegen. Dann würde der geringe, nur langsam wachsende Ökoflächenanteil – aktuell 5,9 Prozent – sich dem 20-Prozent-Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ein wenig annähern. All das dauert und ist ungewiss. So gibt es Bürger, die sich konkret engagieren, in Bodenfonds für Ökobetriebe investieren oder sich in Landwirtschaftsgemeinschaften, solidarisch getragene Ökobetriebe oder regionale Ökolandbau-Aktiengesellschaften einbringen. Denn es muss und kann mehr geschehen. Das gilt weltweit: Ob alle genug zu essen haben, hängt mehr von der Verbreitung des handwerklichen Wissens zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit ab als von Kunstdünger- oder Gentechnikimporten. Der fruchtbare Umgang mit dem Boden ist eine Frage der Bildung.

Anmerkungen

- ▶ (1) Uekötter, F. (2010): Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft. Göttingen
- ▶ (2) Rockström u. a. (2009): A safe operating space for humanity. *Nature* 461, 24.9.2009
- ▶ (3) Robert Bosch Stiftung (Hrsg.; 1994): Für eine umweltfreundliche Bodennutzung in der Landwirtschaft. Gerlingen
- ▶ (4) Maeder P.; Fließbach A. u. a. (2002): Soil Fertility and Biodiversity in Organic Farming. *Science* 292, S. 1694 ff.

Der Agraringenieur Michael Olbrich-Majer war in der Umweltplanung und im kommunalen Bodenschutz tätig. Er ist Redakteur der Demeter-Fachzeitschrift für biodynamischen Landbau „Lebendige Erde“ in Darmstadt.

Kontakt: Tel. +49 (0)6155 / 846943, E-Mail: michael.olbrich@demeter.de, www.lebendigeerde.de



Bodenerosion und Welternährung

Im Wettlauf gegen die Zeit

Der Klimawandel belastet die Böden ebenso wie kurzsichtige Bewirtschaftungsmethoden

Die Weltbevölkerung wächst und muss ernährt werden. Doch ein Viertel aller Böden ist bedroht. Das Tempo von Erosion durch Wind, Wasser und vor allem rücksichtslose Landbautechniken hat dramatisch zugenommen, das zeigt auch der Weltagrarbericht. Umfassende Restaurierungsmaßnahmen vor Ort sind gefragt. Dazu fehlt aber bisher der politische Wille, denn letztlich geht es um die Zukunft des überkommenen industriellen Agrarmodells. ■ VON PETER CLAUSING

Obwohl mehr als eine Milliarde Menschen hungert, wird derzeit genügend Nahrung für die gesamte Weltbevölkerung produziert. Für die kommenden Jahrzehnte zeichnet sich allerdings eine erhebliche Diskrepanz ab. Zwar wird sich die globale landwirtschaftliche Nutzfläche bis 2025 im Vergleich zu 1990 um geschätz-

te 82 Millionen Hektar und damit um zehn Prozent vergrößern. Dieser Erweiterung steht jedoch ein erwarteter Bevölkerungszuwachs von 60 Prozent in dem gleichen 35-Jahres-Zeitraum gegenüber. Zudem geht der Gewinn an landwirtschaftlicher Nutzfläche häufig mit der Zerstörung von Wäldern einher. Parallel dazu spielt sich

eine stille Katastrophe sozusagen direkt unter unseren Füßen ab: Schätzungen zufolge sind weltweit 25 Prozent des Bodens von Degradation betroffen.⁽¹⁾

Dieser ernüchternden Statistik zum Trotz ist Weltuntergangsstimmung fehl am Platz. In seinem jüngsten Bericht an die UN-Vollversammlung schreibt der Sonderberichtersteller für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, dass die Kleinbauern des Südens, also dort, wo chronischer Hunger am stärksten präsent ist, innerhalb von zehn Jahren ihre Nahrungsmittelproduktion verdoppeln könnten, und zwar auf umweltverträgliche Weise.⁽²⁾ Um dies zu ermöglichen, wäre ein entsprechender politischer Wille vonnöten. Das würde vor allem Maßnahmen zur Bodenverbesserung einschließen, deren Dringlichkeit nicht überbetont werden kann (siehe Kasten).

Boden und Klima

Die Veränderungen von Boden und Klima stehen in einem engen Wechselverhältnis. Die schlechte Nachricht ist, dass der Klimawandel zu einer verstärkten Bodendegradation bis hin zur Wüstenbildung führen kann und zum Teil schon führt. Zugleich mindert dieser Prozess die Speicherkapazität des Bodens für organischen Kohlenstoff, was wiederum die globale Erwärmung beschleunigt. Die gute Nachricht: Der Boden selbst stellt – wenn er richtig behandelt wird – einen potenten Kohlenstoffspeicher dar, wobei die Erhöhung der Menge an organischem Kohlenstoff, das heißt an organischer Masse, zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge beiträgt. Eine Restaurierung degradierten Böden durch Maßnahmen zur Bodenverbesserung in großem Stil würde also sowohl dem globalen Klimawandel entgegenwirken als auch helfen, die Welternährung zu sichern.

Das geschieht jedoch nicht von allein. Die Anreicherung des Bodens mit organischem Kohlenstoff ist ein arbeitsintensiver Prozess, der mit dem Modell einer nach betriebswirtschaftlicher „Effizienz“ trachtenden Landwirtschaft nicht vereinbar sein dürfte. Der renommierte Boden- und Klimafolgenforscher Rattan Lal von der Ohio State

University nennt Zahlen, nach denen die Menge an gespeichertem organischem Kohlenstoff zwischen 30 Tonnen je Hektar in tropischen Regionen und 150 Tonnen in gemäßigten Breiten variiert. Diese Speichermenge, die sich auf den obersten Meter Boden bezieht, stellt ein dynamisches Gleichgewicht aus CO₂-Aufnahme und -Abgabe dar. Das Gleichgewicht verschiebt sich in Richtung CO₂-Abgabe, wenn natürlicher Boden in landwirtschaftliche Nutzung überführt wird – gemeinhin als „Urbarmachung“ bezeichnet –, und mehr noch, wenn es zur Bodendegradation kommt. Ein Drittel der circa 80 Gigatonnen CO₂, die zwischen 1850 und 1998 den landwirtschaftlich genutzten Böden entwichen, geht auf das Konto von Bodendegradation und beschleunigter Erosion. Lal bezeichnet die organische Masse im Boden als „Biomembran“, die Schadstoffe filtert, die Belastung von Flüssen mit Sediment mildert, den Sauerstoffmangel in den Ökosystemen von Küstenregionen reduziert und eine wichtige Senke für CO₂ und Methan darstellt.

- Lal, R.: Soil Carbon Sequestration Impacts on Global Climate Change and Food Security. Science, Bd. 304, S. 1623–1627, 2004. www.kurzlink.de/lal-soil-carbon.pdf

Boden unter Druck

Erosion, Bodenverdichtung, Verlust an organischer Substanz, Kontamination, Versalzung und Erdrutsche haben im Laufe der letzten 100 Jahre deutlich zugenommen – mit den entsprechenden Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktivität. Den Löwenanteil an diesem degradationsbedingten Flächenverlust hat laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WGBU), einem Beratungsgremium der Bundesregierung, die Erosion. Wasser und Wind tragen weltweit jährlich geschätzte 75 Milliarden Tonnen Boden ab. Rund 85 Prozent aller degradierten Flächen (16,4 Millionen Quadratkilometer) sind von Erosion betroffen.

Das Phänomen der Erosion gab es schon, bevor Menschen auf der Erde existierten. Vor Jahrtausenden boten die durch Wasser abgetragenen und an anderer Stelle wieder angeschwemmten fruchtbaren Erdmengen die Voraussetzung für die Entstehung von Zivilisationen – erinnert sei an das Nildelta und die Flussläufe von Euphrat und Tigris. Das Problem ist also nicht die Erosion an sich, sondern das Tempo, mit der sie heute vonstattengeht. Wenn einer jährlichen Bodenbildungsrate von einer Tonne pro Hektar eine Erosionsrate von über fünf Tonnen pro Hektar Jahr gegenübersteht, wie es zum Beispiel in Teilen von Südspanien, Südfrankreich, Italien und Griechenland der Fall ist, dann ergeben sich daraus mittelfristig Probleme für die Produktivität. Wenn jedoch die Erosionsraten durchschnittlich 30 bis 40 Tonnen pro Hektar und Jahr betragen, was in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas dem Durchschnitt entspricht, dann ist die Situation dramatisch.

Weltagrarbericht zeigt Ursachen

Daten über den Schweregrad der Degradation sind im globalen Maßstab nicht sonderlich präzise. So verwundert es nicht, dass unter den Experten zwar Einigkeit darüber herrscht, dass die Schädigung der Böden ernste Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktivität haben wird. Die Ansichten über die zeitlichen Horizonte und das Ausmaß gehen jedoch auseinander. Auch in dem 2009 veröffentlichten Weltagrarbericht wird beklagt, dass aufgrund fehlender Daten die Schätzungen über Auswirkungen auf die Produktivität stark divergieren.

Eindeutig äußern sich die Verfasser des Weltagrarberichts hingegen in Bezug auf andere interessante Details. Dazu zählt die Feststellung, dass die bisherige Bodenzerstörung zu einem Viertel durch die landwirtschaftliche Produktion selbst verursacht wurde. Umgekehrt kommt der Überweidung, die von anderen Autoren vielfach als einer der wichtigsten Gründe für die Bodenzerstörung hervorgehoben wird, offenbar ein deutlich geringerer Stellenwert zu. Der Effekt der Überwei-

dung ist oftmals sekundärer Natur. Die Ausdehnung des Ackerbaus auf Böden mit schlechter Qualität führt dazu, dass Hirten, die in diesem Gebiet ursprünglich eine nachhaltige Weidewirtschaft betrieben, in noch marginalere Bereiche verdrängt werden, wo ihre Herden dann allerdings über kurz oder lang den Boden zerstören. Zu dieser Verdrängung kommt es unter anderem durch den Anbau bestimmter Energiepflanzen zur Gewinnung von Agrotreibstoffen.

Wiederherstellung von Böden ist möglich

Die Verfasser des Weltagrarberichts sprechen sich nachdrücklich dafür aus, degradierte Agrarflächen zu restaurieren, statt unter Vernichtung von Wäldern neue Agrarflächen hinzuzugewinnen. Methoden zur Restaurierung – Anreicherung des Bodens mit organischer Masse, eventuell verbunden mit einer zurückhaltenden Anwendung anorganischer Dünger – stehen zur Verfügung, finden aber ungenügende politische Unterstützung. Vielfach können solche Maßnahmen den Prozess der Bodendegradation rückgängig machen.

Weitere vom Agrarbericht empfohlene Mittel sind eine Diversifizierung der Fruchtfolge und eine als Agroforstwirtschaft bezeichnete Strategie, der besonders in Afrika gute Chancen eingeräumt werden, um mit einfachen Mitteln Prozesse der Umweltzerstörung umzukehren.

Letztlich ist das Thema Bodendegradation vollständig in die Diskussion darüber integriert, welchem landwirtschaftlichen Modell die Zukunft gehört – einem nachhaltigen kleinbäuerlich-biologischen Anbau oder einer industriemäßigen Großflächenwirtschaft mit massiven erdöl-basierten Inputs.

Erstaunliche Erfolge der Agrarökologie

Mit agroökologischen Methoden wurden Böden bereits erfolgreich restauriert, verbunden mit beeindruckenden Ertragssteigerungen. Jedoch ist deren Anwendung bislang so sporadisch, dass dies auf den Satellitenbildern gar nicht sichtbar wird. Eindrucksvolle Beispiele werden unter

anderem in einem Bericht von Uwe Hoering präsentiert.⁽³⁾ Selbst Extremfälle von Erosion konnten rückgängig gemacht werden: Gullies – metertiefe Erosionsrinnen – entstehen, wenn oberflächlich abfließendes Wasser die Erde mitreißt. Hoering berichtet, wie tansanische KleinbäuerInnen innerhalb von zehn Jahren einen drei Meter tiefen Gully wieder füllten, indem sie oben, wo der Gully noch schmal war, Gräben zogen und Barrieren aus Stöcken und Elefantengras anlegten, um die Erde zurückzuhalten, während das Wasser weiterfließen konnte. Mit der Zeit war die Menge zurückgehaltener Erde groß genug, um diese zu bepflanzen – unter anderem mit Bananenstauden, die als zusätzliche, fruchtttragende Barrieren dienten. „Heute wächst dort, wo früher nur unfruchtbarer Kies war, eine dichte Mischvegetation aus Bananen, einheimischen Bäumen, Orangen und Zitronen, Papayas, Mais, Hirse, Süßkartoffeln, Maniok und Erbsen. In einem Teich tummeln sich Fische, die im Dorf verkauft werden“, berichtet Hoering. Eine Verfünfachung der Erträge, zum Beispiel bei Hirse, wurde zudem durch einen lokal entwickelten organischen Dünger ermöglicht. Nachhaltige Erfolge sind nur von der vervielfachten Anwendung solcher zukunftsweisenden, lokal verwurzelten Strategien zu erwarten.

Anmerkungen

- ▶ (1) Global Assessment of Land Degradation and Improvement – GLADA Report 5. Wageningen 2008. www.kurzlink.de/glada
- ▶ (2) www.kurzlink.de/srfoodreport2010.pdf
- ▶ (3) Hoering, U. (2008): Wer ernährt die Welt? Bäuerliche Landwirtschaft hat Zukunft. Bonn. www.kurzlink.de/hoering

Peter Clausing ist Agrarwissenschaftler und Publizist. Er war lange in der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie aktiv. Unter dem Pseudonym Klaus Pedersen erschien 2008 sein Buch „Naturschutz und Profit“. Er lebt bei Potsdam.

Kontakt:
Tel. +49 (0)33205 / 607983,
E-Mail: pcl@jpberlin.de,
www.welt-ernaehrung.de



DNR INTERN

Freiwilligenkonferenz

Naturschutz in engagierten Händen

■ Am 27. und 28. Juni organisierte der Deutsche Naturschutzring (DNR) die Impulskonferenz „Freiwillige für den Naturschutz – generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar“. Die Veranstaltung im Potsdamer Kongresshotel war eines von acht deutschen Projekten, die das Bundesfamilienministerium und die EU-Kommission für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF) auswählten und förderten.

DNR-Präsidiumsmitglied Kornelie Blumenschein eröffnete die Tagung, gefolgt von Grußworten weiterer Vertreter aus führenden Dachorganisationen des dritten Sektors. Direkt nach dem Redebeitrag des Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, fiel der Startschuss für das interaktive Arbeiten. Kernelemente der Konferenz waren die acht thematischen Arbeitsgruppen, die an beiden Tagen unter der Leitung von UmweltexpertInnen und FreiwilligenkoordinatorInnen stattfanden. Die rund 170 Teilnehmenden tauschten hier ihre Erfahrungen aus und sammelten neue Impulse für ihre Arbeit im Ehrenamt. Die größte Aufmerksamkeit bekamen die Fragen, wie sich zukunftsfähige Strukturen für ehrenamtliches Engagement im Naturschutz schaffen lassen und wie die interkulturelle Öffnung in den Naturschutzverbänden erreicht werden kann. Die generationenübergreifende und multikulturelle Zusammensetzung der TagungsteilnehmerInnen bildete eine spannende Grundlage für den breiten Austausch, stellte auf der anderen Seite für die ReferentInnen auch eine Herausforderung dar.

Den motivierenden Auftakt für den zweiten Tag bildeten die Reden von Umweltstaatssekretärin Katherina Reiche, DNR-Vizepräsident Hartmut Vogtmann und dem Staatssekretär im brandenburgi-

schen Umweltministerium Daniel Rühmkorf. Beim abschließenden World Café konnten sich alle Teilnehmenden auch über die Ergebnisse der anderen Arbeitsgruppen informieren. An acht Gruppentischen mit Stellwänden stellten die ReferentInnen anhand von erarbeiteten Fragen und Thesen die Ergebnisse dar. Bis in den Nachmittag diskutierten sie mit Interessierten aus den anderen Arbeitskreisen über Herangehensweisen und Resultate. Über die breite Teilnahme am World Café und den nochmaligen ergiebigen Austausch freute sich der DNR als Veranstalter ganz besonders. [sil]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: deutscher.naturschutzring@dnr.de, www.dnr.de

Studien- und Lobbyfahrt nach Brüssel

Überraschende Einblicke

■ Wie funktioniert „Brüssel“? Erste Antworten auf diese Frage, zumindest für den Bereich der Umweltpolitik, erhielten im Juni die rund 20 TeilnehmerInnen der diesjährigen DNR-Studien- und Lobbyfahrt bei ihrer dreitägigen Exkursion ins politische Zentrum Europas.

Die politischen wie auch gesellschaftlichen Hintergründe der Reisenden waren sehr breit gestreut: Von Interessierten aus der islamisch-umweltpolitischen Bewegung über verkehrspolitische Regionalkoordinatoren bis hin zu Vorstandsmitgliedern bundesweit agierender Stiftungen waren nahezu alle Aspekte der deutschen Umweltbewegung vertreten. Das führte auch immer wieder zu spannenden Diskussionen in der Gruppe. Wegen der täglich neuen Meldungen über den deutschen Atomausstieg dominierte diese Fragestellung die gesamte Fahrt.

Das dichte Programm enthielt allgemeine Informationsveranstaltungen, zum Beispiel im Europäischen Parlament und bei der EU-Kommission, sowie thematische Lobbytermine mit Parlamentariern. Besonders wichtig für die Teilnehmer waren die Gesprächsmöglichkeiten mit Abgeordneten aus fast dem gesamten po-

litischen Spektrum und der Austausch mit NGO-Vertretern, die von ihrem täglichen politischen Kampf in Brüssel berichteten. Gerade das Missverhältnis der Anzahl von NGO-Lobbyisten zu ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung ist eine Schwachstelle im „System Brüssel“ – eine nicht ganz neue, aber trotzdem beeindruckende Erkenntnis, wenn man sie vor Augen geführt bekommt!

Besonders interessant waren die Führung durch das Parlament mit dem ehemaligen Grünen-Abgeordneten und Lobbyexperten Frank Schwalba-Hoth sowie das Abendessen mit dem Europaabgeordneten Peter Liese. Der CDU-Umweltpolitiker nahm sich viel Zeit, um mit den TeilnehmerInnen über ihre Fragen und Anregungen zu diskutieren. Besonderer Dank gebührt auch dem Gastgeber der Gruppe, dem EU-Abgeordneten Michael Cramer von den Grünen.

Das Programm mit den insgesamt etwa 20 Vorträgen von Parlaments-, Kommissions- und NGO-VertreterInnen brachte, obwohl anstrengend, allen TeilnehmerInnen deutlich mehr Durchblick im „Brüsseler Dschungel“.

[Harry Hoffmann]

► DNR, EU-Koordination, Antje Mensen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, E-Mail: antje.mensen@dnr.de, www.eu-koordination.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Bundesfreiwilligendienst

Andere Regeln, neue Zielgruppen

■ Zum Start des neuen Bundesfreiwilligendienstes (BFD) im Juli hat der NABU eine große Nachfrage im Bereich Umwelt- und Naturschutz festgestellt. Vermittelt von der NABU-Zentralstelle, traten die ersten engagierten BürgerInnen ihren Dienst an, etwa in der Naturschutzstation Rhein-Berg in Leverkusen oder bei der schleswig-holsteinischen Schutzstation Wattenmeer. Der ►

NABU hofft, bald mehrere Hundert Plätze für Bundesfreiwillige anbieten zu können. Im Juli verzeichnete die Freiwilligenbörse der Zentralstelle rund 70 freie Plätze, etwa beim Gut Sunder im Landkreis Celle oder beim Umweltbüro Donaueschingen. Unter www.freiwillige-im-naturschutz.de soll eine Platzbörse dafür sorgen, dass Freiwillige und Einsatzstellen zueinanderfinden.

Der Bundesfreiwilligendienst ersetzt den bisherigen Zivildienst, steht aber allen BürgerInnen ab 16 Jahren offen. 35.000 Plätze sollen eingerichtet werden. Allerdings verzeichnete das zuständige Bundesfamilienministerium zunächst nur durchschnittlich 250 Vertragsschließungen pro Woche – während 1.300 zum Erreichen der Zielmarke nötig wären, wie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement mitteilte.

Der BFD soll in der Regel zwölf Monate dauern, erlaubt sind zwischen sechs und 18 Monaten. Ein Einsatz in Teilzeit von mindestens 21 Wochenstunden ist möglich. Bundesfreiwillige sind sozialversichert und erhalten ein monatliches Taschengeld von maximal 330 Euro oder Leistungen für Unterkunft und Verpflegung. Der Bund gibt dafür sowie für die pädagogische Begleitung und Bildung einen Zuschuss von rund 400 Euro. Wie beim Zivildienst müssen die Einsatzstellen die verbleibenden Kosten übernehmen.

Der rechtliche Rahmen für den Bundesfreiwilligendienst entspricht in vielen den Bedingungen des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ), doch liegt die Verantwortung für den BFD beim Bund und nicht bei den Ländern. Das neu benannte Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) verwaltet den BFD. Grundvoraussetzung zur Teilnahme ist eine Anerkennung als Einsatzstelle durch das BAFzA. Neu ist die Einrichtung von Zentralstellen, die als Beauftragte des Bundes für die Umsetzung des BFD verantwortlich sind, die regionale Verteilung der Plätze regeln und Standards der pädagogischen Begleitung festlegen. Einsatzstellen und Träger müssen sich solchen Zentralstellen anschließen.

„Für eine interessante Zielgruppe halten wir unter anderem diejenigen, die

nach einem Studium den Einstieg in ihre Berufsfelder suchen oder die zum Beispiel zwischen Bachelorabschluss und Masterstudium eine Praxisphase einlegen wollen“, sagte Bernd Kuhlmann, Leiter des FÖJ der Stiftung Naturschutz Berlin. „Statt als PraktikantIn oder Trainee könnten sie dann als Bundesfreiwillige arbeiten. Die Einsatzstellen würden damit Unterstützung durch bereits ausgebildete oder qualifizierte Freiwillige erhalten.“ Die Stiftung Naturschutz und weitere FÖJ-Träger haben ebenfalls eine Zentralstelle für einen „Ökologischen Bundesfreiwilligendienst“ (ÖBFD) eingerichtet. Sie wollen damit die beim FÖJ erreichten Standards der pädagogischen Begleitung und der Kooperation mit den Einsatzstellen auch für den BFD gewährleisten. [mb]

- ▶ BFD-Gesetz: www.kurzlink.de/bfd-gesetz.pdf
- ▶ NABU-Zentralstelle, Ralf Schulte, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, E-Mail: ralf.schulte@nabu.de, www.freiwillige-im-naturschutz.de
- ▶ Zentralstelle ÖBFD, Stiftung Naturschutz Berlin, Tel. +49 (0)30 / 76766206, E-Mail: info@oebfd.de, www.oeko-bundesfreiwilligendienst.de

EHRENAMT

Europäische Freiwilligentour

Öko-Uni für Aktive

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und seine Mitgliedsverbände beteiligen sich mit einer Vortragsreihe am offiziellen Programm des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit. Während der EU-Freiwilligentour durch alle 27 Hauptstädte wollen die deutschen Verbände am 15. Oktober in Berlin ihr ehrenamtliches Engagement für die Umwelt vorstellen und über aktuelle politische Themen diskutieren. Das Motto lautet: „Natürlich engagiert! Forum für Umweltinteressierte“.

Die frühere EU-Kommissarin Michaele Schreyer wird über die Europäische Bürgerinitiative als Durchsetzungsinstrument für erneuerbare Energien referieren. Felix

Reyhl von der NABU-Stiftung Nationales Naturerbe spricht über „Natur in NABU-Hand – Eigentum und ehrenamtliche Mitarbeit“. Bettina Soethe von Europarc Deutschland stellt das Freiwilligenmanagement in Nationalen Naturlandschaften vor. Auch dem interkulturellen Engagement für Umweltschutz in der türkischen BUND-Gruppe Yeşil Çember bietet die „Öko-Uni“ eine Plattform.

Neben den Vorträgen gibt es die Möglichkeit, die Verbandsarbeit an Infotischen vorzustellen. Hier bestehen noch freie Kapazitäten, die sich Interessierte beim DNR sichern können.

Die interaktive Freiwilligentour im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF 2011) gastiert vom 14. bis 20. Oktober am Potsdamer Platz in Berlin-Tiergarten. Engagierte und Freiwilligenorganisationen können sie nutzen, um auf sich aufmerksam zu machen, Schnupperangebote ins Engagement anzubieten oder Freiwillige zu gewinnen. [jg]

- ▶ DNR, Juliane Grüning, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: juliane.gruening@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ EJF 2011, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 24089202, E-Mail: ejf2011@bag-wohlfahrt.de, www.efj2011.de
- ▶ www.kurzlink.de/ejf-freiwilligentour

Unfallversicherung

Sind Naturschützer geschützt?

■ Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat im Juni eine Broschüre zur gesetzlichen Unfallversicherung ehrenamtlich Engagierter veröffentlicht. Gesetzlicher Unfallversicherungsschutz besteht zum Beispiel bei einer Kröten-schutzaktion, wenn sie im Auftrag der Naturschutzbehörde stattfindet. Spezielle Fragen beantwortet ein Bürgertelefon. [mb]

- ▶ BMAS: Unfallversichert im freiwilligen Engagement. Bonn 2011, 45 S., kostenlos. Bezug: Tel. +49 (0)1805 / 7780-90, Fax -94 (Best.-Nr. A 329). Download: www.kurzlink.de/bmas-a329.pdf
- ▶ Bürgertelefon zur Unfallversicherung im Ehrenamt: Tel. +49 (0)1805 / 676711

REZENSIONEN

Denkhorizonte jenseits des Wachstums

In der neuen Wachstumsdebatte hat die Globalisierungskritik eine starke Stimme. Einige ihrer VordenkerInnen haben nun erstmals zusammengetragen, wie die kommende „Postwachstumsökonomie“ aussehen könnte. Der Band eröffnet Einblicke in eine vielfältige Debatte.



■ Ausgewachsen! – schon im Titel dieses Sammelbandes steckt die Grundthese, von der alle 16 Aufsätze ausgehen: Es gibt keine Alternative zum Ausstieg aus dem Wirtschaftswachstum.

Es gehe, so heißt es in der Einleitung, lediglich noch darum, ob diese Postwachstumsökonomie als Katastrophe über uns hereinbricht oder politisch bewusst gestaltet wird. Als Projekt von Attac geht es dem Buch nicht an erster Stelle um das theoretische Fundament einer solchen Postwachstumsökonomie, sondern vor allem um ihre praktische Gestaltung. Im Gegensatz zu anderen Strömungen der Wachstumskritik sehen die HerausgeberInnen diese als ein „kämpferisches, viele von uns würden sagen antikapitalistisches Projekt“. Denn ohne Steuerung gehe die unausweichliche Schrumpfung der Wirtschaft zulasten der Ärmsten und Schwächsten der Weltgesellschaft.

Die Eckpfeiler dieser politischen Gestaltung stehen im Untertitel des Buches: „Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.“ Damit sind Anspruch und Herausforderung der AutorInnen benannt: Die Wirtschaft, die ohne Wachstum auskommt, muss ökologisch und sozial gerecht sein. Und was dies genau heißt, hängt davon ab, was unter einem guten Leben verstanden werden kann.

Das Projekt hat auch noch eine weitere Dimension: Eben weil es um die Neugestaltung nicht nur der Wirtschaft, sondern der gesamten Gesellschaft geht, muss der Prozess demokratisch ablaufen. Das Nachdenken über die Postwachstumsökonomie erfordere „ein hohes Maß an demokratischer Mitbestimmung und eine Stärkung der Zi-

vilgesellschaft als kreativem und partizipatorischem Ort der Zukunftsgestaltung“. Die HerausgeberInnen sprechen hier von einer „solidarischen Postwachstumsökonomie“.

Dem Projekt nähern sich die AutorInnen von verwirrend unterschiedlichen Seiten und aus der Perspektive sehr verschiedener Debatten heraus. Zwar gibt der einleitende Text ein wenig Orientierung, indem er die Grundfragen benennt, die in der Postwachstumsdebatte diskutiert werden, und der Leserin einen groben Überblick über die unterschiedlichen Richtungen der Wachstumskritik gibt. Hilfreich ist dabei auch der sehr klare Überblicksartikel von Niko Paech. Um aber die einzelnen Beiträge einordnen zu können, braucht es mehr theoretisches Hintergrundwissen – zumal die Beiträge sehr kurz und von sehr unterschiedlicher Qualität sind und oft nur Ideenskizzen bieten.

Gerade aber die Breite der Ansätze und Perspektiven ist sehr spannend. Diskutiert werden so unterschiedliche Ideen wie eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die „Demonetarisierung“ der Gesellschaft, die demokratische Kontrolle aller gesellschaftlichen Investitionen oder eine Ausweitung von Gemeingütern. Erklärtermaßen will der Sammelband auch gar keine ausformulierte, widerspruchsfreie Position darstellen, ja, er hält die Vielzahl von theoretischen Ideen und praktischen Ansätzen gerade für notwendig.

Das Buch vermittelt einen Eindruck von den komplexen Fragen, die eine Postwachstumsgesellschaft beantworten muss. Die Aufsätze sollen „Denkhorizonte ermöglichen“. Den meisten gelingt das gut. [Eva Mahnke]

► Rätz, W.; von Egan-Krieger, T. u. a. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. VSA, Hamburg 2011, 192 S., 15,80 €, ISBN 978-3-89965-430-1

Großstadtgartenidylle

Während die große Politik im alten Denken verharrt, entstehen in vielen Stadtteilen Pflanzenparadiese, die Selbstorganisation und Ernährung, Energiewende und Kultur verbinden.



■ Grüne Oasen in großen Städten erreichen eine neue Blüte, glaubt man den „zeitdiagnostischen Beobachtungen“ des Sammelbandes „Urban Gardening“. Die Soziologin Christa Müller beschäftigt

sich schon seit vielen Jahren mit dem Gärtnern als politischer Handlungsform – sei es als interkultureller Begegnungsstätte, neu entdeckter Subsistenzwirtschaftsform oder gemeinschaftlichem Sozialraum. Zusammen mit 25 weiteren AutorInnen – darunter Niko Paech, Veronika Bennholdt-Thomsen und Martin Held – hat sie der Rückkehr der Gärten in die Stadt ein 350 Seiten starkes Buch gewidmet.

Neben wissenschaftsbetonten Texten über Urbanität und Beiträgen zu ökonomischen, soziokulturellen und politischen Aspekten verlocken Berichte über verschiedene Gartenprojekte dazu, gleich selber loszulegen und Teil der „neuen weltweiten Gartenbewegung“ zu werden. Fotos vom Berliner Prinzessinnengarten, den internationalen Stadtteilgärten in Hannover, aus München-Neuperlach, Dessau und Göttingen veranschaulichen, dass Gärtnern nicht nur regionale Nahrungsmittelerzeugung ist, sondern auch politisch sein kann. Die selbst gezogene Zucchini entlastet die Haushaltskasse, erspart im postfossilen Zeitalter aber auch lange Transportwege. Die an Kapitalerwirtschaftung orientierte Stadtplanung muss mit renitenten AnwohnerInnen rechnen, die Tomaten pflanzen, wo die durchstrukturierte Stadtlandschaft Lücken aufweist. Umgekehrt sieht man AktivistInnen mit Lastenfahrrädern durch die Stadt radeln, um einen gerade vertriebenen Nachbarschaftsgarten umzuziehen, weil ►

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Jetzt als
Buchreihe



Anders arbeiten

Erwerbsarbeit zehrt Mensch und Natur gleichermaßen aus. Wer Arbeit hat, schuftet oft bis zum Burnout, gleichzeitig führen uns Klimawandel und Ressourcenengpässe immer deutlicher vor Augen, dass wir nicht so weiter wirtschaften können wie bisher. Konzepte für andere Arbeitsformen gibt es genug und die Bereitschaft, sie auszuprobieren, wächst. Die Autor(inn)en von »Anders arbeiten« zeigen, welche Konzepte für ein nachhaltiges Arbeiten Mensch und Natur aufatmen lassen, und warum die Chancen auf ihre Umsetzung nie besser standen.

Mit Beiträgen von K. M. Meyer-Abich, E. Senghaas-Knobloch, G. Werner & A. Goehler, A. Biesecker & A. Baier, P. Spiegel, F. Bergmann u.v.m.



Anders arbeiten
politische ökologie (Band 125)
144 Seiten, 16,90 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-256-8

Erhältlich bei
www.oekom.de, kontakt@oekom.de

oekom
verlag

am ursprünglichen Ort politisch mächtigere Kräfte walteten. Da braucht es Asyl für Pflanzen und auch für Menschen, die sich auf lokaler Ebene sehr konkret mit nachhaltigem Wirtschaften beschäftigen.

Die große Politik ist zu weiten Teilen noch damit beschäftigt, die neoliberale Globalisierung voranzutreiben, und kann sich nur schwer vom unsozialen, unökologischen Wachstumsdenken verabschieden. Währenddessen entstehen an vielen Orten partizipative, eigenmächtige und umweltschonende Pflanzenparadiese. Beim Wühlen in der Erde gelingt die „Verabredung mit dem Leben“ und das eigene Tun bekommt im Zusammenspiel mit der Natur neben der durchaus widerspenstigen auch eine spirituelle Note, wie Ursula Richard in ihrem Beitrag schreibt.

Weil das urbane Gärtnern überall interessante Blüten treibt, schließt das Buch mit einer Liste von Internetadressen der Bewegung. Fazit: Eine andere Welt ist pflanzbar!

[Juliane Grüning]

► Müller, C. (Hrsg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. oekom, München 2011, 252 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-244-5. www.urban-gardening.eu

Die Finanzkrise ist nur eine von vielen



■ Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Energie- und Ernährungskrise, Krise der Lebensweise, des Staates ... Vieles ist in der Krise, sagt ein Blick auf den Einband, und der Blick ins

Inhaltsverzeichnis verspricht Analysen in 13 Einzelbeiträgen verschiedener AutorInnen. Gemeinsam ist allen Krisen, dass sie „im finanzmarktdominierten Kapitalismus“ stattfinden, so der Untertitel.

Sechs Thesen möchten die HerausgeberInnen der LeserIn nahebringen: Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist keines-

wegs zu Ende. Neben ihr gibt es zahlreiche weitere Krisen. Es ist notwendig, nach dem Zusammenhang zwischen ihnen zu fragen. Die Krisen betreffen immer auch soziale Lebenszusammenhänge und können aus unterschiedlichen Perspektiven gedeutet werden. Die Analyse und Kritik muss auch die Krisenbearbeitung einschließen. Krisen können sowohl emanzipatorische als auch anti-emanzipatorische Politik stärken.

Der Kapitalismus ist für die Einzelkrisen nicht äußerer Rahmen, sondern innerer Zusammenhang. Die Einzelkrisen werden in dem Band als multiple Krise behandelt – als „Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse“. Umstritten ist dabei, ob es sich um eine „große“ oder eine „kleine“ Krise handelt und ob die aktuellen Krisenprozesse den Beginn einer neuen Phase oder das Ende des Kapitalismus darstellen. Bedeutsam ist die Frage, wie soziale Bewegungen die Krisenprozesse über eine Vernetzung hinaus nutzen können – denn die durch Krisen entstehenden Chancen führen derzeit nur selten zu emanzipatorischen Veränderungen. Die Krise bisheriger Formen der geschlechtlichen Arbeitsteilung führt beispielsweise zu einer noch stärkeren „Feminisierung von Verantwortung“.

Die VerfasserInnen beleuchten den inneren Zusammenhang zwischen verschiedenen Krisenerscheinungen, berücksichtigen aber auch die unterschiedlichen Erfahrungen der Geschlechter und die unterschiedliche Dynamik in einzelnen Regionen und Wirtschaftssektoren. Durch die in den Beiträgen meist zweidimensionale Analyse des Zusammenhangs zwischen Krisen – also etwa zwischen ökonomischer und ökologischer Krise oder zwischen Finanz- und Ernährungskrise – entsteht ein mehrdimensionales Bild heutiger Krisenprozesse im Spannungsfeld von Globalem und Lokalem. Die Einzelkrisen verschärfen und beschleunigen sich gegenseitig.

Den Einzelbeiträgen des Bandes liegen unterschiedliche theoretische Herangehensweisen zugrunde. Die historische Einordnung aktueller Krisenprozesse sowie Hinweise auf bestehende Zusammenhänge stützen aber einen Kerngedanken, der sich

als roter Faden durch das Buch zieht: Die Externalisierung der Reproduktion von menschlicher Arbeit und Natur führt auf die Dauer zu Krisen in allen Bereichen des menschlichen Wirtschaftens und auch des Politischen.

Während die Krisen in der Theorie unterscheidbar sind, verschmelzen sie in der Praxis – vor allem in Ländern des globalen Südens – zu einer „komplexen Notlage“. Die verschiedenen Krisen verstärken sich nicht nur gegenseitig, sie steigern auch soziale Ungleichheiten. Die vorherrschenden Formen der Krisenbearbeitung verstärken diese beiden Tendenzen. Das Buch beleuchtet diese Prozesse und versammelt Argumente, die Krisenanalysen mit Gesellschaftskritik verbinden. **[Beate Friedrich]**

- ▶ Demirovic, A.; Dück, J.; Becker, F.; Bader, P. (Hrsg.): *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. VSA, Hamburg 2011, 232 S., 16,80 €, ISBN 978-3-89965-404-2

Virtuelles Wasser ganz real

■ „Weniger Wasser im Einkaufskorb.“ Darum geht es im neuen Ratgeber der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz (VDG), der sich mit dem sogenannten virtuellen Wasser beschäftigt. Das ist der Wasserverbrauch, den wir mit dem Kauf von Produkten an oft sehr weit entfernter Stelle verursachen. Das Booklet legt denn auch seinen Schwerpunkt auf das Konsumverhalten des Lesers und versucht diesen genau dort abzuholen. Das gelingt gut, zumal das Heft nicht mit starren Fakten und erhobenem Zeigefinger arbeitet, sondern mit einer übersichtlichen Gliederung, vielen Hintergrundinformationen, ansehnlichen Fotos und gut gestalteten Grafiken. So bietet das Heft auch Laien einen Leitfaden, um den eigenen Wasserverbrauch im Alltag zu reduzieren. Gedacht ist es vor allem für die Umweltbildung.

[Hans-Magnus Preuß]

- ▶ Matzke-Hajek, G.: *Virtuelles Wasser. Weniger Wasser im Einkaufskorb*. VDG, Bonn 2011, 40 S., 3,80 €, ISBN 978-3-937579-34-4. Bezug: www.virtuelles-wasser.de/ratgeber.html

INTERNET

Montreal, Basel, Kyoto, Nagoya

■ Multilaterale Umweltabkommen (MEA) haben jetzt ein gemeinsames Portal: InforMEA enthält alle

Entscheidungen und Dokumente von 17 UN-Konventionen zu Biodiversität, Klimaschutz und Chemikalien. Zu Themen wie Agrobiodiversität oder „Exportgenehmigungen und Zertifikate“ sind nun alle Dokumente auf einen Blick zu finden. Hinzu kommen Nachrichten, Termine und Kontaktadressen. Federführend bei InforMEA ist die UN-Umweltbehörde UNEP. **[mb]**

- ▶ www.informea.org

Über Lebensstile in Europa debattieren

■ In der Strategie „Europa 2020“ hat die EU ihre Ziele für dieses Jahrzehnt festgelegt. Ob Agrar- oder Industriepolitik: Die Folgen werden für alle BürgerInnen spürbar sein. Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung will mit ihrer Webseite vote-europe.net möglichst viele Menschen an der Diskussion über die Europa-2020-Strategie beteiligen. Im VoteEurope-Parlament finden Abstimmungen zu Themen wie Nachhaltigkeit oder Lebensstil statt. Ebenso gefragt ist aber, andere von der eigenen Position zu überzeugen oder interessante Ideen beizusteuern – auf Deutsch oder in fünf anderen Sprachen. **[mb]**

- ▶ www.vote-europe.net

Ressourcen für solidarische Lebensweisen

■ Immer mehr Projekte widmen sich dem solidarischen Wirtschaften und der Wiederentdeckung der Gemeingüter. Bisher fehlt es aber an der Vernetzung. Die selbstorganisierte Plattform Vivir Bien will das ändern. Die Projekte sind in thematischen Karten verzeichnet, Ernährung und Wissen sind bisher die wichtigsten Bereiche. **[mb]**

- ▶ <http://vivirbien.mediavirus.org>

Impressum

umwelt aktuell August/September 2011
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 % **Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb], Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Antje Mensen [am], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Hans-Magnus Preuß [hmp], Eva Mahnke [em], Franziska Lindner [fl], Sina Lengelsen [sil], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes (UWD), Gonzalo Ortiz/Johanna Treblin/Amantha Perera [IPS]. **Service:** Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 48

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gottlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

AUGUST

17.–21.08., Berlin (D)

Perspektiven nachhaltiger**Lebenskunst. Festival**

- ▶ Kulturstiftung/HKW, Tel. +49 (0)30 /

39787217, E-Mail: info@ueber-lebenskunst.org, www.ueber-lebenskunst.org

26.08.–04.09., Kerpen-Manheim bei Köln (D)

Internationales Klimacamp im Rheinischen Braunkohlerevier

- ▶ www.klimacamp2011.de

28.08.–04.09., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Sehnsuchtsort Land. Ökologische Einkehrtage

- ▶ Beate und Hubert Weinzierl Stiftung, Tel. +49 (0)9966 / 555, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

29.–31.08., Vilm bei Rügen (D)

Europa 2020: Nachhaltiges Wachstum und grüne Infrastrukturen. Ansatzpunkte für die naturschutzbezogene Förderpolitik. Workshop

- ▶ Bundesamt für Naturschutz, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86112, E-Mail: martina.finger@bfv-vilm.de, www.bfv.de

SEPTEMBER

01.09., Dessau (D)

Erneuerbare Energien und Ökostrom. Workshop

- ▶ BMU/Martin-Luther-Universität Halle, Mira Müller, E-Mail: mira.mueller@uni-halle.de, www.sozpsy-forschung.psych.uni-halle.de

01.09., Suderburg/Lüneburger Heide (D)

20. Altlastentag Hannover 2011. Workshop

- ▶ Landeshauptstadt Hannover/Ostfalia; GWK, Ulrich Eggert, Tel. +49 (0)511 / 954370, E-Mail: info@eggertgwk.de, www.altlastentag.de

08.–09.09., Berlin (D)

Sauber, leise, klimaneutral: Was kann die kommunale Verkehrspolitik leisten? Seminar

- ▶ Deutsches Institut für Urbanistik, Sylvia Bertz, Tel. +49 (0)30 / 39001-258, Fax -268, E-Mail: bertz@difu.de, www.difu.de

09.09., Kassel (D)

Regionale Anforderungen an Tourismus und**Naturschutz. Entwicklungsmöglichkeiten und Impulse in Regionen. Workshop**

- ▶ Ökologischer Tourismus in Europa, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359008, E-Mail: info@oete.de, www.oete.de

09.–11.09., Rehburg-Loccum bei Hannover (D)

Wald – mehr als Holz. Nutzungsoptionen und Gestaltung unserer Wälder. Tagung

- ▶ Evangelische Akademie Loccum, Tel. +49 (0)5766 / 81-0, www.loccum.de

13.09., Brüssel (B)

The future for European Environmental Policy: what role for the Resource Efficiency Roadmap and what role for the Environment Action Programme? Workshop

- ▶ Institut bruxellois pour la gestion de l'environnement (IBGE), Fabienne Dupagne, E-Mail: fdu@ibgebim.be, www.bruxellesenvironnement.be

13.–14.09., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Entwicklung von Gewässerauen. Auswahl, Planung und Gestaltung geeigneter Maßnahmen. Seminar

- ▶ NNA, E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de

15.09., Berlin (D)

Wie viel (Green) Economy verträgt die Biosphäre? Schutz und Nutzung von Wäldern. Workshop

- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung, Claudia Kabel, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, E-Mail: c.kabel@forumue.de, www.forumue.de

16.–18.09., Schwerte bei Dortmund (D)

Lebenswert und zukunftsfähig?**Künstliche Produkte in Lebens-Bereiche. Tagung**

zu Ökobilanzen und Synthetischer Biologie

- ▶ Evangelische Akademie Villigst, Ulrike Pietsch, Tel. +49 (0)2304 / 755-325, Fax -318, E-Mail: u.pietsch@kircheundgesellschaft.de, www.kircheundgesellschaft.de

21.–23.09., Bergisch Gladbach (D)

Deutscher Landschaftspflegetag 2011. Tagung

- ▶ Deutscher Verband für Landschaftspflege, Ansbach, Tel. +49 (0)981 / 4653-3540, Fax -3550, E-Mail: sekretariat@lvpv.de, www.lvpv.de

21.–25.09., Bad Urach/Schwäbische Alb (D)

Qualität zählt. Gewinn für Natur und Mensch. Europarc-Konferenz 2011

- ▶ Europarc, E-Mail: info@europarc2011.com, www.europarc2011.com

22.–23.09., Hamburg (D)

B.A.U.M.-Jahrestagung 2011 mit Preisverleihung

- ▶ Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management, Anne Rapp, Tel. +49 (0)40 / 4907-1103, Fax -1199, E-Mail: jahrestagung@baumev.de, www.baumev.de/umweltpreis

22.–24.09., Koblenz (D)

11. Kommunale Klimaschutz-Konferenz

- ▶ Klima-Bündnis, Stephanie Sternheimer, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 717139-0, Fax -93, E-Mail: s.sternheimer@klimabuendnis.org, www.klimabuendnis.org (DE – Veranstaltungen)

23.–25.09., Tutzing am Starnberger See (D)

Postfossile Revolution. Abschied vom fossilen Kapitalismus. Tagung

- ▶ Evangelische Akademie Tutzing, Susanna Satzger, Tel. +49 (0)8158 / 251-126, E-Mail: satzger@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

28.–29.09., Dresden (D)

Biogas aus Abfällen und Reststoffen. Tagung

- ▶ FAA, Ulrike Lange, Tel. +49 (0)3501 / 5300-41, Fax -17, E-Mail: ulrike.lange@tu-dresden.de, www.faa-tagungen-dresden.de

OKTOBER

13.–14.10., Tulln an der Donau (A)

2nd Meeting of the European Network on Soil Awareness (ENSA)

- ▶ Umweltbundesamt, Monika Tulipan, Wien, Tel. +43(1) 313043661, E-Mail: monika.tulipan@umweltbundesamt.at, www.bodeninfo.net

15.10., Berlin (D)

Natürlich engagiert! Forum für Umweltinteressierte. EKF2011-Vortragsreihe

- ▶ Deutscher Naturschutzring und MItgliedsverbände, Juliane Grüning, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: juliane.gruening@dnr.de, www.dnr.de

20.10., Berlin (D)

Ja zu einer europäischen Bodenschutzrichtlinie. Tagung

- ▶ Deutscher Naturschutzring/Europäisches Umweltbüro; DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de/termine/dnr

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Corporate Citizenship

Imagepolitik oder zukunftsweisende Partnerschaften?

Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Kooperation mit Nonprofitorganisationen hat eine lange und vielfältige Tradition. Neuere Strömungen der langfristigen Zusammenarbeit sind Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility. In beiden Modellen stecken Chancen und Risiken. Entscheidend für das Gelingen ist stets die Transparenz.

□ Das Mäzenatentum, bereits im alten Griechenland praktiziert, hat sich in jüngerer Zeit in ein Netz aus Sponsoring, partnerschaftlicher Zusammenarbeit, Imagegewinn, Wissens- und Technologiefortschritt und verantwortlichem Handeln gegenüber der natürlichen und sozialen Umwelt verwandelt. Der Begriff dafür ist Corporate Citizenship (CC).

Im klassischen Sponsoring ist der Verwendungszweck inhaltlich nicht mit der Arbeit des Mäzens verknüpft. Stattdessen steht der Austausch „Geld für Kunst“ oder „die Trikots der Dorffußballmannschaft gegen den Imagegewinn des Geldgebers“ im Zentrum. Das heutige Corporate Citizenship lässt sich dagegen als mittel- oder langfristige Strategie bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beschreiben. Durch CC verknüpft sich ein Unternehmen im Idealfall gesellschaftlich und ökologisch positiv mit dem Gemeinwesen, in dem es tätig ist.

Eine der zentralen Charakteristika von CC-Aktivitäten ist die direkte Verbindung vom Kerngeschäft des Geldgebers mit dem Thema des Projekts. So spendete die Firma Bosch bereits im Jahre 1910 der Technischen Hochschule Stuttgart eine Million Mark zur Gründung einer Stiftung – unter der Bedingung, dass 40 Prozent der Zinserträge dem Fach Elektrotechnik zugutekommen. Im Gegensatz zu Corporate Social Responsibility (CSR) liegt der Schwerpunkt der Projekte dabei in der Gesellschaft und nicht im Unternehmen selbst, bezieht also beispielsweise den Umgang mit den Mitarbeitern oder den Herstellungsprozess der Produkte nicht unbedingt mit ein. Die Definitionen sind nicht exakt festgeschrieben; Übergangs- und Mischvarianten erschweren die exakte Zuordnung. Die Drogeriemarktkette DM

etwa lobt in Kooperation mit der Unesco-Kommission den Wettbewerb „Ideen Initiative Zukunft“ aus und prämiert Projekte, die sich für eine lebenswerte Welt von morgen einsetzen, mit insgesamt 1,5 Millionen Euro. Eine klassische Mischvariante: Der Nachhaltigkeitswettbewerb selbst hat mit Drogerieartikeln nichts zu tun, firmenin-

THEMENHEFT: CORPORATE CITIZENSHIP

tern bemüht sich das Unternehmen zusätzlich um mehr eigene Nachhaltigkeit.

Chancen und Stolpersteine – genaue Absprachen helfen

Rund die Hälfte der bereits engagierten Firmen kooperiert mit Nonprofitorganisationen oder staatlichen Akteuren, ermittelte eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Titel „Monitor Engagement – Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland“. Diese Vernetzungen und Partnerschaften können zu intensiver Zusammenarbeit und effektiver Projektarbeit zum wechselseitigen Nutzen führen. Im Austausch mit den jeweiligen Experten können Unternehmen für sie wichtige Entwicklungen nachvollziehen und vorausschauend handeln. Zusätzlich können der Austausch von Information und Erfahrung unternehmensintern nachhaltige Veränderungsprozesse anstoßen.

Die Zusammenarbeit mit Unternehmen erfordert speziell vom Standpunkt einer Nonprofitorganisation aus Mut und überlegtes Vorgehen. Die eigene Glaubwürdigkeit, und damit das größte Kapital jeder NGO, wird schnell in Zweifel gezogen. Dabei bietet die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft die Möglich-

keit, nicht nur konkrete Projekte durchzuführen, sondern auch direkt mit den Beteiligten Wege aus gesellschaftlichen oder ökologischen Missständen zu finden. Nach der sorgfältigen Recherche über die an der Kooperation Beteiligten und der genauen Festlegung, wer im Rahmen des Projektes welche Kompetenzen hat, ist die wichtigste Voraussetzung Transparenz in der internen und externen Kommunikation. Dabei ist neben den inhaltlichen Aspekten auch die Art der Verbreitung von Information entscheidend. Nicht nur das eigentliche Projekt mit seinen Zielen und Maßnahmen, sondern auch die Herkunft der Berichterstattung sollte für alle nachvollziehbar sein. Sonst entsteht auch bei den altruistischsten Ideen und Inhalten leicht ein fader Beigeschmack, der die Glaubwürdigkeit aller Beteiligten schmälert.

Politische Impulse auf dem Weg

Auch bei der Politik wächst das Interesse am Unternehmensengagement. Im Oktober letzten Jahres veröffentlichte das Bundeskabinett die Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen in Form des Aktionsplans CSR. Kernpunkt des Papiers ist die Aussage, dass sich CSR für Unternehmen und Gesellschaft gleichermaßen lohnt, da gemeinsame Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen und gemeinsame Lösungen für nachhaltige Entwicklungen gefunden werden können. Insgesamt definierte das Bundeskabinett vier Handlungsfelder:

- ▷ „Gute Arbeit“, also den guten Umgang mit den eigenen Mitarbeitern etwa bei der Schwierigkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren.
- ▷ Verbesserte Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen und die Einhaltung der Menschenrechte in den Produk-

tionsländern stehen im Fokus des Handlungsfeldes „Globalisierung“.

- ▷ „Verbraucherinformation“ ist ein Handlungsfeld zur Verifizierung von Gütesiegeln und Initiativen. Auch der Wettbewerb der Unternehmen untereinander soll hier gefördert werden.
- ▷ CSR hat neben der sozialen auch eine ökologische Komponente: „Nachhaltiges Wirtschaften und Umweltmanagement“ beinhaltet Kriterien für ökologische Unternehmensverantwortung. Auch bei den Vereinten Nationen wird seit Jahren versucht, das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen klarer zu

strukturieren und nachvollziehbare Kriterien einzuführen. Der United Nations Global Compact ruft Unternehmen weltweit dazu auf, zehn Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechten, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung umzusetzen. Der Global Compact versteht sich dabei als freiwillige Lern- und Dialogplattform. Mit dem Beitritt erklären ein Unternehmen oder eine Organisation, die zehn Global-Compact-Prinzipien innerhalb ihres Einflussbereiches als Katalog von Grundwerten umzusetzen. Die zehn Prinzipien leiten sich aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Erklärung

über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisationen ILO und den Grundsätzen der Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung ab. Mit mehr als 6.000 teilnehmenden Unternehmen ist der Global Compact heute das weltweit größte Netzwerk für unternehmerische Verantwortung. Auch das Positionspapier der ANU zur Kooperation mit der Wirtschaft beruht auf diesen Grundlagen. [Lisa Hübner]

- ▷ www.unglobalcompact.at
- ▷ www.csr-in-deutschland.de
- ▷ www.umweltbildung.de/6029.html

BLICKPUNKT

Leuchtpol – ein Corporate-Citizenship-Projekt

Der Arbeitskreis Natur- und Umweltbildung hat vor drei Jahren mit finanzieller Unterstützung der Eon AG die Schirmherrschaft für die Arbeit der Leuchtpol gGmbH übernommen. Erklärtes Ziel von Leuchtpol ist es, Bildung für nachhaltige Entwicklung in 4.000 deutschen Kindergärten zu verankern. Das umfangreiche Projekt zieht bisher eine ausgesprochen positive Bilanz.

□ Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V. (ANU) hat sich Ende 2008 nach intensiven internen Debatten basisdemokratisch für das herausfordernde Projekt entschieden: Finanziell in mehrstelliger Millionenhöhe gefördert im Rahmen der Corporate Citizenship (CC) der Eon AG, gründete die ANU als alleinige Gesellschafterin die gemeinnützige Projektgesellschaft Leuchtpol. Das Ziel: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in die deutschen Kindergärten bringen.

Voraussetzung war und ist dabei die inhaltliche Unabhängigkeit Leuchtpols von Eon. Das wurde durch einen Vertrag festgeschrieben, an den sich beide Partner penibel halten. Qualität wird bei Leuchtpol großgeschrieben, das Projekt wird vom Institut für integrative Studien (Infis) der Leuphana-Universität Lüneburg wissenschaftlich begleitet. Wie die aktuelle Evaluation beweist, ist Leuchtpol sehr wirkungsvoll, hat eine hohe Multiplikatorenwirkung über die Fortbildungen hinaus und wird von den teilnehmenden ErzieherInnen als nützlich sowohl für die

eigene pädagogische Praxis wie auch für die persönliche Entwicklung angesehen. Auch macht Leuchtpol es möglich, BNE sowohl in Gesprächen mit Stakeholdern als auch durch gezielte Presse- und Medienarbeit breitenwirksam zu kommunizieren. Kommunikative Risiken müssen dabei aber sorgfältig beachtet werden. „Dies war in den vergangenen Monaten durch die zunächst vereinbarte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und Fukushima nicht immer einfach. Doch selbst in solch schwierigen Phasen hat sich die Kooperation mit Eon als tragfähig bewiesen“, so Inga Cordes, Geschäftsführerin von Leuchtpol.

Ohne Zweifel ist der Abstimmungsaufwand für ein so ungewöhnliches Projekt zwischen den Projektbeteiligten tendenziell hoch. Ein Vorteil der heterogenen Zusammenarbeit ist aber auch, dass im Konzern selbst viele MitarbeiterInnen mit den Ideen von BNE in Berührung kommen, die sonst wohl kaum erreicht würden. Die Kooperation gibt der ANU immer wieder Gelegenheit, sich mit Vertretern des Konzerns auf Leitungsebene in offener Atmosphäre über zentrale Fragen, zum Beispiel zum gegen-

seitigen Nachhaltigkeitsverständnis auszutauschen. Auch wenn man dabei auf das Geschäft der global agierenden Förderin nicht direkten Einfluss nehmen kann, ist dies ein wichtiger Aspekt der Kooperation.

Die vorläufige Bilanz: Der wichtige Meilenstein „2.000 Leuchtpol-Kitas“ konnte bereits vorzeitig im Juni dieses Jahres erreicht werden. Und auch hinsichtlich des Ziels, bildungspolitische Impulse für Curricula und Rahmenpläne zu geben, können erste Erfolge verbucht werden. So soll es auch nach 2012 mit Leuchtpol weitergehen, denn schon heute zeigt sich, dass der Bedarf von Kitas zu Bildung für eine nachhaltige Entwicklung weit höher ist als er im Rahmen der aktuellen Vereinbarung erfüllt werden kann. Deshalb gilt es jetzt, die strategischen und finanziellen Weichen zu stellen, damit dieses ungewöhnliche wie erfolgreiche Projekt weitergehen kann und im Sinne von BNE und der guten Zusammenarbeit von NGOs und Wirtschaft Nachahmer findet.

- ▷ Leuchtpol gGmbH, Frankfurt/M., E-Mail: kommunikation@leuchtpol.de, www.leuchtpol.de

ANU AKTUELL

Baden-Württemberg**25 Jahre Ökostation Freiburg**

□ Seit 1986 ist sie aus Freiburg und der Region nicht mehr wegzudenken – die Ökostation des BUND. Als außerschulischer Lernort und Bürgerzentrum in Sachen Umwelt hat sie sich längst einen Namen gemacht. Rund 15.000 Menschen besuchen jedes Jahr das baubiologische Haus und den Biogarten. Damit Umweltbildung für die breite Bevölkerung zugänglich bleibt, braucht sie Förderer. Mittelbeschaffung ist deshalb eine Daueraufgabe. Networking ist das Zauberwort, davon ist das Leitungsteam überzeugt. Im Lauf der Jahre ist es ihm gelungen, ein Netz aus Partnern und Förderern aufzubauen, ohne die diese Bildungsangebote nicht möglich wären. Die Stiftung Naturschutzfonds und die Stadt Freiburg mit ihren verschiedenen Ämtern sind die Hauptunterstützer. Weitere Mittel und Projektgelder kommen vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, dem Naturpark Südschwarzwald, dem BUND-Landesverband, mehreren Landesministerien, von der Abfallwirtschaft, der Badenova, von Stiftungen und einem Kreis aus Fördermitgliedern. Seit 2010 gibt es auch eine Projektförderung durch die EU für das grenzüberschreitende deutsch-französische Projekt „Eine Natur, zwei Sprachen, ein Netzwerk“.

▷ www.oekostation.de

Mecklenburg-Vorpommern**ANU und Jugendherbergen kooperieren in Sachen BNE**

□ In Mecklenburg-Vorpommern haben die Landesverbände des Deutschen Jugendherbergswerkes (DJH) und der ANU am 27. Mai eine Kooperation vereinbart. Beide Partner wollen künftig gemeinsam die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Jugendherbergen stärken. Dabei

sollen außerschulische Lernorte sowie freiberufliche Umweltbildner – die klassische Klientel der ANU – eingebunden werden. Durch eine Mitgliedschaft auf Gegenseitigkeit wurde die Kooperation besiegelt. Mit 27 Jugendherbergen, einem Jugendzeltplatz, rund 450.000 Übernachtungen im Jahr und 200 Beschäftigten ist der DJH-Landesverband der größte Jugendtourismusanbieter des Bundeslandes. Die Jugendherbergen verstehen sich als Teil einer weltumspannenden Idee, die mit über 4.000 Häusern in mehr als 80 Ländern für Begegnung, Austausch, Toleranz und Verständigung steht.

- ▷ www.umweltbildung-mv.de
- ▷ www.jugendherbergen-mv.de

Bayern**LBV eröffnet neues Umweltzentrum am Rothsee**

□ Direkt am Ufer des Rothsees im fränkischen Seenland hat neben Segelzentrum und Badestrand die neue Umweltstation ihre Tore für Schulklassen, Kindergarten- und interessierte Touristen geöffnet. Gebäude, Außengelände und Programmangebote sind so gestaltet, dass Menschen mit und ohne Handicap gemeinsam Natur, Umwelt und nachhaltige Lebensstile erleben können. Die Themenpalette ist dabei breit gefächert: Angebote zu den natürlichen Lebensräumen Wasser, Sand, Wiese und Hecke stehen ebenso auf dem Programm wie die Themen Klima, Energie, Ernährung, fairer Handel oder Teambildung im stationeigenen Drachenboot. Der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit des pädagogischen Teams rund um Chefin Magdalena Hauselt liegt in der Verknüpfung von integrativen, umwelt- und erlebnispädagogischen Ansätzen in Verbindung mit der Vermittlung von Kompetenzen und Werten in den individuell an die Bedürfnisse der Gruppen angepassten Programmen.

▷ www.rothsee.lbv.de

Sachsen**Biosphaerium Elbtalae eröffnet Biberzentrum**

□ Seit dem 8. Juni ist die Biberanlage des Biosphaeriums in Bleckede an der Elbe für Besucher zugänglich. Gemäß dem Anspruch, als Informationszentrum für das Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalae „einen Blick mehr“ in die Region zu ermöglichen, können Besucher nun den Elbebiber im Wasser, an Land und in seiner Burg erleben. Hierzu wurde eine großzügige und artgerecht ausgestaltete Biberanlage errichtet. Deren Herzstück ist die Biberburg mit der Biberhöhle, dem „Kessel“. Die Biberburg grenzt direkt an einen Neubau, den Biberbau. Die Besucher tauchen in eine biberburgähnliche Atmosphäre ein: Böden und Wände sind in Naturfarben gehalten oder mit Lehm verputzt; beim Gang durch einen auf menschliche Größe gezogenen Biberkessel erzählen Töne und kurze Filme vom Biberleben.

▷ www.biosphaerium.de

WISSENSWERT

Schule |**Neues Waldprojekt**

□ Opel unterstützt das Projekt „Ein Baum für jedes Kind“ der Deutschen Umweltstiftung, das im Jahr des Waldes bundesweit Waldprojekte an Grundschulen fördert. LehrerInnen erhalten dazu umfangreiche didaktische Materialien. So können Klassen das Ökosystem Wald und seine Bedeutung für das Klima auf praktische und kindgerechte Weise erarbeiten. Als Höhepunkt darf jeder Schüler „seinen“ ganz persönlichen Baum pflanzen. Die Teilnahme für die Schulen ist kostenlos, Klassen können sich über ein Formular im Internet für eine Teilnahme bewerben.

▷ www.deutschemweltstiftung.de

Schule II

Unterrichtsmaterialien zum Ökologischen Fußabdruck

□ Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) hat in Zusammenarbeit mit der Kampagne Multivision e.V. Unterrichtsmaterialien zum Thema Ökologischer Fußabdruck erstellt. Die Materialien zu Energie- und Ressourcenverbrauch, Flächennutzung, Globalisierung und Klimawandel sind nach Prinzipien des entdeckenden Lernens aufgebaut und können fächerübergreifend in Geografie, Sozialkunde, Wirtschaft, Geschichte, Ethik und in naturwissenschaftlichen Fächern eingesetzt werden. Die Unterrichtseinheiten richten sich an SchülerInnen der Klassen 9 bis 12. Zu jeder der vier Unterrichtseinheiten gibt es Kopiervorlagen für Arbeitsblätter, Folien und Bildmaterial, Tafelbilder, Spielanleitungen und andere Arbeitsmaterialien sowie weiterführende Links und Hintergrundmaterialien.

▷ www.multivision.info

Schule und außerschulisches Lernen

Wissensquiz „Wer is(s)t fair?“

□ Für die Umweltbildungsarbeit mit Kindern im Alter ab zehn Jahren bietet „Wer is(s)t fair?“ einen spielerischen Einstieg in das Thema gesunde, nachhaltige Ernährung. 400 Fragen in verschiedenen Schwierigkeitsgraden rund um Gesundheit, Ökologie, Soziales und Ökonomie können immer wieder neu zusammengestellt werden. Die Spielerinnen und Spieler müssen sich jeweils für eine oder mehrere vorgeschlagene Antworten entscheiden. Für jede richtige Antwort erhält das Spielteam Punkte und rückt dem Sieg näher. Joker steigern die Spannung oder beziehen das Publikum ein. Neben den 400 Fragekarten enthält die Spielbox ein analoges und digitales Lösungsheft und eine PowerPoint-Maske.

▷ www.duh.de/nachhaltige_ernaehrung.html

Fachliteratur

Einblicke in die Jugendkultur

□ In einigen Jugendmilieus gilt es als nicht mehr schick, sich für die Umwelt zu engagieren. Wissenschaftler des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) beschreiben daher, wie heutige Jugendliche erfolgreich an ökologische Themen herangeführt werden können. Ihre Studie „Einblicke in die Jugendkultur“ ist als Broschüre beim Auftraggeber Umweltbundesamt erschienen. Die Studie analysiert unterschiedliche Jugendmilieus und enthält zehn Empfehlungen für eine bessere Kommunikation mit jungen Menschen.

▷ Download der Studie: www.umweltbundesamt.de/publikationen/fpdf-l/4078.pdf

Hochschule

Studiengang Umweltpädagogik in Wien

□ Mit Umweltbildung in die Zukunft: Im Wintersemester 2011/2012 beginnt in Wien wiederum das dreijährige Studium der Umweltpädagogik an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik. Es bietet die Möglichkeit, grundlegende pädagogische, didaktische, fachliche und persönliche Schlüsselkompetenzen auf fundierter

wissenschaftlicher Grundlage zu erwerben, und schließt mit dem akademischen Grad Bachelor of Education ab.

▷ www.agrarumweltpaedagogik.ac.at

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

05.–06.09., Wolfsburg (D)

Stadt in Bewegung. Beiträge der Bildung für eine nachhaltige Mobilität. Konferenz und Workshops zum Jahresthema Stadt

Unter Federführung des Niedersächsischen Kultusministeriums wird derzeit die 4. Konferenz der Norddeutschen Partnerschaft zur UN-Dekade (NUN) vorbereitet. Kooperationspartner sind die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie zwei außerschulische Lernorte in Wolfsburg: „Phaeno“ und „Autostadt“. Im Fokus steht das Jahresthema der UN-Dekade, „Stadt“, verbunden mit Klimaschutz und Mobilität. Die Konferenz wendet sich an umwelt- und entwicklungspolitische Akteure. Neben zehn thematischen Workshops und mehreren Exkursionen steht auch ein länderübergreifender Erfahrungsaustausch zu allen Bildungsbereichen auf dem Programm. Eröffnet wird die Konferenz vom derzeitigen Präsidenten der Kultusministerkonferenz Bernd Althusmann.

▷ www.nun-dekade.de

21.–23.10., Altenkirchen/Westerwald (D)

Ernährungswende jetzt! ANU-Bundestagung und 21 Jahre ANU: Vernetzen – Querdenken – Gestalten. ANU-Mitgliederversammlung

Die ANU greift das Jahresthema 2012 der UN-Dekade BNE – Ernährung – auf und richtet sich mit ihrer Bundestagung an MultiplikatorInnen aus Umweltbildung und BNE, an FachberaterInnen sowie VertreterInnen aus Verbänden und Politik. Fachliche Orientierung zu Ernährungsthemen wird geboten, zukunftsweisende Handlungsansätze und Kompetenzen für die Ernährungswende werden vorgestellt und diskutiert. Im Rahmen der Tagung feiert die ANU ihr 21-jähriges Bestehen. Wie jedes Jahr findet auch die Bundesmitgliederversammlung während der Tagung statt.

▷ www.umweltbildung.de/anu-tagungen.html

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de